DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

292 26. JAHRGANG Januar 2009 4,50 €

AUS DEM INHALT:

FEMINISMUS

Vor 25 Jahren im Spätsommer 1983 gründete sich in Kiel der Verein Lotta e.V. – Verein zur Förderung feministischer Mädchen- und Frauenarbeit. Neben der bewegten Geschichte des Lotta e.V. gibt es eine Besprechung des gerade erschienenen Buches »Feministische Medienarbeit« auf Seite 4.

HAUSRETTUNG

Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. In der zweiten Folge unserer Artikelserie gibt Konrad Kanstein Ratschläge aufgrund einschlägiger Erfahrungen unter dem Titel »Wie verteidigen wir ein altes Haus gegen Abriss?«. Seite 5

SOZIALER BETRIEB

Wirtschaft einmal anders: Öko-Hersteller Sonett gehört nicht den Chefs, sondern sich selbst. Überschüsse fließen in das Unternehmen zurück. Im Deggenhausertal wird viel Wert auf soziale Gestaltung gelegt. So arbeitet Sonett eng zusammen mit den Lehenhof-Werkstätten für Behinderte. Auch ist kein unbegrenztes Wachstum des Unternehmens gewünscht, sondern eher eine optimale Betriebsgröße. Dabei wird viel für die Mitarbeiter getan. Seite 6

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Im Rahmen der altermondialistischen Bewegung ist in den letzten Jahren in Italien eine bunte Palette von kreativen und unabhängigen Initiativen entstanden. Die beteiligten Akteure sind Genossenschaften, Betriebe, Initiativen, Umweltschutz-, Menschenrechts- und Freiwilligen-Organisationen, aber auch informelle »Konsumentengruppen für den Solidarischen Einkauf« (GAS). Seite 11

CRASHKURS

Warum am Platzen der Finanzblase nicht die »Gier der Banken« Schuld ist und es keine Rückkehr zum »Rheinischen Kapitalismus« geben kann. Ein Diskussionsbeitrag der Gruppe »Krisis« mit der Forderung nach einer Gesellschaft jenseits von Warenproduktion, Geld und Staat. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Die junge Ulmer Genossenschaft »Rundulm Betreuung eG« hat zwar noch längst nicht alle Kinderkrankheiten überwunden. Doch hat sich ihr Geschäftsmodell mit Dienstleistungen für Mensch, Haus und Garten insgesamt als tragfähig erwiesen. Pflegeangebote für Senioren mit Migrationshintergrund durch Pflegekräfte aus dem selben Kulturkreis bilden derzeit in Ulm ein Alleinstellungsmerkmal auf dem hart umkämpften Markt. Seite 13

www.contraste.org

BEITRAGEN STATT TAUSCHEN

Peer-Ökonomie

Das letzte Mal schrieb ich vor über sieben Jahren eine Schwerpunkt-Einleitung an dieser Stelle (Sommer 2001). Damals beschäftigten wir uns mit der Frage, was das Besondere an der Produktionsweise Freier Software sei. Dieser Schwerpunkt heute ist so etwas wie eine Fortsetzung des damaligen (und eines weiteren vom März 2003).

Benni Bärmann ● Wie viel sich in diesen Jahren getan hat, macht vielleicht am besten das Beispiel Wikipedia klar. Damals war das Projekt gerade gegründet worden und selbst ich hab ihm keinerlei Erfolgsaussichten zugesprochen. Die Idee eine Enzyklopädie nur mit Freiwilligen zu schreiben, erschien einfach völlig abwegig. Wer wollte sich so einen langweiligen Mist antun? Nur wenig später hab ich mich selbst an dem langweiligen Mist beteiligt und fand es das Tollste auf der Welt. Heute ist Wikipedia nicht nur die größte und aktuellste Enzyklopädie der Welt, sie ist auch ein wunderbarer Einstieg in jedes Gespräch über die Möglichkeiten von Selbstorganisation in Zeiten des Internet – weil sie einfach jeder kennt und die meisten benutzen.

Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation in Bezug auf die Möglichkeiten, materielle Produktion zu organisieren. Niemand will so richtig glauben, dass es geht, aber es gibt schon die ersten, die es einfach versuchen. In diesem Zusammenhang steht auch die Veröffentlichung des Buches »Beitragen statt Tauschen« von Christian Siefkes (AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2008). Die besondere Stärke dieses Buches liegt darin, dass es die damals noch eher rumwabernden Fragen nach der Verallgemeinerung des Produktionsprinzips Freier Software sehr konkret stellt. In einer Art Gedankenexperiment entwickelt Christian ein Modell, wie die Produktion und Reproduktion des Lebens nach diesen Prinzipien in allen Bereichen der Gesellschaft funktionieren könnte. Es ist dabei keine beliebige Utopie, sondern versucht eben, die schon beobachtbaren Prinzipien der neuen Produktionsweise zu verallgemeinern.

Christian geht dabei aus von der Definition des amerikanischen Juristen Yochai Benkler zur »commons-based peer production«. Dieser auf den ersten Blick etwas sperrige Begriff Benklers hat die Diskussion in den letzten Jahren erstaunlich produktiv fokussiert. Er beschreibt die neuen im Internet entwickelten Produktionsweisen bei Freier Software, bei der Wikipedia oder unzähligen anderen freien und offenen Projekten auf der Basis dreier charakteristischer Elemente: Commons, freiwillige Kooperation und Reputation. Benkler selbst bezweifelt dabei die Anwendbarkeit dieser Form der Produktionsorganisation auf materielle Produktion. Das sieht Christian anders, und sein Buch ist der Versuch, das zu beweisen. Dabei zielt er vor allem auf ein viertes charakteristisches Merkmal ab, das bei Benkler zwar auch schon beschrieben, aber noch nicht in seiner vollen Tragweite erkannt wird, während Christian es zum Titel seines Buchs gemacht hat: »Beitragen statt Tauschen«. Beitragen statt Tauschen bedeutet in letzter Konsequenz nichts anderes, als dass der Tauschwert als beherrschendes Prinzip abgelöst wird durch eine bedürfnisorientierte Produktion. Daran merkt man auch, dass Christians Buch – obwohl weitgehend frei von marxistischer Terminologie – dennoch auf der Grundlage der marxschen Kategorien arbeitet.

Was aber ist diese ominöse »Peer-Produktion« eigentlich genau? Man kann es vielleicht so beschreiben: Peers, also »Gleichrangige«, kooperieren und stellen das her, was sie haben wollen. Dabei ist Herstellen oder Produktion im weitesten Sinne zu verstehen. Es geht um *alle* Güter und Leistungen, die sich Peers wünschen – und nicht bloß um solche, die verkaufbar sind.

Die vier charakteristischen Merkmale der Peer-Produktion wurden bereits erwähnt. Erstens geht es um *Beitragen* statt um *Tauschen*. In der Marktwirtschaft stellen getrennte Produzenten etwas her, was sie anschließend tauschen. In Peer-Projekten wollen die Projekt-Mitglieder ein Ziel erreichen und tragen zu diesem Ziel bei. Der Aufwand wird unter denen aufgeteilt, die den Erfolg des Projektes erreichen wollen. Es ist also der Nutzen, der die Projekt-Mitglieder motiviert und nicht das Geld.

Zweitens beruht die Peer-Produktion auf *freier Kooperation* statt auf *Zwang*. Niemand kann anderen befehlen, etwas zu tun, und niemand ist gezwungen, anderen zu gehorchen. Das bedeutet nicht, dass es keine Strukturen gäbe – im Gegenteil.●

Fortsetzung auf Seite 7

Copyleft

Alle Schwerpunkttexte zum Thema Peer-Ökonomie dürfen unter den Bedingungen der Creative-Commons Lizenz »Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland« frei verbreitet, verändert und verändert verbreitet werden, sofern der/die jeweilige Autor/ in genannt wird und die Lizenz erhalten bleibt. Alle Texte online: http://peereconomy.org/wiki/Contraste

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@online.de

POLIZEIATTACKE AUF JOURNALISTEN

Justiz knickt ein

Das Gerichtsverfahren um die Polizeiattacken auf einen Freien Journalisten in Gießen am 1. April 2007 wurde am 18.12.2008 in der Hauptverhandlung auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Bereits im Vorfeld war durch den Verwaltungsgerichtshof Hessen festgestellt worden, dass das Vorgehen der Polizei gegen den Journalisten rechtswidrig war. [1]

Gießen/Magdeburg/Red. Heidelberg ● Aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs geht hervor, »dass die Festnahme, die anschließende Identitätsfeststellung auf der Wache und der Platzverweis unverhältnismäßig und damit rechtswidrig waren. (...) Mit ihrer Erklärung, dass die genannten Maßnahmen unverhältnismäßig waren, hat die Beklagte (*d. Verf.: das Polizeipräsidium Mittelhessen*) eingeräumt, dass die in Rede stehenden Maßnahmen rechtswidrig waren.«

Trotz der eindeutigen Rechtslage hatte die Staatsanwaltschaft Gießen ein Bußgeldverfahren gegen den Journalisten aufrecht erhalten. Vorwurf: Verstoß gegen § 111 OWiG – Verweigerung der Personalienangabe. Zwar erfolgte die Verhaftung des Journalisten als Reaktion auf das Vorzeigen seines Presseausweises, aber die Polizei behauptete nun, der Ausweis sei erst im Gewahrsam vorgelegt worden. Eine Überprüfung der Lügen der Polizei umging das Gericht durch die Einstellung des Bußgeldverfahrens.

Ungeachtet dessen war die Verfolgung des Opfers des Polizeiübergriffs ohnehin rechtswidrig. Das BVerfG hatte bereits 1995 einen Grundsatzbeschluss verfasst und geurteilt, dass eine Verfolgung der Personalienverweigerung (§ 111 OWiG) nicht zulässig ist, wenn keine Rechtsgrundlage für die Einforderung der Personalienangabe gegeben war. [2] Durch das Zugeständnis der Polizei im Verwaltungsgerichtsverfahren war im vorliegenden Falle bereits geklärt, dass keine Rechtsgrundlage für die Personalienaufnahme bestand.

»In Gießen ist die Behinderung der Pressefreiheit unabhängiger Journalisten gang und gäbe. Am selben Ort, dem Gen-Versuchsfeld der Universität Gießen, wurde ein Jahr zuvor ein anderer unabhängiger Journalist in der Ausübung seiner Tätigkeit gehindert«, so Falk Beyer, der am 1. April 2007 von der Gießener Polizei attackierte Freie Journalist. »Offenbar bemüht sich die hiesige Polizei regelmäßig zuallererst die unabhängige Presse zu entfernen, wenn sie Rechtsbrüche Dritter wittert. Gerade am umstrittenen GenGerstenfeld geschah dies wiederholt. Was hat die Polizei zu verbergen? Wovor hat sie Angst, dass Medienvertreter es nicht mitbekommen sollen?«

Am 1.4.2007 leistete sich die Gießener Polizei einen schlechten Aprilscherz: Sie überfiel einen unabhängigen Journalisten, der von einem ortskundigen Gentechnik-Kritiker zu Gießener Gen-Versuchsfeldern geführt wurde. Während der Journalist und die begleitenden Umweltschützer vom öffentlichen Gehweg aus Fotos des Versuchsfeldes aufnahmen, startete die Polizei einen inzwischen rechtskräftig festgestellten rechtswidrigen Übergriff. Dessen Höhepunkt war die Verhaftung aller Anwesenden, als der Journalist sich als Pressevertreter zu erkennen gegeben hatte. Die Deutsche Journalisten Union erhob daraufhin Beschwerde beim zuständigen Polizeipräsidenten. »Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Hessen protestiert gegen die Festnahme von Herrn Beyer (...). Mit Blick auf die Missachtung des Presseausweises von Herrn Beyer bitten wir Sie außerdem um eine Stellungnahme zu diesem Verhalten der beteiligten Polizeibeamten und darüber, wie Sie zukünftig sicherstellen wollen, dass die Vertreter der Presse unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen können.« [3] **Rechtsmittel gegen die Einstellung des Bußgeldverfahrens sind nicht gegeben. »Richter Dittrich hat sich damit trickreich um die Prüfung der Vorwürfe gegen die systematisch rechtsbrechende Gießener Polizei gedrückt«, so Beyer.**●

Quellen:

1) Hessischer Verwaltungsgerichtshof: Beschluss vom 19.12.2007, Az.: 8 UZ 2672/07
2) BVerfG: Beschluss vom 7.3.1995, Az.: 1 BvR 1564/92
3) Schreiben der dju in ver.di Hessen an den Polizeipräsidenten Manfred Schweizer, Polizeipräsidium Mittelhessen vom 05.04.2007

AKTION 2009

Alternativen haben Zukunft

Vom 20. bis 22. Februar wird der Kongress »Solidarische Ökonomie« in Wien stattfinden. Das unter www.solidarische-oekonomie.at einzusehende Programm lässt spannende Diskussionen erwarten. U.a. werden Veranstaltungen zu Tauschringen, Neue Arbeit, Neues Geld, Permakultur, Kapitalismuskritik, Wirtschaftskritik, Anarchafeminismus, Anarchismus, Menschenrechte in Entwicklungsländern, bedingungsloses Grundeinkommen, Demokratie und Solidarität im Betrieb, Fairer Handel, Feministische Ökonomie, Freiräume und Raumaneignung, Food Coops stattfinden. Auch CONTRASTE beteiligt sich am Kongress mit einem Workshop unter dem Titel »CONTRASTE – offene Zeitung der solidarischen Ökonomie«. Einige der Projekte, die sich auf dem Kongress vorstellen werden, wie die serbische selbstverwaltete Fabrik Jugormedia oder das Basler Internetcafé Planet13 wollen wir in unserer Februarausgabe zu Wort kommen lassen.

Redaktion Heidelberg ● Unser Zeitungsprojekt hofft auf diesem Kongress möglichst viele Projekte und Initiativen für eine Mitarbeit am Projekt zu gewinnen, damit die Vernetzung auch zwischen solchen Tagungen kontinuierlich stattfinden kann. Wir hoffen, dass wir dadurch auch die Qualität und Attraktivität unserer Zeitung verbessern und viele neue LeserInnen gewinnen können.

Neue LeserInnen benötigen wir dringend, 151+ neue Abos sind notwendig, um auf der jetzigen ehrenamtlichen Basis wirtschaftlich arbeiten zu können. Bis zum Erreichen dieses Zieles sind wir leider immer noch auf Spenden unserer LeserInnen angewiesen, damit wir keine roten Zahlen schreiben müssen. Von den geschätzten 6.500 EUR, die wir 2009 zusätzlich benötigen, sind erfreulicherweise schon 2.553 EUR in den ersten Wochen unseres Spendenaufrufs eingegangen (siehe Kasten auf dieser Seite). **Herzlichen Dank!** Benötigt werden noch 3.947 EUR.

Im Monat Dezember wurden leider zwei Fördermitgliedschaften (62 EUR / 77 EUR) und ein Abo gekündigt. Kündigungen werden übrigens zunehmend mit Geldmangel begründet (Hartz IV und Altersarmut). Sechs neue Abos haben wir dazugewonnen. Erfreulicherweise gab es zwei Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften:

- Umsonstladen Freiburg (62 EUR)
- Thomas Eikerling, Freiburg (62 EUR)

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften stabilisieren unser Zeitungsprojekt (s. Coupon auf dieser Seite, Mindestbeitrag 62 EUR).

Einer unserer Spender vermerkte auf seiner Überweisung, dass wir doch am besten unseren Abopreis erhöhen sollen. Wir möchten jedoch darauf verzichten und verweisen auf die Möglichkeit, das Projekt mit einer Fördermitgliedschaft zu unterstützen.

In der bundesrepublikanischen Medienlandschaft ist es schwer, ohne ein Anzeigenaufkommen zu überleben. Fast alle Printprodukte hängen am Tropf der Anzeigenkunden. Unser Projekt ist schon aufgrund seiner Auflage nicht attraktiv für die Werbewirtschaft. Und wir streben diese Attraktivität auch nicht an, z.b. weil wir uns neben einem kritischen Artikel zur Gen-Technik schlecht eine Anzeige von »Monsanto« vorstellen können. Deshalb sind wir wie fast alle anderen linksalternativen Medien auf die Solidarität unserer LeserInnen angewiesen.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Adressänderungen

Nun noch etwas wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses in der Vergangenheit fast nie funktioniert. Das hat wohl auch der Postzeitungsdienst eingesehen und daraus ein neues Dienstleistungspaket geschnürt, dass seit dem 1. August 2008 für richtig teures Geld für die Verlage zu haben ist. Wir denken, es geht auch ohne diese Dienstleistung und bitten Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an:
contraste@online.de!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht. Eine Einzugsermächtigung erspart uns die Portokosten und Arbeit für Aborechnungen, bei einer vergessenen Änderungsmeldung ist das so gesparte gleich wieder weg, denn die beteiligten Banken berechnen gerne bis zu 6,50 EUR Gebühren.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung! Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, KontoNr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 3.947 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 151+ Neuabos

SPENDEN FÜR 2009 – STAND 23.12.2008

- Stefan Althoff, ??? (10 EUR)
- Felix Bartholl, Spende aus Kaffeeverkauf, Waal (100 EUR)
- Dieter Bauer, Brannenburg (50 EUR)
- Andreas Birkert, Fellbach (50 EUR)
- Michaela Blattert, Kassel (10 EUR)
- Hinnerk Brockmann, München (60 EUR)
- Georg Bückle, Dortmund (20 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
- Mosterei Finkenburg, Thedinghausen (200 EUR)
- Fachhochschulverlag, Frankfurt/Main (30 EUR)
- Christoph Geitz, Köln (30 EUR)
- Eberhard Göpel, Bielefeld (50 EUR)
- Matthias Göpfert, Lübeck (50 EUR)
- Rolf Gottschling, Münster (20 EUR)
- Steffen Großer, Berlin (100 EUR)
- Jörg Hänsler, Stuttgart (20 EUR)
- Thomas Heeß, Worms (30 EUR)
- Jens Herion, ??? (20 EUR)
- Hella Hertzfeld, Berlin (55 EUR)
- HuckePack GmbH, Hamburg (50 EUR)
- Bernd Hüttner, Bremen (25 EUR)
- Hans-Rainer Jonas, Düsseldorf (200 EUR)
- Christina Läpple, München (50 EUR)
- Holger Lauinger, Berlin (10 EUR)
- Wilfried Lietzau, ??? (50 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt/Weinstr. (68 EUR)
- Manfred Manthey, Thormsdorf (20 EUR)
- Chris Maßholder, Bad Homburg (30 EUR)
- Klaus Merkle, Waiblingen (100 EUR)
- Carola Möller, Köln (200 EUR)
- N.N., Albstadt-Truchtel (20 EUR)
- N.N., Aschaffenburg (45 EUR)
- N.N., Münster (20 EUR)
- N.N., Solingen (25 EUR)
- Dragan Pavlovic, Hunger-Rodheim (45 EUR)
- PKMG, Berlin (100 EUR)
- Georg Petau, Polle (20 EUR)
- Stephan Renger, Geldersheim (15 EUR)
- Ute Schäfer, Idstein (100 EUR)
- Günther Schlarmann, Lohne (10 EUR)
- Adelheid Schmerbeck, Karlsruhe (10 EUR)
- Reinhard Scholtes, Rudolstadt (20 EUR)
- Rüdiger Scholz, Freiburg (30 EUR)
- Rolf Schröder, Bremen (25 EUR)
- Elisabeth Seifferth, Berlin (10 EUR)
- Stefan Sendl, Peissenberg (50 EUR)
- Jörg Sommer, Heidelberg (10 EUR)
- Gabriele Sonns, Stuttgart (30 EUR)
- Hof Ulenkrug, Stubbendorf (10 EUR)
- Axel Wäldele, Berlin (20 EUR)
- Mark Weinem, Oberhausen (30 EUR)
- Wolfgang Weisshuhn, ??? (100 EUR)
- Christian Wend, Potsdam (25 EUR)
- Thomas Wetzorke, Göttingen (10 EUR)
- Bernd Wulf, Lübeck (50 EUR)

Summe: 2.553 EUR
Benötigt werden noch: 3.947 EUR

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Versammlungsrecht update

Die Regierung Baden-Württembergs hat eine Reform des Versammlungsgesetzes zum 1. Januar 2009 beschlossen. Die schnelle Implementierung wundert nicht, steht doch das 60. NATO-Jubiläum im April 2009 an. Auch in Niedersachsen soll nun ein neues Versammlungsgesetz, in Anlehnung an das bayrische Modell, in Kraft treten.
(http://de.indymedia.org/2008/11/234014.shtml).

Die Änderungen in Baden-Württemberg (Überblick): Neben der Versammlungsleitung müssen auch OrdnerInnen ihre Personalien bei den Behörden angeben. Weiterhin soll das Kooperationsgebot (§ 4) »ausdrücklich geregelt und näher ausgestaltet« werden. Dieses Gebot zwingt Versammlungsleitung und OrdnerInnen zur Zusammenarbeit mit der Polizei. Eine Pflicht zur Zusammenarbeit besteht indes für Behörden ausdrücklich nicht. Das neue Gesetz räumt die Möglichkeit ein, VersammlungsleiterInnen und OrdnerInnen »unter bestimmten Gründen abzulehnen«. OrdnerInnen, die nach Ansicht der Behörde »ungeeignet« erscheinen, die Versammlungsleitung »zu unterstützen«, können ohne weiteres abgelehnt werden. Im Gegensatz zur früheren Anmeldefrist von 48 Stunden müssen Versammlungen jetzt schon 72 Stunden vorher angemeldet werden. Weiterhin sollen mitgeführte Gegenstände wie Fahnen, Trommeln usw. im Vorfeld angegeben werden. Die Polizei kann in Versammlungen eingreifen, sofern Anzeichen für »erhebliche Gefahren für Sicherheit und Ordnung« bestehen oder wenn der »Eindruck der Gewaltbereitschaft« erweckt wird. Darüber hinaus darf sie präventiv filmen, fotografieren, Personalien aufnehmen und Einzelpersonen festnehmen (§ 19), diese zuvor illegitime aber gängige Praxis soll nun durch das Gesetz legalisiert werden. Außerdem tritt das so genannte Militanzverbot (§ 7) in Kraft. Wenn durch eine Versammlung der »Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt werden könnte«, kann die Polizei diese kurzerhand beenden. Für ein Demoverbot reicht fortan das so genannte Störungsverbot, nachdem eine andere Versammlung weder gestört, noch zu deren Störung aufgerufen werden darf. Ein weiterer Auslöser für das Verbieten oder der

Fortsetzung auf Seite 3

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Roll your moneymaker. Early Black Rock'n'Roll 1948-1958

Fragt man in Interviews aktuelle Rockmusiker nach ihren Inspirationsquellen, taucht immer wieder der Name Elvis Presleys auf – dem ungekrönten »King of Rock'n'Roll«. Er gilt bis heute für viele Musiker als eine Ikone, die den Rock'n'Roll und den daraus entstandenen musikalischen Strömungen Pate stand, und als ein unstrittiges musikalisches Vorbild. Sein Erfolg verdankt er – neben seinem erotischen Hüftschwung und seiner schmalzigen Stimme – nicht zuletzt auch seiner Hautfarbe, die es ihm ermöglichte, ins Musiketablissement aufzusteigen... Neben ihm sind es aber auch immer wieder die afro-amerikanischen Stars, wie z.B. Chuck Berry, die Bands von den Rolling Stones bis hin zu AC/DC, maßgeblich beeinflusst haben.

Den afro-amerikanischen Wurzeln des Rock'n'Roll, die sich im klassischen Rhythm'n'Blues wiederfinden, wurden nun von dem amerikanischen Musikjournalisten Jonathan Fischer in Form der vorliegenden Compilation ein besonderes Denkmal gesetzt. Er hat die Größen des klassischen, schmutzigen frühen Rock'n'Rolls aus der Periode 1948-1958 zusammengetragen. Darunter finden sich Ike Turner, der der Legende nach 1951 mit »Rocket 88« das erste Rock'n'Roll-Album der Welt aufnahm und mit seiner späteren Ehefrau Tina Turner den Soul revolutionierte, und natürlich auch einer der unbestrittenen Helden des Rock'n'Rolls – Chuck Berry (»Deep Feeling«), der 1986 das erste Mitglied in der »Rock'n'Roll Hall of Fame« wurde.

Es handelt sich bei den Songs größtenteils um Aufnahmen, die in der damaligen Zeit auf kleinen Independend-Labels erschienen und wegen ihrer schmutzigen, Whisky-geschwängerten Texte und des z.T. experimentellen musikalischen Arrangements, in dem sich die Stilelemente von Country, Hillbilly und Blues mit technischen Effekten wie Echos verbinden, für die Mainstreamradiosender Amerikas weitgehendst nicht spielbar waren. Erst mit dem legendären Radio-DJ Alan Freed wurde diese Musik Anfang der 50er Jahre auch dem weißen Teenie-Publikum zugänglich gemacht. Ergänzt wird diese Mischung durch ein umfangreiches, zweisprachiges Booklet. Diese Mischung ist es aber, die diese Art des Rock'n'Rolls unsterblich machte und auch heute eine ungeheure Energie ausstrahlt. In diesem Sinne – »it's just Rock'n'Roll, but we love it!«●

DJ Chaoz

V.A.: Roll your moneymaker. Early Black Rock'n'Roll 1948-1958 (Trikont Verlag / Indigo)
Zu beziehen u.a. direkt über: www.trikont.de

INTERVIEW ZUR 6. AKADEMIE FÜR LINKE MEDIENMACHERiNNEN

»Netze knüpfen« – Linke Themen besser in die Öffentlichkeit bringen

CONTRASTE: *Seit wann gibt es die Linke Medienakademie?*

Bernd Hüttner: Die Medienakademie entstand aus Kursangeboten für Zeitungsprojekte der Linkspartei und ihres Umfeldes. 2008 ist der Quantensprung. Die Akademie fand erstmals in Kooperation mit der (Rosa Luxemburg Stiftung) RLS statt, zum anderen nahmen 300 Menschen teil. Für 2009 rechnen wir mit noch mehr Interesse.

Ihr sprecht also jetzt das gesamte linke Spektrum an?

Ja, die politische Debatte wird in den Medien geführt. Aber gesellschaftlicher Druck braucht Prozesse von unten. Der entsteht aus Diskussion und Organisierung an den realen Orten, an denen Menschen zusammen kommen. Das ist in Initiativen und Parteien, in Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, im Stadtteil. Wer sich hier engagiert, braucht auch ein mediales Sprachrohr. Unser Ziel, das wir in Teilen auch schon erreichen, ist es Menschen, aus Gewerkschaften, politischen Initiativen, der Zivilgesellschaft, aus lokalen Onlineprojekten oder freien Radios anzusprechen. Wir verstehen die Akademie für linke Medienmacher/innen als einen Ort für diejenigen, die für eine demokratische, soziale und solidarische Republik eintreten und dafür Medienarbeit als Feld politischen Handelns ansehen. Dieses Jahr konnten wir – mit diesem Impuls – neben dem bisherigen Partner Neues Deutschland – die taz als Medienpartner gewinnen.

Was erwartet die Teilnehmer am ersten Märzwochenende?

Kurz gesagt bieten wir Weiterbildung, Diskussionen und Networking. Das bedeutet preiswerte Weiterbildung auf höherem Niveau, ebenso wie Einführungen für Starter. Wichtig ist uns auch die politische Diskussion sowie das Networking mit und unter Gleichgesinnten. Wir sind dafür, die Obama-Kampagne macht das mehr als deutlich, die Möglichkeiten des digitalen

Zeitalters verstärkt zu nutzen, sich also nicht nur auf gedruckte Produkte zu konzentrieren. Ich freue mich besonders auf Bascha Mika von der taz, die ja die einzige leitende Redakteurin einer überregionalen Zeitung in Deutschland ist.

Wie geht es weiter?

Wir werden die Akademie als größten Treffpunkt linker und alternativer Medienschaffender etablieren und das Workshopangebot für Jugendliche und Studierende gezielt erweitern.

Vielen Dank für das Gespräch.●

Bernd Hüttner ist seit 2008 an der Linken Medienakademie beteiligt. Die Fragen für CONTRASTE stellte Klaus-Dieter Heiser, Berlin.

Medienakademie

5. bis 8. März 2009, Berlin, Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Linke Medienakademie, u.a. mit Heinz Vietze, Vorsitzender der RLS, Gregor Gysi, Prof. Bascha Mika, Chefredakteurin der taz, Jürgen Reents, Chefredakteur von NEUES DEUTSCHLAND, Norbert Küpper (Experte für Zeitungsgestaltung), Thomas Lohmeier. Über 50 Veranstaltungen machen fit für den Medienalltag. Diskussionen, Vorträge, Workshops, Intensiv-Kurse sowie Exkursionen in den Bereichen Neue Medien, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Journalistische Genres und Praxis, Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement.

Programm siehe
www.linke-medienakademie.de
LIMA twittert unter http://twitter.com/Li_MA

Die Bildungsangebote der Linken Medienakademie (LIMA) sind als Bildungsurlaub anerkannt.

Der Alternative Medienpreis 2009

Jury sucht Journalisten mit Mut zur Kritik

Der alternative Medienpreis wird zehn Jahre alt. 1999 wurde er von der Nürnberger Medienakademie e.V. gemeinsam mit dem Nürnberger Freien Radio Z ins Leben gerufen.

Auch 2009 werden kreative, unkonventionelle und kritische Beiträge talentierter Medienschaffender prämiert. Es gibt je zwei Preise in den Sparten Internet, Print, Audio und Video zu je 500 Euro. Bewerbungsschluss ist der **31. März 2009**. Überreicht werden die Preise am **8. Mai 2009** im Nürnberger Bildungszentrum.

Willkommen sind Beiträge, die sich durch ihre medienübergreifende Darstellung, ihre innovative Form oder ihren gesellschaftskritischen Ansatz hervorheben. Ein Kriterium ist, ob von den großen Medien vernachlässigte Inhalte aufgegriffen werden. Beiträge, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit befassen, sind erwünscht.

Die Jury freut sich auf sorgfältig recherchierte und gut gestaltete Zeitschriftenbeiträge, Radiosendungen, Videos und Webauftritte. Die eingereichten Arbeiten sollten sich durch unkonventionelle Ansätze, kritisches Nachfragen, Ideenreichtum und Kreativität auszeichnen. Unterschiedliche Produktionsbedingungen werden berücksichtigt.

TeilnehmerInnen senden ihre Beiträge und Beschreibungen bitte bis zum 31. März 2009 an die Nürnberger Medienakademie, c/o Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Alternativer Medienpreis, Arnulfstr. 111-113, 80634 München. Eine Online-Anmeldung ist per Formular auf www.alternativer-medienpreis.de möglich. Dort gibt es weitere Informationen zum Wettbewerb.●

FORTSETZUNG VON SEITE 2

Einschränkung einer Versammlung ist die Anordnung, dass gleichrangige Rechte Dritter (§ 17) nicht beeinträchtigt werden dürfen. Außerdem gilt schon eine Gruppe von zwei Personen als Versammlung.

Fazit: Die neuen Regelungen schränken das Versammlungsrecht ein und reglementieren die Abläufe. Sie bieten damit aber auch erweiterte Chancen für subversive Anwendungen des Rechts (Provokation einer Auflösung, wenn diese zweckmäßig ist) und für die Entwicklung außerhalb des gesetzlichen Rahmens. Statt des ständigen und traditionellen Jammerns wären offensive Strategien vonnöten. Infos:
http://de.indymedia.org/2008/11/234014.shtml.

Justizkritik bestraft – Urteil in Kirchhain

Wer die Justiz für ihr Treiben kritisiert, bekommt deren Narzissmus zu spüren: Justiz- und Polizeikritik sind Beleidigung und falsche Verdächtigung. Wer das festlegt? Na – die Justiz natürlich! Eine – für die RichterInnen selbst eher anstrengende und daher nur dann gewählt, wenn anderes nicht mehr hilft – Methode ist, die Justizkritik als Beleidigung oder falsche Verdächtigung auszulegen. Genau dieses ist in Marburg mit dem langjährigen Justizkritiker Ulrich Brosa geschehen. Ihm wurde vorgeworfen, einen Staatsschützer als Gewalttäter bezeichnet und ihm unterstellt zu haben, Nazi-Straftaten zu bagatellisieren. Interessant war, dass das Gericht aktiv verhinderte, dass untersucht werden konnte, ob die Vorwürfe vielleicht zutreffend waren. So wurden die Personen, die vom Staatsschützer geprügelt worden waren, nicht als Zeugen geladen – und als sie dann doch erschienen, der Anklagepunkt sofort eingestellt. Richter und Staatsanwalt wussten, dass alles eine Lüge war. Das Beweisfoto, auf dem der Staatsschützer beim Prügeln zu sehen war, hatte ein Richter desselben Amtsgerichts sogar höchst persönlich gelöscht. Auch bei der Sache mit den Nazi-Straftaten war es nicht anders: Das Gericht weigerte sich, die Akte herbei zuziehen, in der die Abläufe erkennbar waren. So fand eine echte Beweiserhebung nicht statt – verurteilt wurde trotzdem. War ja von Anfang an das Ziel. Bericht:
http://de.indymedia.org/2008/11/234035.shtml.

Gefangeneninfo droht das Aus

Das Gefangeneninfo ist eine monatlich erscheinende Publikation, die 1989 während des letzten kollektiven Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gegründet wurde. Damals hieß es noch Angehörigeninfo, weil die Angehörigen der RAF-Gefangenen offiziell die Herausgeber waren. Als immer mehr RAF-Gefangene freigelassen wurden, wurde es umbenannt. Gefangeneninfo ist genau der richtige Name. Denn es wurde für viele – nicht nur politische Gefangene zu einer wichtigen Informationsquelle. Mehr:
http://de.indymedia.org/ 2008/11/234005.shtml.

Wie immer: Polizeigewalt gedeckt – Urteile zu Genua 2001

Es war zu erwarten und entspricht den Logiken gerichteter Justiz – etliche Verfahren vor allem gegen die Führungsebenen der Polizei und damit den Verantwortlichen für Gewaltexzesse gegen DemonstrantInnen, das hinein schmuggeln von Belastungsmaterial in Räume der AktivistInnen usw. sind eingestellt worden. Die Höhen der wenigen Strafen sind auffällig niedriger als bei den verurteilten DemonstrantInnen. Allerdings sollte das auch politischen Bewegungen zu denken geben, die immer noch von einer unabhängigen Justiz phantasieren und sich dadurch in ihrer direkten Aktion bremsen lassen. Berichte zu den Urteilen in Italien unter:
http://de.indymedia.org/2008/11/232618.shtml.

Polizist packt aus: Wir lügen regelmäßig!

Der Vorgang liegt lange zurück – aber jetzt hat ein Polizist zugegeben, dass er mitgemacht hat, eine Beleidigungsanzeige zu erfinden, um einer Demonstrantin zu schaden. Noch schlimmer: Er gestand, dass solches Handeln üblich sei bei der Polizei. Was immer schon klar war, aus dem Mund des Ex-Polizisten: »Der Polizei als Staatsgewalt wird grundsätzlich geglaubt. Ein Polizist, so die gängige Auffassung, lügt nicht. Schließlich ist er auf das Grundgesetz vereidigt ... Ich habe noch Verbindung zur Polizei und höre, dass nach wie vor gemauschelt wird ... Bürgern, die frech Paroli bieten oder politisch unliebsam sind, wischt man gern mal eins aus. Was ins Beuteschema passt, wird ausgenutzt. Ich war dabei, wie ein Obdachloser, der Kinder angebaggert hat, auf der Wache getreten worden ist. Immer in den Arsch ... Ich schäme mich, dass ich mich an so etwas beteiligt habe. Ist doch klar, wem der Richter glaubt, wenn Aussage gegen Aussage steht. Die Polizei hat die Macht.« Das Zitat stammt aus der taz vom 21.11.2008.
Mehr auf www.polizeizeugen.de.vu.

Jörg Bergstedt

PRÄMIEN FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien:

Michaela Seul
RelaXX
Treibgutgeschichten
br., 245 Seiten
Geschichten (nicht nur) für den Urlaub
www.unrast-verlag.de

Edward Viesel
Freiheit statt Freibier
Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt – mit einer Einführung in Linux
br., 280 Seiten
www.unrast-verlag.de

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

25 JAHRE FEMINISTISCHE MÄDCHEN- UND FRAUENARBEIT

Die bewegte Geschichte des Lotta e.V.

Vor 25 Jahren im Spätsommer 1983 gründete sich in Kiel der Verein Lotta e.V. – Verein zur Förderung feministischer Mädchen- und Frauenarbeit. Ausgangspunkt dieser Vereinsgründung war der 1981 ins Leben gerufene Arbeitskreis »Pädagoginnentreff« indem sich Pädagoginnen aus verschiedenen Arbeitsbereichen zusammengeschlossen hatten, um spezifische Aufgaben und Probleme, die in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Frauen entstehen, zu erörtern und neue Konzepte zu erarbeiten.

Von Michaela Peschel ● Kurz nach der Vereinsgründung 1984 startete der Verein das Modellprojekt »Psychosoziale Betreuung einer Mädchenwohngruppe«, woraus später die heute noch bestehenden »Therapeutischen Wohngruppen für Frauen mit Psychotraumatisierungen« entstanden. 1989 schloss sich die Initiativgruppe des »Autonomen Mädchenhauses Kiel« dem Verein an und eröffnete im selben Jahr die Anlauf- und Beratungsstelle und 1992 die »Zufluchtsstätte für Mädchen und junge Frauen in Not«.

In den folgenden Jahren lag das besondere Augenmerk des Vereins auf der konzeptionellen Weiterentwicklung der Angebote und der finanziellen Absicherung der verschiedenen Einrichtungen. Hier musste der Verein über Jahre sehr viel fachliches Engagement und Durchhaltevermögen für die Interessen von Mädchen und Frauen zeigen. Immer wieder betrat er in seiner Geschichte Neuland und konnte sich nie auf vorgefertigte Pfade begeben. So musste die Anerkennung der ersten Wohngruppen für junge Volljährige als eine teilstationäre Einrichtung 1988 vor Gericht erstritten werden. Die Einrichtung des Mädchenhauses in Kiel war für Schleswig-Holstein einzigartig und eine gesicherte Finanzierung für die Zufluchtstätte des Mädchenhauses für das kommende Jahr 2009 steht trotz 16-jährigen Bestehens aus. Der Verein Lotta e.V. macht somit seinem Namen alle Ehre. Lotta bedeutet auf italienisch »Kampf« und die selbstbewusste Lotta der Astrid Lindgren stand bei der Namensfindung auch Patin.

Im Vordergrund allen Handelns des Vereins steht das Ziel Angebote zu entwickeln und Hilfen zu installieren, die Mädchen und Frauen erreichen, die ihnen helfen, ihre Gewalterfahrungen zu verarbeiten und die es ihnen ermöglichen, in ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben zu gehen.

Die heutige Bilanz des Vereines Lotta e.V. lässt sich sehen. In seiner Trägerschaft befinden sich verschiedene fachlich qualifizierte Einrichtungen, die auch bundesweit Anerkennung finden:

- Die Therapeutischen Wohngruppen für Frauen mit Psychotraumatisierungen;
- Das Ambulant betreute Wohnen für Frauen mit Psychotraumatisierungen.
- Das Autonome Mädchenhaus Kiel mit den Angeboten:
  - Anlauf- und Beratungsstelle;
  - Zufluchtsstätte (Schutz- / Inobhutnahme- / Kriseneinrichtung für Mädchen und junge Frauen)
  - Wohn- und Verselbstständigungsgruppe;
  - Flexible Hilfen für Mädchen und junge Frauen;
  - Zeuginnenbegleitprogramm.

Das Jubiläum zum 25jährigen Bestehen des Vereines Lotta e.V. wird in diesem Jahr nur in einem kleinen internen Rahmen mit aktuellen und ehemaligen Vereinsfrauen und Mitarbeiterinnen gefeiert. Aus Anlass des 25jährigen Bestehens der »Therapeutischen Wohngruppen für Frauen mit Psychotraumatisierungen« und des 20jährigen Bestehens des »Autonomen Mädchenhauses Kiel« im nächsten Jahr ist eine öffentliche Fachtagung in Planung.

Lotta e.V. hat eine bewegte Geschichte hinter sich und ist mit seinen aktuellen Angeboten und Einrichtungen in Kiel und Schleswig-Holstein in der Sozialarbeit, der Jugendhilfe und der psychosozialen Betreuungsarbeit eine anerkannte Größe. Die Zeiten des »Kampfes« sind von den Zeiten der qualifizierten Arbeit der einzelnen Fach- und Unterstützungseinrichtungen abgelöst worden. Allerdings erfordert der konkrete Arbeitsalltag von jeder einzelnen Mitarbeiterin auch heute immer noch ihr feministisches und parteiliches Engagement, um für die Rechte, die Belange und die Unterstützung der Mädchen und Frauen einzutreten, und um diese Angebote auf Dauer finanziell abzusichern.●

kontakt@maedchenhaus-kiel.de
www.maedchenhaus-kiel.de

Aus: Gegenwind – Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 241

REZENSION

Feministische Medienarbeit

Der Anlass für dieses Buch ist ein angenehmer: Im Sommer 2008 wurde das in Wien erscheinende feministische Magazin *an.schläge* 25 Jahre alt. Die Öffentlichkeit zu erreichen war und ist ein wichtiges Anliegen feministischer Bewegungen – und nicht zuletzt dienen die Zeitschriften der Bewegungen der internen Verständigung unter den Aktiven. Die veröffentlichte Meinung, so die Mitherausgeberin Gabi Horak, komme dagegen immer noch mit dem Selbstbild der Objektivität daher, die es aus feministischer Sicht ebenso wenig gäbe, wie die Trennung von Nachricht und Kommentar.

Die 19 Beiträge dieses Bandes können in zwei Typen sortiert werden. Im größeren Teil finden sich eher historisch angelegte Beiträge und solche, die empirisch die derzeitige Medienlandschaft beschreiben: Einzelne Projekte werden, egal ob sie mittlerweile eingestellt sind, oder noch erscheinen, näher vorgestellt. Dabei geht es nicht nur um gedruckte Medien. Radioarbeit, oder das Internetangebot *diestandard.at* sind ebenso Gegenstand wie das Fernsehmagazin *an.schläge tv*. Die Szene der lesbisch-feministischen Zeitschriften wird vorgestellt, die wissenschaftlichen, mehr auf die Akademie ausgerichteten Projekte werden in zwei Beiträgen ausführlich referiert.

Die Artikel im anderen Teil reflektieren über die Bedingungen feministischer Medienproduktion zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung, während gleichzeitig das »Frauenthema« im Sinne einer gewissen juristischen Gleichstellung in die herrschenden Medien und ihre Titelblätter einzieht und der Kommerzialisierung anheim fällt. Die Autorinnen denken dabei immer mit, dass ihre alternativen Vorstellungen längst Bestandteil der neuen Ökonomien und Managementmodelle sind und sich als kooptierbar herausgestellt haben. Sie zeigen dadurch ein im Vergleich zu Deutschland sehr hohes Niveau an Selbstreflektion in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen kritischen Medienarbeit.

Die Herausgeberinnen haben ein wichtiges Buch zur Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen und zum in Bewegung und Wissenschaft unterbelichteten Thema der Geschichte und Geschichtsschreibung alternativer Medien vorgelegt. Allein die in ihm enthaltenen bibliographischen Angaben sind sehr nützlich und verleihen dem Buch einen hohen Gebrauchswert. Dazu passt, dass im deutschsprachigen Raum Österreich das Land mit der größten Dichte und Vielfalt an feministischen Zeitschriften ist.●

Bernd Hüttner

Lea Susemichel, Saskia Rudigier, Gabi Horak (Hg).: Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des malestreams; Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2008, 212 S., 19,90 EUR

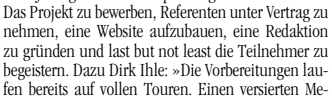
RADIO FLORA HANNOVER STARTET NEUES PROJEKT

»Medienworkshop Eine Welt-Radio«

Wie Cherno Jobatai moderieren, das kann man im neuen Projekt »Medienworkshop Eine Welt-Radio« von »radio flora« und der »Stiftung Bürgerrundfunk« lernen. Zusammen haben radio flora und die gemeinnützige Stiftung das neue Projekt gestartet. Über 28.000 EUR wurden dafür bislang eingesammelt. Unterstützt wird das Projekt von der Landeshauptstadt Hannover, dem JobCenter Region Hannover, der Stiftung Leben und Umwelt und Verdi.

Ziel des Projekts dabei ist, mit systematischen medienpädagogischen Angeboten den MigrantInnen die Teilnahme an gesellschaftlichen Diskussionen zu ermöglichen, denn Migranten sind momentan in den Medien nur sehr selten anzutreffen. Integration wird unterstützt und gelingt, wenn MigrantInnen ihre Ansichten und Erfahrungen in Medien vermitteln und erfahren können. Wichtig für sie ist die Chance mitzureden, anstelle von Experten, die oft ohne Migrationshintergrund über sie berichten. Dazu Dirk Ihle, Geschäftsführer bei *radio flora* und im Präsidium der *Stiftung Bürgerrundfunk*: »Integration fängt in den Köpfen an – in unseren. Daher möchte *radio flora* Menschen mit Migrationshintergrund die Gelegenheit geben Medienkompetenz zu erwerben, indem es sie schult und ihnen behilflich ist, mit den Themen, die sie persönlich interessieren, in die Öffentlichkeit zu gehen.« Eine große Barriere für die Integration stellt die Sprache dar, denn Regeln und Standards und Übereinkünfte im Zusammenleben werden durch die Medien vermittelt.

Dazu Ihle weiter: »Medienarbeit in der eigenen Sache allgemein verständlich für alle on Air oder online bringen. Den Sportverein medial präsentieren, News aus den Heimatländern gekonnt moderieren, eigene Beiträge und Interviews publikumswirksam ins Netz und in den Äther stellen, das ist unser Ziel.«



Die Strukturen für dieses vorbildliche Konzept stehen. Jetzt gilt es die Feinplanungen abzuschließen. Das Projekt zu bewerben, Referenten unter Vertrag zu nehmen, eine Website aufzubauen, eine Redaktion zu gründen und last but not least die Teilnehmer zu begeistern. Dazu Dirk Ihle: »Die Vorbereitungen laufen bereits auf vollen Touren. Einen versierten Medienpädagogen dafür haben wir bereits eingestellt.«

Anfang 2009 ist es dann soweit, Hannovers MigrantInnen können sich auf das Projekt »Medienworkshop Eine Welt-Radio« freuen. Wie produziert man fürs Radio, wie macht man sich in größeren Maßstäben für alle verständlich, wie bringt man seine Inhalte am besten rüber?

In der starken Kooperation von *radio flora* und der *Stiftung Bürgerrundfunk*, öffnet das Projekt für die breite Öffentlichkeit im Januar seine Tore. Bis auf eine geringe Verwaltungsgebühr, ist das Projekt für die Teilnehmer kostenfrei.●

Kontakt:
radio flora, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover,
Tel. (05 11) 21 97 90
www.radioflora.de

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Polizei als Täter?

Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt brauchen Solidarität und Unterstützung

MigrantInnen, Flüchtlinge, Afrodeutsche und andere, die von der Staatsgewalt als Nichtdeutsche – und damit als besonders suspekt – definiert werden, sind häufig Opfer polizeilicher Misshandlungen. Dabei werden die Opfer regelmäßig zu TäterInnen gemacht. Wollen sich die Betroffenen wehren, treffen sie nicht selten auf eine Mauer des Schweigens und des Misstrauens. Da es nur selten ZeugInnen für die Misshandlungen gibt, stehen die Aussagen mehrerer BeamtInnen der Aussage eines Migranten/einer Migrantin gegenüber. Oft wird so die Glaubwürdigkeit von Polizeiopfern in Frage gestellt. Entscheiden sie sich dennoch für eine Anzeige gegen die TäterInnen in Uniform, müssen sie damit rechnen, dass die Ermittlungen bewusst verschleppt und häufig eingestellt werden. Den Betroffenen fehlt oft das Geld, sich auf juristischem Weg gegen den Angriff zu wehren. Dementsprechend schwierig gestalten sich die Bemühungen, Lobbyarbeit zu leisten und den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Aus diesem Grunde gründeten das »Anti-Diskriminierungsbüro Berlin e.V.«, der Berliner Ermittlungsausschuss, »Netzwerk Selbsthilfe e.V.« und »ReachOut – Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe« die Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) als Rechtshilfefonds. Mit dem gespendeten Geld wurden bisher 15 Opfer rassistischer Polizeigewalt mit über 5.000 Euro für Prozesskosten und AnwältInnen unterstützt.

Neben der konkreten Unterstützung durch Beratung und finanzieller Unterstützung, organisiert KOP thematische Veranstaltungen. Für 2009 ist eine Diskussionsveranstaltung zum Thema »racial profiling« geplant. Dieser Begriff ist aus den USA bekannt. Er umschreibt vor allem das Herausgreifen bestimmter Personen bei Personenkontrollen auf Grund ihres Aussehens (z.B. ethnische Herkunft, Hautfarbe). Offiziell existiert diese Praxis in der Bundesrepublik nicht. So betont die Bundesregierung, auf eine kleine Anfrage hin, dass Instrumente des »racial profiling« verboten seien und daher nicht angewendet würden. Dieser Ideologie, dass die Rechtsnorm unverbrüchliche Handlungswirklichkeit darstellt, also das was sein soll, auch automatisch so ist, widerspricht allerdings jeglicher Lebenserfahrung von Menschen mit anderem Aussehen, als dem was als typisch »deutsch« gilt.●

Katja Grabert

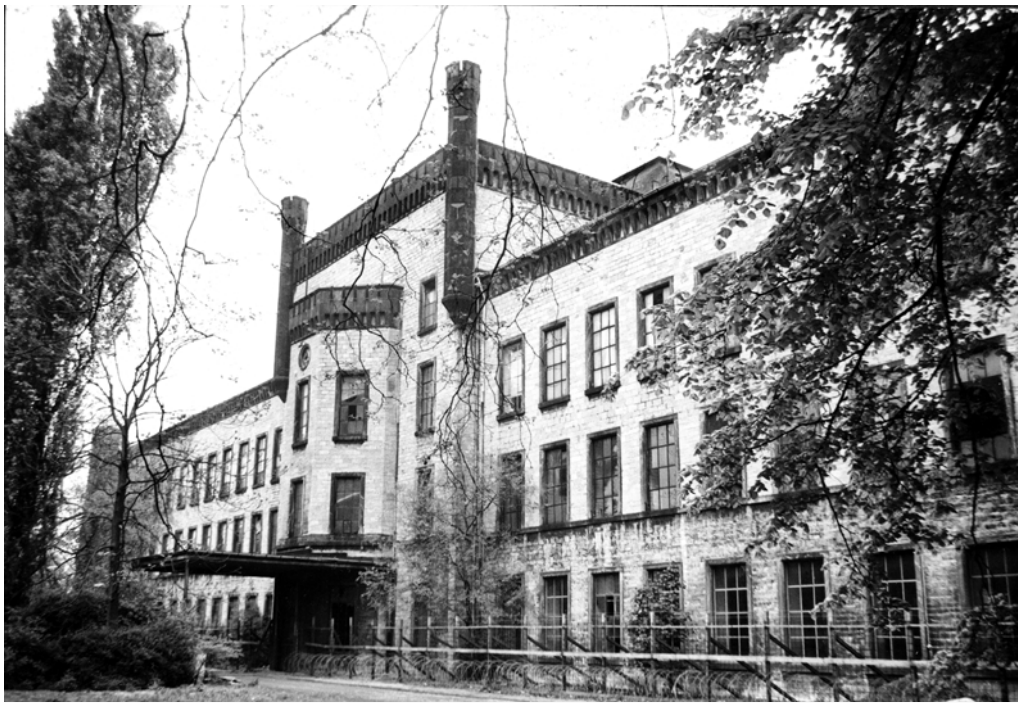
Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Spenden für den Rechtshilfefonds bitte an:
Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00, Kontonummer: 302 98 04, Stichwort: Rechtshilfefonds

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG: ZWEITE FOLGE

Wie verteidigen wir ein altes Haus gegen Abriss?

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerIn: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit einer Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. In der zweiten Folge gibt er Ratschläge aufgrund einschlägiger Erfahrungen.



Die »Ravensberger Spinnerei« in Bielefeld, ein Fabrikschloss mit Park, erbaut 1856, sollte 1970-72 zugunsten einer Schnellstraße platt gemacht werden. Hier ein Foto aus der Zeit des Leerstands. Eine Bürgerinitiative verhinderte den Abriss. Heute beherbergt der Fabrikkomplex ein Kulturzentrum mit Bibliothek, Museum und Volkshochschule. (Foto: Stadtarchiv Bielefeld)

Von Konrad Kantstein ● In den vergangenen zehn Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland Hunderttausende von erhaltenswerten Häusern abgerissen worden. Was der Krieg nicht schaffte, was auch die Not der Nachkriegsjahre und den hilflosen Sozialismus der DDR überlebte, das wird jetzt vom Kapitalismus bedenkenlos abgeräumt. Die Bevölkerung schrumpft, den Eigentümern ist das nackte Grundstück als veräußerbare Immobilie oft lieber als ein altes Haus, das keine Mieter findet, aber gleichwohl geschützt und erhalten sein will. Besonders im Osten Deutschlands – in Städten wie Leipzig, Chemnitz, Zittau, Zwickau – stehen zigtausende von bezugsfertigen Wohnungen und bewohnbaren Häusern leer. Allein in Sachsen sind es an die 500.000 Wohnungen. Die dortigen Wohnungsbaugesellschaften und die mit ihnen verbundenen Banken betreiben eine gezielte Wohnraumzerstörung, und zwar nicht nur in den großen Wohnkomplexen aus der DDR-Zeit, sondern auch in den historischen Gründerzeitvierteln, indem ganze Häuserblöcke »vom Markt genommen werden«. In den Diskursen der Stadtplaner wird bereits von »perforierten Städten« gesprochen, die durch frische Brachflächen inmitten von historischen Wohnvierteln gekennzeichnet sind. Dagegen regt sich nun immer heftigerer Widerstand. In Leipzig, Halle, Freiberg und anderen Städten haben sich Bürgerinitiativen und Stadtforen gebildet, die gegen den Abriss aufbegehren.

In Leipzig und Halle gibt es schon so genannte

Zwei Bielefelder Studentinnen demonstrieren gegen den Abriss der »Ravensberger Spinnerei«, Bielefeld 1972. (Foto: Rosa Rosinski)

»Wächterhäuser«, das sind Gründerzeit-Miethäuser, die von den Eigentümern einer Gruppe junger Leute für mehrere Jahre kostenlos überlassen werden, damit diese dort einziehen, wohnen und arbeiten und so das Haus in Schuss halten. (Vgl. Reiner Burger: Haus mit Hüter. In: FAZ 25.V.2007; Martin Reischke: Verschwende die Fläche. In: Südd.Ztg. Nr. 153/2007; www.haushalten-leipzig.de; www.bund-bin.de/Projekte).

Auch wenn die Situation in Westdeutschland noch längst nicht so dramatisch ist wie im östlichen »Beitrittsgebiet«, aus dem seit der Wende fast 2 Millionen Menschen abgewandert sind, so zeigen sich die Folgen der Bevölkerungsschrumpfung doch auch hier. Auch in vielen westdeutschen Städten ist der Abrissbagger unterwegs. Nicht selten werden wertvolle, denkmalgeschützte Bauten abgerissen, um gesichtslosen Neubauten Platz zu machen. Die staatliche Denkmalpflege – durch Mittelkürzungen, Stelleneinsparungen und Umstrukturierung demoralisiert – sieht ohnmächtig zu.

Auf was lassen wir uns ein?

Nach allen bisherigen Erfahrungen muss davon ausgegangen werden, dass diejenigen, die den Abriss eines historischen Gebäudes planen und durchsetzen wollen, ein starkes Interesse daran haben, in der Regel ein geschäftliches. Entweder soll das Grundstück neu bebaut werden oder es sollen mit dem leer geräumten Boden Geschäfte gemacht werden. Manchmal will auch nur jemand an dem so genannten »Rückbau« verdienen oder die daraus gewonnenen Baumaterialien neu verwenden.

Die Abrissbetreiber haben kein Interesse an der Geschichte und dem Wert des in Frage stehenden Gebäudes. Sie werden ohne Skrupel Behauptungen aufstellen und manchmal sogar lügen, um ihre Absichten durchzusetzen. Sie versuchen den Eindruck zu vermitteln, entscheidungsbefugt und sachkundig zu sein. In Wirklichkeit kennen sie mitunter nicht einmal die Gesetze und Bestimmungen, nach denen sie selbst zu handeln vorgeben.

Die mit dem Abrissvorhaben befassten Beamten und Angestellten sind oft zum Gehorsam, zum Schweigen, zum Stillhalten verpflichtet worden. Nicht selten wird der Versuch gemacht, jeden Widerspruch, jede unabhängige Gedankenäußerung von Amtspersonen oder Untergebenen zu unterbinden.

Was können wir tun ?

Bei aktueller Abriss-Gefährdung eines wichtigen historischen Hauses oder Gebäude-Ensembles ist es notwendig, sofort entschlossen tätig zu werden, nicht zu zögern und abzuwarten, sondern unverzüglich als erstes eine Initiativgruppe von mindestens drei bis fünf Menschen zusammenzurufen. Von Anfang an muss diese Gruppe Standfestigkeit und Hartnäckigkeit demonstrieren, auch wenn einem noch die Knie zittern.

Zuerst müssen die Medien, vor allem die lokale Presse, informiert werden, dann ist bei den politisch Verantwortlichen oder Zuständigen vorzusprechen bzw. um einen kurzfristigen Termin nachzusuchen. Von deren Seite darf keine Hinhaltetaktik akzeptiert werden.

Dann müssen wir Experten (Historiker, Bausachverständige, Hausforscher, Architekten, Heimatforscher etc.) ansprechen und um Rat und Beistand bitten. Mit ihrer Hilfe können wir Argumente für den Erhalt zusammenstellen, Geschichten über das Haus erzählen, Sympathien für das Haus schaffen. Aus dem zu beseitigenden »Schandfleck« wird auf diese Weise ein Gebäude mit Gesicht und Geschichte, ein Architektur-Individuum, für das sich Gefühle mobilisieren lassen.

Die Sachstandsbehauptungen der Abrissbefürworter (Baufälligkeit, Schwamm, Einsturzgefährdung etc.) müssen von Experten hinterfragt und – wenn möglich – widerlegt werden. Die Gesetze und Bestimmungen, Behördenstrukturen und Fristen, Geschäftsordnungen und Verfahrensregeln der entscheidenden Gremien sind zu studieren. Notfalls muss für formgerechte Einsprüche, einstweilige Verfügungen etc. ein Rechtsanwalt einbezogen werden.

Schließlich ist die überregionale Öffentlichkeit herzustellen, am besten über Radio und Fernsehen. Parteien, Stadtrats- und Landtagsfraktionen müssen angesprochen und informiert werden, sie sind nachdrücklich zur Stellungnahme und zum Einholen von Gutachten aufzufordern. Die Denkmalschutz-Behörden sind oft zum Schweigen vergattert und daher froh, wenn sie von offizieller Seite zur Stellungnahme aufgefordert werden.

Für das infrage stehende Bauwerk müssen Nutzungsmöglichkeiten erwogen, diskutiert und vorgeschlagen werden. Fürs Erste sollten Ideen zur Zwischennutzung entwickelt und öffentlich verbreitet werden. »Totschlagargumente« (kein Geld, viel zu teuer, keine Nutzung etc.) müssen zurückgewiesen werden. Ein altes Haus stehen zu lassen, es einzuzäunen, zu erhalten und zu bewachen ist oft für wenig Geld machbar. Auch Abriss kostet Geld, das besser verwendet werden könnte, z.B. für die Erhaltung. Bei Mitbürgern und Nachbarn muss um Verständnis geworben, Sympathie und Phantasie für ein wieder belebbares Gehäuse mobilisiert werden.

Behördenvertretern muss klar gemacht werden, dass sie sich auf lange Sicht **mehr** Arbeit und Ärger einbrokken, wenn sie uns **nicht** anhören und entgegenkommen. Nicht zuletzt gilt es, das Beispielhafte an dem Konflikt herauszustellen und zu verdeutlichen, um welche Werte und welche Wählerschichten es hier geht.

Was lehrt uns das ?

Es gibt ein Bürgerrecht auf Geschichte. Niemand hat das Recht, aus Eigennutz die gemeinsame Heimat seiner Mitmenschen in einen gesichts- und geschichtslosen Ort zu verwandeln, auch dann nicht, wenn er dadurch kurzfristig Arbeitsplätze schafft. Erhaltung, Pflege und Reparatur der historischen Bausubstanz sichern auch Arbeitsplätze, oft hoch qualifizierte. Wir dürfen ein gutes Gewissen haben, selbst wenn wir einzelne Amtsträger oder Interessenvertreter vor den Kopf stoßen müssen, in dem sich ihre Vorurteile und Blockaden verfestigt haben.

In jedem Fall einer Abrissplanung ist die cui-bono-Frage zu stellen: wer hat etwas davon ? In den allermeisten Fällen sind es – wenn man genau hinsieht – nur sehr wenige Menschen (Unternehmer, Investoren, Baufirmen, Immobilienspekulanten usw.), die kurzfristig daran verdienen oder etwas länger einen Nutzen davon haben, während die Allgemeinheit auf Dauer den Verlust zu ertragen hat.

Je mehr ästhetisch gebildete und kulturell interessierte Menschen in der Region leben, in der wir tätig sind, desto mehr Zustimmung und Unterstützung werden wir aus der Bevölkerung erhalten können. Um die zu gewinnen, müssen wir aber zuerst selbst an die Öffentlichkeit gehen. Viele Menschen wären bereit, sich zu engagieren, aber nur wenige wollen den ersten Schritt wagen und vorangehen. Wir müssen unterschiedliche Arten und Grade des Engagements akzeptieren, von der Unterschrift oder kleinen Geldspende bis zum persönlichen, körperlichen Einsatz und zur aktiven Mitarbeit.

Wir müssen den längeren Atem haben. Wir müssen Zeit gewinnen und den Abriss verzögern, so lange es nur irgend geht. Oft ist schon der Aufschub eines eiligen Abrissbegehrens der erste Schritt zur Erhaltung eines wertvollen Ensembles gewesen.

Seit der Debatte um den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche und der Stadtschlösser von Berlin, Potsdam und Braunschweig werden Stimmen wieder laut, die eigentlich schon um 1905 von Georg Dehio und Alois Riegl zum Schweigen gebracht worden waren (Vgl. Georg Dehio, Alois Riegl: Konservieren, nicht restaurieren Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900. Bauwelt-Fundamente, Bd.80, Braunschweig 1988). Stimmen, die sagen »Was macht es, wenn ein altes Haus verschwindet, wenn wir wieder zu Geld kommen, bauen wir es wieder auf.« Das ist die Ansicht, dass man vor nichts Respekt haben muss, dass nichts unersetzlich ist und dass alles machbar ist. Und wenn es die riesigen Eichenbalken, aus denen vor 400 Jahren ein Fachwerkhaus zusammengefügt wurde, nicht mehr gibt, nun dann bauen wir es eben aus Beton wieder auf. Das Ergebnis kann in allen solchen Fällen nur eine gebaute Lüge sein. Solange noch irgendwo in Deutschland authentische alte Bauwerke verfallen, weil angeblich kein Geld dafür da ist, sie zu erhalten, solange muss jeder sich schämen, der zur Rekonstruktion verschwundener Schlösser aufruft und dafür Geld sammelt. Von den wieder auferstandenen Neubau-Residenzen und Kirchen fällt ein schwarzer Schatten auf die wertvollen alten Bürgerhäuser und Bauerhöfe, Fabrikgebäude und Gutsanlagen, die ohne Fürsprache vergammeln und verfallen, weil niemand sich für sie einsetzt. Wir sollten die Verluste mit Trauer akzeptieren und pflegen, was wir noch besitzen.

Selbst wenn wir den Kampf verlieren, wird er nicht sinnlos gewesen sein. Wir haben eine Anzahl von Menschen zusammengebracht und verändert. Wir haben Debatten angestoßen, Dialoge eröffnet, Gespräche in Gang gebracht. Wir haben uns gewehrt. Wir haben, was uns gemeinsam ist, verteidigt. Wir haben Eigensinn und Würde bewiesen. Eine Reihe von politischen Entscheidungsträgern hat sich blamiert oder sich als käuflich, kulturlos und wortbrüchig herausgestellt. Wir haben Mitbürger für den Schutz der Kulturdenkmale gewonnen und über die wahren politischen Verhältnisse im Lande aufgeklärt. »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.«

»Jedes Kulturdenkmal, das heute zugrunde geht, ist für alle Zeit verloren. Was wir jetzt nicht retten, kann nie mehr gerettet werden. Was wir jetzt versäumen, kann keine künftige Generation nachholen. Vor dieser Aufgabe gibt es kein Ausweichen.« (Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, 8. XI. 1985)●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker, Hausretter und Denkmalschützer mit Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland.

SOZIALER BETRIEB IM DEGGENHAUSERTAL

Soziale Werte bei Sonett

Wirtschaft einmal anders: Öko-Hersteller Sonett gehört nicht den Chefs, sondern sich selbst. Überschüsse fließen in das Unternehmen zurück. Im Deggenhausertal wird viel Wert auf soziale Gestaltung gelegt. So arbeitet Sonett eng zusammen mit den Lehenhof-Werkstätten für Behinderte. Auch ist kein unbegrenztes Wachstum des Unternehmens gewünscht, sondern eher eine optimale Betriebsgröße. Dabei wird viel für die Mitarbeiter getan.

Imke Sturm ● Die Sonett OHG, Hersteller von ökologischen Wasch- und Reinigungsmitteln, ist nicht nur seit 30 Jahren erfolgreich am Markt. Mit 35 Mitarbeitern erwirtschaftete das Unternehmen 2007 gut 6 Millionen Euro in 27 Ländern. Sonett steht vor allem auch für eine alternative Wirtschaftsweise. »Das gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsbewusste Verhalten eines Unternehmens nach innen und außen gehört zu unserem Selbstverständnis«, so Geschäftsführer Gerhard Heid.

In Zeiten von Shareholder-value und nach vorne getriebener Gewinnoptimierung ist dies wohl recht ungewöhnlich: »Sonett ist kein Privateigentum. Der Betrieb gehört sich selbst und ist somit nicht verkauf- oder vererbbar«, beschreibt Beate Oberdorfer die Philosophie. »Gewinne fließen immer wieder in den Betrieb zurück und in die Stiftung Sonett«, so die Geschäftsführerin.

Sonett soll so stets von Menschen verantwortet und geführt werden, die dies können. Daher ist die Rechtsform dreigeteilt: Die Sonett OHG hat drei voll haftende Gesellschafter und betreibt die Entwicklung, Herstellung und den Vertrieb von ökologischen Wasch- und Reinigungsmitteln. Die Sonett Vermögensverwaltung GmbH ist wiederum die Eigentümerin der Grundstükke, Gebäude und maschinellen Anlagen, die sie an die OHG vermietet. Alleinige Gesellschafterin der GmbH ist die Stiftung Sonett. Sie fördert gemeinnützige Initiativen beispielsweise im Bereich der Wasserforschung oder Entwicklung von alternativen Testmethoden zu Tierversuchen.

Camphill-Werkstätten für Behinderte

Sonett arbeitet eng zusammen mit den *Camphill Werkstätten Lebenhof*. Die Werkstätten für Behinderte befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Insgesamt beschäftigt Sonett zwei Werkstattgruppen mit je 12 Behinderten. Diese sind vorwiegend in der Etikettierung tätig und auch bei Abfüllarbeiten. Drei behinderte Mitarbeiter der Lehenhof Werkstätten arbeiten direkt bei Sonett mit. »Wir erleben diese Mitarbeit keinesfalls als karitative Leistung«, sagt Geschäftsführerin Beate Oberdorfer. »Es ist vielmehr eine große Bereicherung für die Arbeit und auch das Betriebsklima.« So erfüllt sich hier eine schöne Utopie: Es sind Menschen mit im Team, die nicht für Geld arbeiten, sondern ganz hingegeben sind an die Arbeit selbst und die sozialen Beziehungen. Der Lehenhof unterstützt die Entwicklung von Sonett vor Ort. Der Betrieb Sonett befindet sich mittlerweile auf dem Grundstück und teilweise in Gebäuden, die vorher zum Lehenhof gehört haben.

Vieles für die Mitarbeiter

»Persönlichkeitsentwicklung und betriebliche Anforderungen sind kein Gegensatz, sondern idealerweise identisch«, sagt Gerhard Heid. Sonett will daher seine Mitarbeiter im besten Sinne in ihren persönlichen Zielen und dem eigenem Willen unterstützen. »Was ein Mensch wirklich will, erfüllt sich stets auch in der Aufgabe und Arbeit für eine Sache oder für Menschen«, führt Heid aus. So wird im Betrieb Sonett vieles für die Mitarbeiter getan. Zum einen ist für Eltern Teilzeitarbeit möglich und es stehen günstige Mitarbeiterwohnungen in biologischer Bauweise zur Verfügung. Zum anderen wird ein geisteswissenschaftliches Studium der Anthroposophie angeboten. Auch werden Künstler engagiert, die Kurse über Eurythmie, Singen und Improvisation ausrichten. Die Teilnahme ist kostenlos für die Mitarbeiter. Aus der Mitarbeiterschaft hat sich eine kleine Fußballmannschaft gebildet.

Nicht blindes Wachstum, sondern optimale Größe

Rasche Gewinnmaximierung und möglichst schnelle Expansion – all dies sind Vokabeln, die nicht zur Philosophie von Sonett passen. Es geht auch anders. Zwar stehen Dank Bio-Boom und steigendem Umweltbewusstsein für ökologische Wasch- und Reinigungsmittel die Fahnen auf Umsatzwachstum. »Uns schwebt aber nicht eine unbegrenzte Vergrößerung der Fabrikation in Deggenhausen vor, sondern dass bei Erreichen der optimalen Betriebsgröße ein weiterer Betrieb an einem neuen Standort aufgebaut wird.«●

Info: www.sonett.eu

REZENSION

Wilde Streiks im Wirtschaftswunder

Wer hat schon einmal vom dänischen Philipsstreik 1954 oder vom Hamburger Werftarbeiterstreik 1955 gehört? Während die Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik oder der Kölner Fordstreik 1973 noch eine gewisse Bekanntheit erlangten, sind viele »wilde« Aktionen von Belegschaften jenseits der offiziellen Gewerkschaftslinie dem Vergessen anheim gefallen. Peter Birke beschäftigt sich in seiner Dissertation mit nahezu drei Jahrzehnten Wilder Streiks in westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten anhand von Beispielen aus der Bundesrepublik und Dänemark.

Gottfried Oy ● Der Titel seiner Arbeit ist insofern etwas irreleitend, Birke beginnt in den 1950er Jahren und endet mit der Weltwirtschaftskrise 1974. Eine erste überraschende Erkenntnis ist somit vielleicht schon, dass Wilde Streiks in größerem Umfang nicht erst nach 1968 einsetzten, sondern schon in den 1950er Jahren die Art der Auseinandersetzungen in den Betrieben mitbestimmten; sie wurden durch soziale Bewegungen eher positiv verstärkt, denn ausgelöst.

Was sind Wilde Streiks? Zunächst einmal handelt es sich um Aktionen, die nicht von einer Gewerkschaft organisiert werden, zudem brechen sie das von den Tarifparteien erarbeitete Reglement: »Wilde Streiks sind Arbeitskämpfe, die den Rahmen überschreiten, den die Friedenspflicht vorgibt. Dabei handelt es sich nicht einmal zwingend um 'offene' oder öffentlich sichtbare Aktionen.« (13) Sie stellen zudem, anders als gewerkschaftliche Kampagnen, die sich in der Regel auf die Auseinandersetzung um Arbeitslohn und -zeit beschränken, »die Frage nach der Kontrolle der Arbeitsbedingungen und nach den Machtverhältnissen im Arbeitsprozess« (14) in den Mittelpunkt.

Birkes Ausgangspunkt ist die Suche nach einer anderen Sichtweise auf Arbeitskonflikte und damit auch nach einem anderen Blick auf soziale Auseinandersetzungen im Nachkriegsfordismus. Nicht nur in der Forschung, auch in der zeitgenössischen Öffentlichkeit wurden Wilde Streiks kaum wahrgenommen, das hängt Birke zufolge damit zusammen, dass sie – jenseits linksradikaler Zeitschriften – kaum Öffentlichkeit außerhalb der Betriebe fanden; zum einen, weil die Streikenden eher Erfolg hatten, wenn sie betriebsintern agierten; zum anderen, weil ihnen die Lobby fehlte. Die Tarifparteien hatten kein Interesse, den sich einschleichenden Prozess einer so genannten zweiten Lohnrunde publik zu machen.

Arbeitskämpfe als Motor des sozialen und ökonomischen Wandels anzusehen, diese Theorielinie der US-amerikanischen Soziologie der 1950er Jahre, die vor allem in Südeuropa aufgegriffen wurde, »wo ein Marxismus ohne Handlungstheorie in die Sackgasse geraten war« (23), möchte auch Birke aufnehmen. Er richtet sich gegen »stark nationalstaatlich geprägte Forschungskulturen« (31) und versucht in Rekurs auf Beverly Silver dem Projekt einer »Weltkarte der Arbeitskämpfe« nachzugehen: »Silvers These ist, dass die Kämpfe in den verschiedenen Regionen bestimmte Zyklen durchliefen, die sich durch das Verhältnis zwischen der technischen und organisatorischen Entwicklung sowie der betrieblichen und gesellschaftlichen 'Verhandlungsmacht' der Beschäftigten bestimmten lassen« (31). Von ihr übernimmt Birke auch den Begriff der Diffusion, um das Verhältnis von Aneignung beziehungsweise Übernahme der Anliegen von anderen sozialen Kämpfen in die Praxis der Wilden Streiks zu beschreiben.

Der transnationale Charakter der von Birke untersuchten lokalen Arbeiterbewegungen wird allerdings erst im Nachhinein deutlich, zunächst einmal, weil die streikenden Belegschaften in der Regel keine internationalen Verbindungen hatten. Zudem fehlte die vergleichende Perspektive in der zeitgenössischen Berichterstattung und schließlich, weil die Kämpfe in abgeschlossenen Räumen stattfanden: »Dass die Kämpfe ein Beitrag dazu sein konnten, solche Räume zu sprengen, wurde oft erst in ihrer analytischen Aufarbeitung transparent« (32).

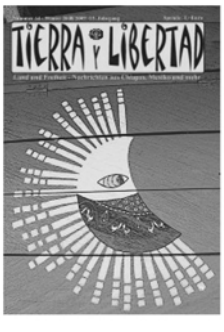
Ein internationaler Aspekt ist zudem die nahezu einhellige Reaktion auf das sozialdemokratische Gerechtigkeitsversprechen der westlichen Wohlfahrtsstaaten: Statt sich in diese Vorstellung der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu fügen, wollen die wild Streikenden selbst definieren, was gerechte soziale Ansprüche sind: »Tatsächlich wirkten die sozialen Verbesserungen des 'goldenen Zeitalters' – Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Wohlfahrtsstaat – nicht nur in eine Richtung, nicht nur 'stabilisierend'; im Gegenteil, sie erzeugten auch neue, erweiterte Ansprüche, die tendenziell über das Sich-Abfinden mit dem Dasein als Lohnarbeiter(-in) oder gar als Fabrikarbeiter(-in) hinauswiesen« (15). Zudem waren es gerade die migrantisch geprägten Wilden Streiks der 1970er Jahre, die die Arbeitsmarkthierarchie erstmals mit Vehemenz artikulierten. Insofern erschüttern die Wilden Streiks den »Traum von der konfliktfreien, technisch-rationalen und 'objektivierten' Arbeitspolitik« (330). Planungsinstrumente wie die Konzertierte Aktion werden erstmals in Frage gestellt.

Analytisch arbeitet Birke aus einer Fülle von detailreich geschilderten und systematisch analysierten Streiks unverkennbare Ähnlichkeiten heraus: lineare Lohnforderungen, Demonstrationen, Belagerungen und Besetzungen, schließlich entsprechende Gegenmaßnahmen des Unternehmens und der örtlichen Polizei. Wilde Streiks als »zweite Lohnrunde« setzten allzu oft »außertarifliche Verbesserungen« und »Sonderleistungen« für einzelne Belegschaften durch; sie wurden, insbesondere in der Hochkonjunkturphase nach 1969 zum Ausdruck des »Kontrollverlustes der Arbeitsmarktparteien in den betrieblichen Konflikten« (334). Zugleich waren sie Ausdruck des Protests der Belegschaften »gegen die Inkorporation der Gewerkschaften in die Politik der Lohnzurückhaltung« (349), so Birke. Und damit verweisen die Wilden Streiks auch auf das Ende des Nachkriegsfordismus: Birke sieht sie – ganz in Tradition des Postfordismus – als Baustein im Kampf gegen die Fabrikdisziplin, die über diese Kämpfe schlussendlich gestürzt wurde.●

Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2007 (376 S., br., 39,90 EUR)

Anzeige

Tierra y Libertad



Das deutschsprachige Fachmagazin in Solidarität mit den Zapatistas und Bewegungen von links und unten. Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr. Die aktuelle Ausgabe #64 (Winter 08/09) ist ab sofort erhältlich bei abolandundfreiheit @ riseup.net (1 Ex.-2€ / 10 Ex.-6€ / 20 Ex.-10€)
Als PDF kostenfrei herunterzuladen auf der Seite: www.ya-basta-netz.de.vu

REZENSION

Widerständige Wege

Die »Machtergreifung« 1933 erforderte für viele Menschen eine grundlegende Entscheidung: Viele gingen ins Exil. Andere gingen einen beschwerlichen und zum Teil lebensgefährlichen Weg in den Widerstand. Solche »widerständigen Wege« – sei es die persönliche Entwicklung eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe oder der geografische Weg von Flugblättern und Tarnschriften, Informationen und Menschen – sind Thema der aktuellen Ausgabe der »informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945«. Diese »Wege« beschreiben die realen Stationen von Fluchtwegen aus Deutschland heraus ebenso wie die gefährlichen Möglichkeiten, antifaschistisches nach Deutschland hinein zu schmuggeln. Dabei hatten etwa die Schiffer auf dem Rhein eine wichtige Rolle. Im sächsischen Grenzgebiet zur Tschechoslowakei brachten die »roten Bergsteiger« Menschen in Sicherheit und aufklärende Literatur nach Deutschland.

Lebensgefährlich war der Weg aus einem Konzentrationslager – die Flucht gelang nur wenigen, und die zurückbleibenden Häftlinge zahlten einen hohen Preis für den Mut der Flüchtlinge, wie der Historiker Sven Langhammer beschreibt. Ein anderes Thema des Heftes ist der Widerstand in den polnischen Ghettos – auch dies ein gefahrvoller und verlustreicher Weg in den Kampf gegen die deutschen Besatzer. Wie die Erinnerung an den Widerstand wach gehalten wird, schildern Beiträge über die »Sentieri Partigiani« im italienischen Appenin und die eindrucksvolle Installation im katalanischen Port Bou, die an den leidensvollen Weg Walter Benjamins ins Exil erinnert.

Wie immer befindet sich in den »informationen« ein großer Rezensionsteil mit Besprechungen wichtiger Forschungsbeiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Neu in der aktuellen Ausgabe ist die Rubrik »Filme und neue Medien«. Hier werden in der aktuellen Ausgabe die Filme »Der neunte Tag«, »Jean Moulin – Leben im Widerstand« und eine CD-Rom zur Zwangsarbeit in Hamburg besprochen.

Die »informationen« können ab sofort beim Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 bestellt werden.●

Gabriele Prein

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945/ Redaktion informationen, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel.: (0 69) 72 15 75, Fax: 71 03 42 54 E-Mail: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de Web: www.studienkreis-widerstand-1933-45.de

COMMONS

Peer Ökonomie

Worauf basiert die Peer-Ökonomie?

Idee und Praxis der Peer-Ökonomie sind essentiell auf einen Begriff bezogen, der seit gut 20 Jahren eine Renaissance erlebt. Den Begriff der Commons. Das Verständnis der Peer-Ökonomie setzt das der Commons (der Gemeingüter) voraus.

Von Silke Helfrich ● Die Revitalisierung des Commonsbegriffs hat mit Gewinnerfahrungen zu tun. Im Kontext von Digitalisierung und zunehmender Wissens- und Konzeptbasiertheit von Produktion, trat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu Tage, wie wesentlich die Gemeinverfügbarkeit bestimmter (immaterieller) Ressourcen für Produktion und Kreativität ist. Die Revitalisierung hat aber auch mit Verlusterfahrungen zu tun. Commons treten in dem Maße ins gesellschaftliche Bewusstsein, wie natürliche, kulturelle und soziale Ressourcen erodieren oder der gesellschaftlichen Verfügbarkeit entzogen werden.

»Ungefähr ein Viertel der Welt-Biomasse wurde bereits kommodifiziert. Mit extremem genetischen Engineering werden wir nun sehen, wie sich Unternehmen mit neuen Strategien jene drei Viertel Welt-Biomasse unter den Nagel reißen [...], die bislang jenseits der Marktökonomie verblieben sind«, so der jüngste Bericht der unabhängigen Forschungsgruppe ETC Group (»Who Owns Nature?« November 2008). Der Bericht fokussiert neue Eingrenzungsprozesse von Gemeingütern (so genannte *enclosures of the commons*) sowie deren Akteure. Doch er lenkt den Blick auch darauf, dass nicht marktvermittelte (Re-)Produktion basierend auf nachhaltigem und transparentem Umgang mit gemeinverfügbaren Ressourcen nach wie vor Menschen nährt, beherbergt und – produktiv-kreativ – einbindet. Das Verhältnis von Commons zur durchkapitalisierten, marktvermittelten Produktion ist konditionierend-komplementär und konträr zugleich.

Die Kondition

Commons beschreiben die Qualität der Beziehung zwischen gemeinverfügbar zu haltenden natürlichen, kulturellen und sozialen Ressourcen einerseits und den unterschiedlichsten Gruppen und Gemeinschaften, die diese Ressourcen handhaben andererseits. Sie sind also nicht Natur- oder Wissensbestand als solche. Sie sind nichts von uns Getrenntes, sondern eine besondere Weise des Umgangs mit natürlichen und kulturellen Ressourcen. Diese Beziehung lässt sich als Mitbesitzer- und Mitverantwortungsbeziehung charakterisieren. Besitz – im Gegensatz zu Eigentum – ist in Commonsperspektive der zentrale Begriff zur Regelung der Rechtsverhältnisse. Aus dem Besitzrecht leiten sich Ansprüche auf Zugang, Nutzung und Kontrolle über Ressourcen ab, die – entweder weil sie ererbt oder kollektiv erzeugt wurden – als Gemeinressourcen (*common pool resources*) zu fassen sind. Gemeinressourcen sind überall. Ohne Gene keine Vielfalt. Ohne Land keine Nahrung. Ohne Licht kein Wachstum. Ohne Töne keine Musik. Ohne Sprache keine Kommunikation. Ohne Wissen kein Fortschritt. Ohne Wasser kein Leben. Sie sind – gleich ob stofflich oder nicht – Grundlage jeglicher Produktion, Reproduktion und Kreation. Insofern konditionieren sie Handeln in jedweder Wirtschaftsform. Sie sind Rohstoff kapitalistischen Wirtschaftens.

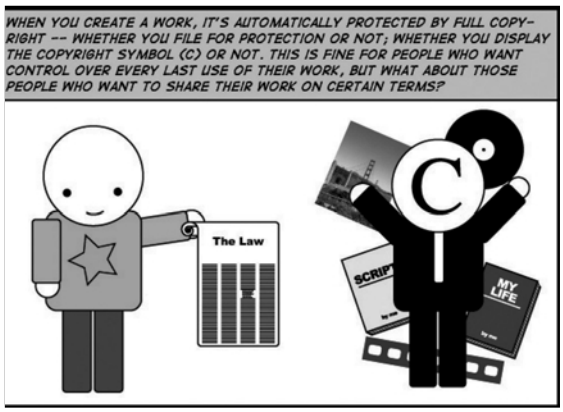
Der Kontrahent

Der Kapitalismus kann als **Abfolge von Landnahmen** (Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals) beschrieben werden. Landnahme bezeichnet die expansive kapitalistische Akkumulationslogik, die Bresche für Bresche in noch nicht durchkapitalisierte Lebensbereiche schlägt. Commonstheorie bezeichnet

diesen Prozess als *»enclosure of the commons«* – Eingrenzung oder Einzäunung der Gemeingüter. Er findet auf mehreren Ebenen statt. Technologisch (mit Zäunen, Genmanipulation oder Kopierschutzmechanismen), juristisch (über internationale Vertragswerke, über auf Wissen und Lebensformen ausgeweitete Patentrechte) und politisch-ökonomisch (Lobbyismus gepaart mit Ideologie.) »Wenn man sich [...] dafür interessiert, wann der nächste große Transfer von Reichtum vom Öffentlichen an das Private stattfinden wird, muss man sich den Prozess der Einzäunung ansehen.«, schreibt treffend John Hepburn (Die Rückeroberung von Allmenden – von alten und von neuen, Zmag, 2005).

Die *»enclosure«* erfolgte zunächst zweidimensional. Mehr und mehr Fläche, mehr und mehr Territorien wurden einverleibt. Zugleich und in Folge drang dieser Prozess auch in immer tiefere Schichten vor. So gerieten die Bausteine des Wissens und des Lebens im Rhythmus ihrer Entschlüsselung zum Gegenstand privatwirtschaftlicher Verwertung. Der Körper ist nicht mehr nur Arbeitskraft, sondern wird selbst zur kapitalisierbaren Ressource in Form von Zellen, Genen oder Organen. Auch pflanzen- und tiergenetisch-biologische Ressourcen oder traditionelles Wissen (z.B. von indigenen Kulturen) werden von Agrarkonzernen und »Life Science Industries« zunehmend als Profitquellen entdeckt und patentrechtlich »geschützt«. Diese dreidimensionale Landnahme wird auch als **innere Landnahme** beschrieben (analyse & kritik: Nr. 493). Schließlich drängt der Prozess der Landnahme zum Kern und zur Substanz gesellschaftlicher Ordnung, indem er unser Denken und unsere Urteilsfähigkeit marktförmig zurichtet. (Pat Mooney, Silvia Ribeiro: Der manipulierte Geist, i.E.) Anders ausgedrückt: Es geht um die Inwertsetzung von Subjektivität.

Der so fortschreitende Akkumulationsprozess verläuft aber nicht linear. Erstens werden immer neue Lebensbereiche entschlüsselt und wird immer neues Wissen akkumuliert. Damit ergeben sich also potentiell allen verfügbare Zugewinne an verfügbaren Ressourcen. Die Entscheidungen über Zugang und Nutzung derselben werden – wie seit Jahrhunderten – umkämpft sein. Zweitens gibt es – siehe Forschungsbericht der ETC Group – noch immer große Bereiche, die der marktwirtschaftlichen Durchdringung entzogen sind oder in sozialen Kämpfen wieder entzogen werden.



Letzteres konstituiert weitgehend die Formen des gemeingüterbasierten Lebens und Wirtschaftens. Weltweit wird produziert um zu teilen und nicht nur um zu handeln. Weltweit wird Saatgut fortentwickelt, indem es in der Verfügungsgewalt der Bauern bleibt, von vorangegangenen Ernten einbehalten, ausgelesen und wieder ausgesät wird. Weltweit wird gelehrt, um zu bilden und zu befähigen, nicht um zu verdienen. Weltweit finden harte – in vielen Gegenden lebensgefährdende – Auseinandersetzungen um Erhalt und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen statt. In den südlichen Bundestaaten Mexikos, sei es Chiapas, Oaxaca oder Guerrero, in vielen Gemeinden der Amazonasregion, in – aus Perspektive der Kapitallogik marginalisierten – Regionen Indiens oder der Philippinen, in den gemeinwirtschaftlich orientierten Inseln der kapitalistischen Zentren, in den interkulturellen Gärten Nordamerikas, in den globalen Netzwerken der Produktion von Freier Software und Freiem Wissen – überall bestimmten die Gemeingüter (Commons) den Charakter der Sozialbeziehungen (und umgekehrt): Besitz statt Eigentum, Transparenz und Teilhabe statt Hierarchie, Kooperation vor Konkurrenz statt Konkurrenz vor Kooperation, Gebrauch und Teilhabe an den Gemeinressourcen statt Verbrauch und Veräußerung derselben.

»Nach Schätzungen von Carola Möller werden zwei Drittel aller notwendigen Tätigkeiten und Dinge, die wir für die Produktion unseres gesellschaftlichen Lebens benötigen, nicht in der Form von Waren, also nicht kapitalistisch hergestellt. Der von der »Wirtschaft« abgespaltene Bereich ist der überwiegende, und er wird überwiegend von Frauen gemacht.« (Stefan Meretz: Sieben Thesen zum Commonismus, November 2008.)

Diese Bereiche sind den Krisenerscheinungen des Kapitalismus teilweise entzogen. Die Zapatisten leiden weder am Absturz der Aktien, noch an der Arbeitslosenquote Mexikos. Die Freie Software setzt sich in den Administrationen der Welt durch ohne Microsoft eine Kampfansage zu machen. Es sind Bereiche von Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Solidarität.

Commons sind also Teil des kapitalistischen Akkumulationsregimes selbst, zugleich aber auch das Äußere, das sich noch Einzuverleibende. Es geht darum, die Grenze zwischen gemeingüterbasiertem Wirtschaften und marktvermittelter Produktion zugunsten der Commons zu verschieben. ●
www.commonsblog.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

...In der Freien Software gibt es zum Beispiel Maintainer, also Kümmerer, die etwa darüber entscheiden, welche Beiträge angenommen und welche abgelehnt werden. Wenn Menschen mit einem Projekt unzufrieden sind, können sie versuchen, die anderen davon zu überzeugen, es zu verändern. Und wenn das scheitert, dann können sie das Projekt immer noch »forken«: Sie können sich von den anderen trennen und *ihr eigenes Ding machen*.

Drittens beruhen Peer-Projekte auf *Commons* und *Besitz* statt auf *Eigentum*. Besitz ist etwas, das benutzt werden kann, Eigentum hingegen etwas, das verkaufbar ist. Commons stehen allen gemeinsam zu – sie können verschiedenen Eigentumsformen unterliegen, entscheidend ist aber, dass sie nicht gekauft und verkauft werden. Commons können Input oder Output von Peer-Projekten sein – oder beides. Güter werden hergestellt, um sie – als Commons oder Besitz – zu *benutzen*, nicht um sie – als Eigentum – zu *verkaufen*.

Und schließlich kommt es in Peer-Projekten eher auf die *Reputation* an, während *Status* und *Statussymbole* an Bedeutung verlieren. Formale Kriterien wie Berufsbezeichnung oder akademischer Titel finden wenig Beachtung; angeborene Merkmale wie Hautfarbe oder Alter sind oft nicht einmal bekannt. Stattdessen werden Menschen aufgrund ihrer Beiträge beurteilt; sowohl die Qualität ihrer Beiträge als auch die Initiative der Beitragenden (etwa durch Gründung neuer Projekte) tragen zur Reputation bei.

Ein Schlüssel zum Verständnis der Peer-Produktion (und damit auch der Peer-Ökonomie) liegt im Begriff der »Commons«. Diese Gemeingüter (wie eine nur unzureichende Übersetzung lautet) werden in unserem Schwerpunkt im Beitrag von Silke Helfrich vorgestellt. Schon dabei wird deutlich, dass Commons schon immer sowohl im Materiellen als auch im Immateriellen vorkommen. Der Begriff der Commons ist wohl auch ein Schlüssel, um unsere ursprünglich eher technizistisch gestartete Diskussion verallgemeinerbar zu machen. Mit dem Kampf um neue und alte Commons können sich erstaunlich viele soziale Bewegungen identifizieren. Vom Saatgut über Medikamentenpatente, von der Atmosphäre über die Biodiversität, von Wissen und Software bis zu dem Zugriff auf Wasser und Land finden wir uns alle in den Commons wieder. Ihre kapitalistische Enteignung ist dabei ein schon Jahrhunderte währender Prozess, doch gleichzeitig ist der von Benkler beschriebene immaterielle Bereich ein Anzeichen dafür, dass auch ständig neue Commons entstehen.

Stefan Meretz hat die Fragen und Antworten gesammelt, die auf einem Wochenendworkshop zum Thema Peer-Ökonomie aufgekommen sind. Er folgt damit der guten Tradition der FAQs (frequently asked questions), die im Umfeld der Freien Software entstanden ist. In ihrer Gesamtheit sind diese Antworten gut dafür geeignet, einen Einblick in das Modell der Peer-Ökonomie zu gewinnen.

Viele Probleme der Commons werden traditionell als ein Problem des Eigentumsregimes beschrieben: Wer privatisiert oder verstaatlicht was? Die neue Perspektive wäre demgegenüber nicht so sehr, wem etwas gehört, sondern was man damit machen darf. Ein interessantes Projekt, das noch ganz am Anfang steht, aber sich genau diesem Spannungsfeld ganz praktisch widmet, ist das Projekt »PublicPrivateProperty«, das Thomas Kalka in einem kleinen Artikel vorstellt.

Annette Schlemm gibt schließlich zusammen mit Christian selbst einen Überblick über die aktuellen konkreten Entwicklungen und skizziert Handlungsoptionen.

Eins ist klar: so wie es derzeit läuft, kann es nicht weitergehen. Wirtschaftskrise, Naturzerstörung, Hunger und Not in aller Welt zeigen das klar genug. Die Peer-Produktion zur Peer-Ökonomie zu erweitern, ist also nicht nur eine gedankliche Fingerübung, sondern eine Notwendigkeit. ●

FAQ:

Peer Ökonomie

Häufig gestellte Fragen

Das Konzept der Peer-Ökonomie, das Christian Siefkes in seinem Buch »Beitragen statt tauschen« (AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2008) vorgestellt hat, bewegt sich jenseits der traditionellen Denk-Schubladen. Viele der im folgenden dokumentierten Fragen spiegeln das wider. Die Antworten machen hoffentlich deutlich, dass Zuschreibungen wie »das ist wie im Kapitalismus« oder auch »die Peer-Ökonomie löst alle Probleme« nicht weiterhelfen. Fragen und Antworten wurden beim Peer-Ökonomie-Wochenende in Hiddinghausen im August 2008 gesammelt.

Von Stefan Meretz

Grundlagen

Was ist Peer-Produktion?

Siehe die Einleitung zu diesem Schwerpunkt.

Was ist Peer-Ökonomie?

Peer-Ökonomie ist die Verallgemeinerung der Peer-Produktion – die es in einigen Bereichen bereits heute gibt – auf die ganze Gesellschaft. Dabei kann die ganze Gesellschaft als ein großes Peer-Projekt betrachtet werden, das seinerseits aus einer Vielzahl von Peer-Projekten besteht.

Aufwandsverteilung

Wie wird sichergestellt, dass notwendige, aber unbeliebte Aufgaben erledigt werden?

Zunächst einmal kann versucht werden, unbeliebte Aufgaben wegzuautomatisieren. Wenn das nicht geht, gibt es die Möglichkeit, die Aufgaben angenehmer zu machen: unterhaltsamer, interessanter oder anspruchsvoller. Aber Automatisierung und Freude reichen nicht aus, um wirklich alle notwendigen Aufgaben erledigt zu bekommen. Die Idee des Peer-Ökonomie-Konzepts ist hierbei, den entstehenden Aufwand auf eine Weise aufzuteilen, die alle Beteiligten akzeptieren können. Dabei gibt es einen gegenseitigen Ausgleich geleisteter Aufwände. Zu diesem Zweck werden Aufgaben gewichtet und über ein gemeinsames internetbasiertes System versteigert. Dort bekommen besonders unbeliebte Aufgaben ein hohes Gewicht, während beliebte Aufgaben niedrig gewichtet sind. Da die Basis der Zeitaufwand ist, kann es sein, dass eine Stunde Heizungsreparatur zehn Stunden Artikelschreiben entspricht – oder umgekehrt.

Wie wird die Höhe der aufzuwendenden Beiträge festgesetzt?

Die Höhe der Aufwände ergibt sich aus den Schätzungen der Beteiligten, die die Aufgabe erledigt bekommen wollen, und den Erfahrungen aus früher erledigten Aufgaben gleicher Art. Wer eine Aufgabe im Versteigerungssystem eingibt, schätzt auch ihren Aufwand. Dieser Aufwand wird anschließend durch die Gewichtung dynamisch nach Angebot und Nachfrage verändert.

Wie erfährt der Anbieter/Übernehmer einer Aufgabe, welche Aufwandszeit notwendig ist?

Sowohl Anbieter wie Übernehmer einer Aufgabe können sich an den vorausgegangenen Aufwänden orientieren und diese als Maßstab für eine Einschätzung der aktuellen Aufgabe nehmen. Beides ist im Versteigerungssystem sichtbar. Wie heute bei *eBay* können auch zusätzliche Kommentare zum Anbieter für den Übernehmer hilfreich sein.

Wie wird mit der Aufwandszeit verfahren, gibt es eine Kontrolle?

Grundsätzlich erfolgt die Übernahme einer Aufgabe freiwillig. Folglich gibt es auch keine Kontrolle. Diese ist auch nicht notwendig, da es unerheblich ist, ob jemand eine Aufgabe schneller oder langsamer erledigt als per Versteigerung verabredet. Jede/r kann über die Umsetzung selbst entscheiden. Falls jedoch der Aufwand aufgrund unvorhergesehener Ereignisse erheblich über der Verabredung liegt, ist eine neue Verabredung erforderlich.

Wie gehen die in Vorprodukten steckenden Aufwände in die Bestimmung des Gesamtaufwandes ein?

Ein Gesamtaufwand kann einfach durch Summation der Teilaufwände bestimmt werden – und zwar sowohl der selbst geleisteten Aufwände wie der mit Vorprodukten »importierten« Aufwände. Eine solche Gesamtbilanz kann sinnvoll sein, wenn es um Entscheidungen geht: Soll dieses große zentrale Kraftwerk gebaut werden oder lieber 50 dezentrale kleine Blöcke?

Was geschieht, wenn jemand geleisteten Aufwand »hortet«?

Warum sollte das jemand tun? »Horten«, also das Ansammeln von geleistetem Aufwand über ein Maß hinaus, das zum Erlangen »teurer« Güter notwendig ist, wäre nur sinnvoll, um mit diesem Aufwand andere Arbeitskraft zu kaufen. Diese würde wiederum – sofern sich überhaupt jemand darauf einlässt – nur genau jenem Aufwand entsprechen, den der »Horter« bereits geleistet hat.

Könnte jemand mit gehortetem Aufwand andere Arbeitskraft ausbeuten?

Ein »Kauf« von Arbeitskraft zwecks Ausbeutung würde zwei Dinge voraussetzen: Erstens müsste es »freie Arbeiter« geben, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zweitens müsste es einen Markt zum Tausch von Produkten geben, die durch die Arbeitskraft hergestellt wurden. Beides ist jedoch nicht der Fall. Im Kapitalismus arbeiten ArbeiterInnen bzw. Angestellte immer länger als zur Erwirtschaftung ihres Lohns erforderlich – diese Mehrarbeit ist die Grundlage des Profits und die einzige Ursache, warum sie überhaupt angestellt werden. In der Peer-Ökonomie können sich die Menschen direkt an der gesamtgesellschaftlichen Produktion beteiligen – sie haben es nicht nötig, sich selbst zu verkaufen und Mehrarbeit für andere zu leisten.

Wie wäre es mit einem bedingungslosen Aufwandseinkommen?

Das ist eine gute Idee! Wenn sich die Peer-Gesellschaft dazu entschließt, dann kann ein bedingungsloses Aufwandseinkommen einfach per Umlage eingerichtet werden. Alle Projekte erbringen einen zusätzlichen Aufwand, der anschließend allen Menschen wieder pauschal gut geschrieben wird.

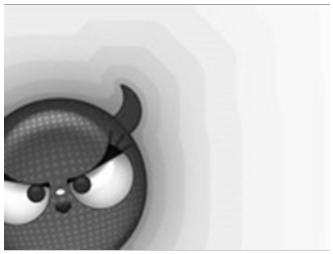
Gibt es Arbeitslosigkeit?

Da es keine Arbeit im Sinne von Lohnarbeit gibt, existiert auch keine Arbeitslosigkeit. In der Regel kann jede/r Mensch etwas beitragen, sofern er oder sie nicht von der Beitragspflicht ausgenommen ist (wie Kinder, Kranke, Ältere, Auszubildende etc.). Von den Aufgaben, die nachgefragt werden, für die es also ein gesellschaftliches Bedürfnis gibt, sucht sich jedeR die Aufgaben aus, die ihm oder ihr am besten gefallen – da dürfte praktisch immer etwas dabei sein. Und wenn gesamtgesellschaftlich (z.B. Dank verstärkter Automatisierung) weniger zu tun ist, haben künftig alle (noch) mehr freie Zeit als bisher – statt Überarbeitung für manche und Arbeitslosigkeit und Armut für andere.

Verteilung

Wie werden die produzierten Güter verteilt?

Vorgeschlagen werden vier Formen der Verteilung, die den jeweiligen Besonderheiten der Güter und ihrer Herstellung Rechnung tragen. Erstens gibt es die *Flatrate*, die eine freie Entnahme gegen einen festen Aufwand erlaubt. Das ist bei reichlich verfügbaren Gütern eine sinnvolle Verteilform. Die *flache Allokation*, zweitens, ist eine Flatrate, die auf eine Einheit begrenzt ist. Diese Einheit von etwas – das kann ein Bündel von Gütern oder auch nur ein Stück (ein Auto etc.) sein – wird gegen eine feste Aufwandsmenge verteilt. Diese Verteilform kann bei Gütern mit hohem Aufwand zum Tragen kommen. Drittens wird bei der *Verteilung nach Aufwand* der individuelle Produktionsaufwand bestimmt. Hierbei spielt die Gewichtung eine wichtige Rolle, da so individuelle Präferenzen mit in die Aufwandsbestimmung eingehen. Will jemand also ein bestimmtes besonderes Produkt haben, für das zusätzlicher Produktionsaufwand erforderlich ist, so muss im Gegenzug ein entsprechender Aufwand zu einem Projekt beigesteuert werden. Die vierte Form ist schließlich die *Produktversteigerung*. Sie funktioniert ähnlich wie die Aufwandsversteigerung, nur geht es hier um Produkte, die auch durch zusätzlichen Aufwand nicht beliebig produzierbar sind. So lässt sich eine »schöne Lage« eines Hauses nicht beliebig herstellen. Wer ein solches Haus dennoch haben will, muss bereit sein, für die individuelle Präferenz auch zusätzlichen Aufwand einzubringen. Dieser zusätzliche Aufwand – der alle anderen ein Stück entlastet – wird per Versteigerung bestimmt.



Wie wird die Verteilung über Projektgrenzen hinweg geregelt?

Projekte können sich zu *Verteilungspools* zusammenschließen. Im Kern geht es um die gegenseitige Verabredung, dass Beiträge zu einem Projekt die Entnahme von Gütern aus einem anderen Projekt erlauben. Ziel ist es, zu möglichst großen und weitreichenden Zusammenschlüssen zu kommen. Idealerweise gibt es in einer entwickelten Peer-Ökonomie nur einen globalen Verteilungspool.

Peer-Ökonomie-Wochenende in Hiddinghausen

Könnte man sagen, dass in der Peer-Ökonomie ein Produkt immer im Auftrag hergestellt wird?

Das ist eine interessante Formulierung, sie trifft jedoch nur zum Teil zu. Richtig daran ist, dass nicht erst isoliert voneinander produziert und danach getauscht wird, sondern dass vorher per Nachfrage und Angebot über das internetbasierte System ermittelt wird, was überhaupt gebraucht wird und erst dann die Produktion startet. Allerdings sind viele Bedürfnisse ohnehin bekannt, so dass hier der »Auftrag« bereits gegeben ist. Beispiele sind die Nahrungsmittelversorgung, Bildung, Kinderversorgung, Gesundheitsdienste, öffentlicher Transport etc.

Wer entscheidet, ob ein Projekt zulässig ist oder nicht?

Die beteiligten Personen.

Welches Projekt oder individuelle Leistung wird als Beitrag gesellschaftlich anerkannt?

Die Anerkennung erfolgt in dem Maße, wie andere Menschen bereit sind, dafür ihrerseits einen Aufwand zu leisten – für die es also ein Bedürfnis gibt, das befriedigt werden kann.

Qualifikation

Welche Rolle spielt die individuelle Qualifikation?

Von zwei Seiten gibt es ein Interesse an hoher Qualifikation. Zunächst ist eine hohe Qualifikation individuell anstrebenswert, weil sie oft die Voraussetzung für interessante und vielseitige Tätigkeiten ist, die man andernfalls nicht übernehmen könnte. Andererseits haben Projekte ein Interesse an hoher Qualifikation, weil die selbst gesetzten Ziele so besser erreicht werden. Projekte und *lokale Assoziationen* (Zusammenschlüsse aller Menschen in einer Region) können sich daher entschließen, den Erwerb zusätzlicher Qualifikation von Mitgliedern als Aufwand anzuerkennen.

Haben Höherqualifizierte eine privilegierte Position?

Nein, denn Qualifikation ist nicht mit größerer Entscheidungsmacht verbunden. Entscheidungsmacht regelt sich in der Peer-Ökonomie über Vertrauen und Reputation.

Geld

Hat die Notierung des Aufwands die Funktion von Geld?

In einem sehr eingeschränkten Sinne hat die Aufwandsnotierung die Funktion von Geld: Es können Aufwände verrechnet werden. Allerdings entsprechen die notierten Aufwände nicht den wirklich geleisteten Tätigkeiten, die ohnehin nicht miteinander vergleichbar sind, sondern durch die Gewichtung enthalten die notierten Aufwände die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Das ist beim kapitalistischen Geld nicht der Fall. Andere Geldfunktionen fehlen überdies völlig: Kapitalbildung, Kauf von Arbeitskraft und Ausbeutung, Spekulation etc.

Hat Angebot und Nachfrage in der Peer-Ökonomie die gleiche Funktion wie in der Marktwirtschaft?

Nein. In der Marktwirtschaft beziehen sich Angebot und Nachfrage auf Waren – seien es Produkte oder auch die Ware Arbeitskraft. In der Peer-Ökonomie spiegeln Angebot und Nachfrage die Bedürfnisse wieder und steuern die Aufwandsverteilung. Bevor also überhaupt Produkte in die Welt kommen, wird entschieden, welche das sein sollen und ob genügend Menschen bereit sind, den dafür nötigen Aufwand aufzubringen.

Könnte nicht jemand wieder einfach »Geld« einführen?

Theoretisch könnte das jeder tun. Aber da es keinen Markt und keinen Tausch gibt – wofür sollte Geld gut sein? Welche Vereinfachung oder Entlastung könnte Geld bringen, wenn es keinen Tausch von Produkten gibt? Wer sollte ein willkürlich eingeführtes Geld haben wollen, wenn alle Bedürfnisse auch so befriedigt werden können? Vielleicht müssen sich diejenigen, die unbedingt Geld haben wollen, dann mit historischen Spielen wie »Monopoly« zufrieden geben.

Ressourcen

Wer entscheidet über die Nutzung natürlicher Ressourcen?

Natürliche Ressourcen sind Commons, sie werden lokal verwaltet, aber gemeinsam genutzt. Lokale Assoziationen sind die Besitzer der Ressourcen, jedoch nicht ihre Eigentümer. Das bedeutet, sie können sie nutzen, aber nicht als Privateigentum verkaufen (was ohnehin nicht geht) oder anderweitig exklusiv behandeln. Im Gegenteil, es ist für lokale Assoziationen vorteilhaft, Ressourcen zu poolen, d.h. sich mit anderen Assoziationen zusammenzuschließen und die verfügbaren Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Bei der Verteilung der natürlichen Ressourcen können die bereits oben beschriebenen Verteilmodelle angewendet werden.

Wie werden Übernutzung oder andere Nachteile bei der Förderung von natürlichen Ressourcen vermieden?

Da natürliche Ressourcen als Commons, also als Besitz verwaltet werden, entscheidet die lokale Assoziation über ihre Nutzung. Dabei wird sie Vor- und Nachteile abwägen. Wenn etwa der Förderung eine Zerstörung anderer Commons – anderer natürlicher Ressourcen – gegenüber stehen, wird sie u.U. gegen die Förderung entscheiden. Es gibt also keinen abstrakten Mechanismus wie etwa die Geldlogik, die über ökologische oder soziale Belange der Menschen vor Ort hinweg geht, sondern es sind die Menschen vor Ort, die ihre Bedürfnisse zur Geltung bringen.

Zu diesen Bedürfnissen gehört aber auch, von anderen lokalen Assoziationen, mit denen ein gemeinsamer Verteilungspool vereinbart ist, solche Ressourcen zu bekommen, über die man nicht selbst verfügt. Hier sind also Entscheidungsverfahren gefragt, die sowohl verhindern, dass »von oben« diktiert werden kann, was lokal geschieht, als auch, dass lokal aus bornierten Interessen oder zufällig privilegierten Situationen heraus willkürlich und einseitig Ressourcen zurückgehalten werden. – Das hierfür vorgeschlagene gestaffelte Räte-Modell ist im Buch ausführlich beschrieben.

Was geschieht, wenn eine Region oder ein Land keine Ressourcen hat?

Die Beteiligung an einem Verteilungspool hängt nicht davon ab, ob eine Gegend viele oder wenige Ressourcen hat – Ressourcen sind Commons und stehen allen gleichermaßen zu. Nur wenn eine Region, die Ressourcen hat, »mauert« und sich ohne guten

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Peer Ökonomie

Grund weigert, diese in den Pool einzubringen, könnten die anderen ihr im Gegenzug ebenfalls den Zugriff auf die eigenen Ressourcen verweigern.

Materielle Produkte und Produktionsmittel

Welche Voraussetzungen müssen für die materielle Produktion gegeben sein?

Für die Produktion von stofflichen Gütern sind Produktionsmittel, Produktionskonzepte, Produktpläne, Vorprodukte oder andere Ressourcen, qualifizierte Menschen, Boden usw. erforderlich – eben was für die jeweilige Produktion so alles erforderlich ist. Wichtig ist, dass die Art und Weise der Produktion und der Produkte selbst bestimmt werden kann. Auch hier fließen also die Bedürfnisse der Beteiligten mit ein. Es gibt keinen Verkaufszwang, von dessen Erfolg das Überleben des Betriebes und der Menschen abhängig ist. Hier können frühere Konzepte der Solidarischen Ökonomie erst richtig zur Geltung kommen. Wahrscheinlich wird *Modularität* – aufeinander aufbauende und flexibel kombinierbare Teilkomponenten, die jeweils mit begrenztem Aufwand herstellbar sind – eine große Rolle spielen.

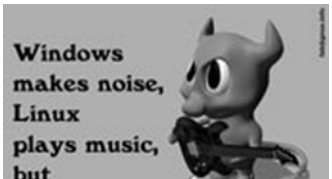
Was ist mit den Produktionsmitteln?

Produktionsmittel sind Besitz der Projekte, die damit produzieren – sie sind jedoch kein Eigentum. Dieser Unterschied wurde schon mehrfach herausgehoben. Besitzer sind immer diejenigen, die den Besitz nutzen. Nutzen sie ihn nicht mehr, geht der Besitz auf die neuen NutzerInnen über. NutzerInnen sind auf diese Weise immer auch die KümmerInnen. Oder anders ausgedrückt: *Commons* und *Commoners* gehören immer zusammen.

Gesellschaftliche Vermittlung

Wie wird die Wünschbarkeit vor der Produktion geklärt?

Es gibt zwei Arten von Wünschen: als Produzent und als Nutzer. Tendenziell rücken beide Sichten zusammen, sie können aber trotzdem getrennt betrachtet werden. Produzenten wünschen sich gute Bedingungen, Freunde, Anerkennung, Entfaltung usw. Sie werden diese Wünsche unmittelbar in den Produktionsprozess einbringen, der ja ihrer ist und den sie unmittelbar gestalten. Nutzer wünschen sich gute Produkte, eine gute Lebensumwelt, schöne soziale Beziehungen usw. Sie melden ihre Wünsche über das zentrale Versteigerungssystem an und erhalten die Produkte nach dem entsprechenden Verteilmodell (Flatrate etc.).



Wie werden die Produktionsnotwendigkeiten aufeinander abgestimmt?

Produktionsnotwendigkeiten regeln sich, verkürzt formuliert, über die notwendigen Stoff-, Energie- und Informationsflüsse. Alle diese Flüsse sind mit Aufwänden verbunden, die entweder importiert, selbst geleistet oder exportiert werden. Da die Aufwandsbilanz insgesamt immer Null ist, sich Nutzen und Aufwand stets ausgleichen müssen, gibt es eine lokale Regelgröße, an die sich die Betreiber-Projekte halten müssen, um weiter beliefert zu werden oder Produkte abgeben zu können. Projekte, die andere unfair behandeln und etwa importierte Aufwände nicht ausgleichen, können nicht erwarten ihrerseits fair behandelt zu werden. Es gibt also ein Bestreben, alle Beteiligten zufrieden zu stellen.

Wie kommt es zu gesamtgesellschaftlichen Regelungen?

Während Peer-Projekte sich um die Herstellung von Produkten kümmern, sorgen lokale Assoziationen dafür, die Infrastruktur und Versorgung vor Ort zu regeln. Lassen sich Produktion und Infrastruktur nicht lokal organisieren, so können überregionale Assoziationen und entsprechende Räte eingerichtet werden. Und wenn das nicht reicht, sind Zusammenschlüsse auf superregionaler oder auch globaler Ebene möglich – je nach zu lösendem Problem. Delegierte sind nach unten rechenschaftspflichtig und können gegebenenfalls abberufen werden, wenn der Eindruck entsteht, dass lokale Interessen verletzt werden. Das Prinzip des imperativen Mandats kann erst in der Peer-Ökonomie voll zur Geltung kommen, weil es hier keine anderen – etwa über Geld vermittelten – Regelungsformen gibt, die die direkten Entscheidungen beeinflussen oder außer Kraft setzen könnten.

Muss es gesellschaftliche Normierungen geben?

Der Peer-Ökonomie liegt ein ungeschriebenes Gesetz zu Grunde: Menschen unterstützen sich dabei gegenseitig, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Diese Maxime ist in die Praxis der Peer-Produktion eingeschrieben. *Commons* und *Commoning*, Gemeingüter und auf die Nutzung und den Erhalt der Gemeingüter bezogenes Handeln bilden eine Einheit. Es gibt keine äußeren, entfremdeten Prinzipien wie etwa das Profitprinzip, das rücksichtslos in die Gemeinschaften vor Ort hineinfährt und ihnen neue Bedingungen auf-

drückt oder gar Lebensgrundlagen entzieht – etwa um der Verwertung Willen. Gleichwohl kann es über solche impliziten Regelungen hinaus sinnvoll sein, Leitlinien oder Handlungsnormen zu verfassen, die bei Verstoß mit öffentlicher Kritik und schlimmstenfalls Ausgrenzung geahndet werden.

Wie ist der gesamtgesellschaftliche Nutzen in den einzelnen Projektzielen enthalten?

Zunächst einmal sind abstrakte Mechanismen wie die der Geldlogik und der Verwertung ausgeschlossen. Damit entfallen »dritte Gründe«, sondern alle Handlungsgründe sind »erster Person«, d.h. sie gehen von den Bedürfnissen der Menschen aus. Diese Gründe erster Person bestimmen auch die Projektziele. Da in der Peer-Ökonomie jeder Einzelne nicht isolierter Warenmensch, sondern aktiver gesellschaftlicher Mensch ist, kann jeder Einzelne direkt oder indirekt auch Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Ziele nehmen. Diese Ziele sind der Handlungsrahmen für die Projektziele. Die Menschen in einer Peer-Ökonomie haben also nicht nur ein unmittelbares Interesse an der Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, sondern sie können darauf auch praktisch Einfluss nehmen.

Wo sind Steuerungsmechanismen in die Projekte eingebaut, die ggf. absolute Grenzen setzen?

Es gibt keine abstrakten Steuerungsmechanismen, die Projekten vorgegeben sind. Sondern absolute Grenzen ergeben sich nur aus dem Zusammenwirken und dem Verhandeln aller gesellschaftlichen Bedürfnisse im Angesicht der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen. Diese Bedürfnisse können in Konflikte geraten, aber es gibt zahlreiche Konfliktlösungsmechanismen, um diese aufzulösen und einen groben Konsens herbeizuführen. Solche Konfliktlösungsmechanismen können durchaus dazu führen, dass ein bestimmter Konsens auch als Rahmenbeschränkung festgeschrieben wird – etwa, dass Transportmittel nur noch gebaut werden dürfen, wenn ihre Nutzung keine fossilen Energien verbraucht etc.

Motivation

Was motiviert mich, etwas beizutragen?

Die Grundmotivation zum Handeln kommt aus der tendenziellen Übereinstimmung von gesellschaftlichen und individuellen Zielen. Wenn meine individuelle Entfaltung keine beschränkte oder isolierte Form hat, wenn mein Beitrag anerkannt wird, weil er insgesamt sinnvoll ist und andere Bedürfnisse befriedigt, dann fühlt sich der eigene erbrachte Aufwand, die eigene Entfaltung auch selbst gut und sinnvoll an. Solche Inseln der Selbstentfaltung gibt es bereits schon unter kapitalistischen Bedingungen. Und man kann beobachten, dass überall dort, wo die Beschränkungen minimal sind, die Menschen über sich hinauswachsen. Sind solche Bedingungen erst einmal allgemein, können bislang unvorstellbare individuelle Potenzen realisiert werden, weil sie mit hoher Zufriedenheit einhergehen.

Wie kann das Problem der Trittbrettfahrerei geregelt werden?

Im Idealfall durch Ignoranz. Auch heute bereits ignoriert die Freie Softwarebewegung in der Regel Trittbrettfahrer, die sich unter Nutzung der Freien Produkte bereichern wollen – sofern die Lizenzbedingungen respektiert werden. In der Peer-Ökonomie gibt es das Bereicherungsmotiv nicht mehr.

Bleibt die alleinige Nutzung der geschaffenen Produkte ohne selbst einen Beitrag zu leisten, obwohl man könnte. Dies dürfte ein extremer Ausnahmefall sein, der tolerabel ist. In der großen Mehrheit wollen Menschen auch an der gesellschaftlichen Sorge und Vorsorge teilhaben, wollen sich beteiligen und Einfluss ausüben, weil das nicht nur ihr Leben betrifft, sondern ihr Leben ausmacht.

Ausnutzen und Trittbrettfahrerei ist eine Verweigerungsform unter Verhältnissen, wo Menschen zu etwas gezwungen werden. In einer Peer-Ökonomie – zumal, wenn die Grundversorgung über ein bedingungsloses Aufwandseinkommen abgedeckt ist – kann niemand jemand anderen zu etwas zwingen. Jede Beteiligung ist freiwillig.

Übergangsphase

Wie kann der Übergang vom Kapitalismus zur Peer-Ökonomie aussehen?

Die Übergangsphase ist ein Thema für sich – das schwierigste, was wir uns im Moment vorstellen können. Es ist die Frage, wie wir aus dem Kapitalismus heraus die Peer-Ökonomie aufbauen können. Dazu gibt es eine Reihe von Ideen, die auf die Formel hinauslaufen: Wo immer es geht, die Commons verteidigen und die kapitalistische Inwertsetzung verhindern, und wo immer es geht, die commonsbasierte Peer-Produktion aufbauen.

Dieser Prozess ist kein frommer Wunsch für die Zukunft, sondern er ist bereits in vollem Gange – auch wenn die Überschriften mitunter sehr verschieden sein können: Freie Software, Verteidigung der Biodiversität, Kampf gegen Patente auf Leben, Bewegung der Landlosen, Freie Kulturbewegung, indigene Bewegungen zur Verteidigung der lokalen Lebensbedingungen, interkulturelle Gärten usw. Es kommt darauf an, zu verstehen, dass diese Bewegungen am gleichen Strang ziehen – um langfristig gemeinsam besser handeln zu können.

Woher kommt in der Übergangsphase das Geld, um die Produktionsmittel zu kaufen?

Das ist eine schwierige Frage. Es sind verschiedene Formen denkbar. Übliche Formen wie Spenden und Sponsorenschaft sind sicherlich begrenzt, aber nutzbar. Vorstellbar sind Formen wie sie das *Mietháuser-Syndikat* verwendet. Dort dienen die vereinbarten Mieten dazu, neue Häuser zu übernehmen und zu entschulden. Die gesparten Zinszahlungen werden für weitere Ankäufe genutzt, wobei das Eigentum der Gemeinschaft gehört und damit den Charakter von Besitz bekommt: Niemand kann es verkaufen, und die darin wohnen, besitzen es.

Übertragen hieße das: Feste monetäre Beiträge für die Nutzung von bestimmten Ressourcen oder Produkten werden verabredet. Die Gelder werden genutzt, um Produktionsmittel und Rohstoffe zu kaufen, um dann ausschließlich für den eigenen Bedarf produzieren. Statt monetären Beiträgen sind auch Beiträge in Form von Aufwandsleistungen möglich. Schrittweise wird der monetäre Anteil durch einen Aufwandsbeitrag ersetzt in dem Maße, wie unterschiedliche Produktionen und Produkte hinzukommen und immer mehr Bedürfnisse befriedigt werden können.

Wichtig ist: Es gibt zwar einen monetären Import – anders lässt sich das unter den gegebenen Geldverhältnissen nicht beginnen –, aber es gibt keinen Export von Produkten, der auf einen externen Markt gebracht wird, um Geld zu erlösen. Damit ist die interne Produktion vom externen Markterfolg unabhängig und Marktzwänge wie die Konkurrenz etc. können nicht in die Produktion hineinregieren. Alle neu erworbenen Mittel werden Gemeingüter, d.h. sie werden als Besitz und nicht als (verkaufbares) Eigentum behandelt.

Wird sich denn das Reißbrett-Modell der Peer-Ökonomie überhaupt durchsetzen lassen?

Das vorgeschlagene Modell dient nicht dazu, genau so umgesetzt zu werden. Dazu sind die Überlegungen noch viel zu grob. Sondern das Ziel war, zu zeigen, dass sich die Prinzipien der commonsbasierten Peer-Produktion, wie wir sie zum Beispiel aus der Freien Software kennen, auf alle Produkte und alle Bereiche der Gesellschaft übertragen lassen. Die Skizze ist in diesem Sinne vollständig, aber sie ist eben nur eine Skizze. In der Praxis entscheiden ohnehin die handelnden Menschen vor Ort, was zu tun ist. Es wird also notwendigerweise zu ganz anderen Formen kommen, als im Peer-Ökonomie-Konzept vorgeschlagen ist. Die Grund-
idee sollte sich insgesamt jedoch durchsetzen, denn dieser Prozess hat schon begonnen.

Ist es vorstellbar, dass die gegenseitige Aufwandsaufteilung irgendwann ganz beendet wird?

Wenn die Peer-Ökonomie sich einmal durchgesetzt hat und auch die schlimmsten Verheerungen des Kapitalismus beseitigt sind, dann ist es durchaus vorstellbar, dass die Kopplung von Geben und Nehmen schrittweise beendet wird. Die Kopplung von Geben und Nehmen wird ganz am Anfang in der Übergangsphase noch am stärksten sein, während sie dann zunehmend dadurch abgebaut wird, dass immer mehr Produkte in den Verteiltyp der Flatrate übergehen bis auch diese irgendwann wegfallen kann.

Weitere Fragen

Wo kann ich mehr erfahren?

Im Buch von Christian Siefkes: Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2008.

Auf der Website zum Buch:
http://peerconomy.org/wiki/Deutsch (dort gibt es auch das gesamte Buch zum Download, Lizenz: CC-BY-SA).

Und im Gemeinschaftsblog keimform.de, wo Fragen und Entwicklungen rund um die Peer-Ökonomie und verwandte Konzepte diskutiert und dokumentiert werden.

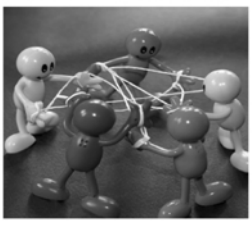
Ich habe noch viel mehr Fragen, was kann ich tun?

Diese Liste beantwortet keinesfalls alle Fragen. Weitere Fragen können auf der Webseite peerconomy.org/wiki/Fragen_und_Antworten gestellt werden. Dort sind auch weitere Fragen und Antworten zu finden, u.a. zur nicht-materiellen Produktion, die es aus Platzgründen nicht mehr in dieses Heft geschafft haben.●

Anzeige

AG SPAK Bücher

NEU NEU NEU NEU



Christian Siefkes
Beitragen statt tauschen
2008, 978-3-930830-99-2, 167 S., 16 €

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

GELDLOSE GEMEINSAME AKTION

Peer Ökonomie

PPP – Private Public Property

Der Name ist Programm: PPP ruft auf zur Veröffentlichung von Nutzungsangeboten von Eigentum, das für uns »wertvoll« ist. Damit versucht PPP das Paradigma der Offenheit und der sie schützenden Verabredungen (Lizenzen) auf stoffliche Güter anzuwenden.

Von Thomas Kalka ● Informationen zu einem stofflichen Gut sollen einen Ort im Internet bekommen, zuerst einmal nur, um eine Nutzung durch andere zu ermöglichen. Die Art und Weise der Zusammenarbeit legt PPP nicht fest. Es bietet aber Vorschläge für bewährte Verabredungen. PPP soll keine Ideologie sein, sondern ein Versuch, in dem Bereich der Beziehungen zu Gütern zu experimentieren.

PPP hat einen bewusst eingebauten »Designfehler«: Wer mitmacht, setzt sich ausdrücklich den »Gefahren« von Öffentlichkeit aus. Eingeladen sind deshalb zuerst vor allem Menschen, die zu Gunsten von Zusammenarbeitsmöglichkeiten diese Gefährdung akzeptieren. PPP-Aktive, also alle Beteiligten, untersuchen an ihrer eigenen Praxis, welche Nutzungskultur sich entwickelt, wenn physikalische Güter ebenso einfach sicht- und suchbar gemacht werden, wie wir es vom Umgang mit Informationsgütern gewohnt sind.

Eines der grundsätzlichen Probleme bei der Entwicklung neuer, auf Gemeinschaftsgüter gestützten Wirtschaftsweise ist das Problem der Transitivität (Übertragbarkeit). Mit Hilfe von Geld kann jeder mit jedem ihm unbekannten Menschen zusammenarbeiten, da ein anerkanntes »Protokoll« des Austauschens zwischen ihnen existiert. PPP forscht nach »Protokollen«, nach einfachen, zu Grunde zu legenden Verabredungen, die geldlose gemeinsame Aktionen um Güter herum ermöglichen, die zumindest genauso »angenehm« wie Geld funktionieren.

Forschungsziele dabei sind:

- Wie lassen sich Informationen über physikalische Güter im Web möglichst einfach **veröffentlichen**?
- Wie lassen sie sich einfach **finden**?
- Wie können wir Güter **gemeinsam nutzen**, ohne darauf angewiesen zu sein, sich jeweils persönlich zu kennen?
- Ist gemeinsames Nutzen von Gütern Nährboden für das Wachstum von Gemeinschaften?

Bis jetzt gibt es keine Antworten auf diese Fragen. Vielleicht können folgende utopische (d.h. noch nicht realisierte) Funktionsbeschreibungen deinen Appetit nach Lösungen wecken:

Veröffentlichen

Du hast Dich in einem Social-Web-Service registriert (zum Beispiel http://ppid.it) und dort ein persönliches Profil hinterlegt. Du bist mit ppid.it-Aufklebern versehen, die unter anderem jeweils eine maschinen- und durch Menschen lesbare eindeutige Adresse (URL) enthalten. Wenn Du ein Gut veröffentlichen möchtest, das mit einem EAN-Barcode versehen ist (wie viele Bücher, CDs und DVDs), nimmst du dein Handy, startest das PPP-Programm, machst Bilder des Guts, des Barcodes auf dem Gut und ein Bild des Aufklebers. Dann klebst Du den Aufkleber auf das Gut und bist fertig.

Suchen

Wir sind es bereits gewohnt, physikalische Güter als Waren im Netz zu suchen. Jeder, der etwas verkaufen möchte, ist darauf angewiesen, es einfach findbar zu machen. Er vermeidet es aber möglichst, seinem Konkurrenten ebenfalls zu ermöglichen, leicht findbar zu sein. Mit PPP-Gütern verhält es sich genau umgekehrt: Da es keinen Wettbewerb gibt (und keine eingebaute Knappheit), unterstützen sich alle gegenseitig in der Findbarkeit. Denn jede Nutzung des Guts eines anderen schont die eigenen bzw. die gemeinsamen Ressourcen.

Gemeinsames Nutzen

Der Eigentümer eines Guts und der Nutzer schließen eine Nutzungsvereinbarung. PPP bietet dafür eine Reihe von Modulen, die zu solch einer Vereinbarung kombiniert werden können.

Beispiele interessanter möglicher Module sind:

- **Transitivität:** Der Nutzer darf seine Nutzungsrechte zu gleichen Bedingungen an einen weiteren Nutzer übertragen. Das verkleinert den Aufwand, mit dem Gut umzugehen. Es muss nicht notwendigerweise an den Eigentümer zurückgehen. Mit diesem Modul lizenzierten Medien (Büchern, DVDs und CDs) wird somit ein freies Reisen ermöglicht.
- **Reparaturgarantie:** Der Nutzer verpflichtet sich, das Gut in brauchbarer Verfassung zu halten und für eine mögliche Reparatur aufzukommen. Um dies zu garantieren, kann die Mitgliedschaft in einer Sicherungsgemeinschaft notwendig sein, die eine gemeinsame Kasse unterhält, aus der solche Reparaturen bezahlt werden können, um so das Risiko des Einzelnen auf Mehrere zu verteilen.

Die Nutzung physikalischer Güter in dieser Art hat bereits begonnen. Zum Beispiel stellen sich Menschen in Netzwerken wie Hospitality-Club oder Couchsurfing gegenseitig ihre Wohnräume (oder Sofas) zur Verfügung, um ein geldloses Übernachten zu ermöglichen.

Nährboden für Gemeinschaft

Die Nutzung von PPP-Gütern erfolgt öffentlich. Sie hinterlässt Spuren, die Menschen mit ähnlichen Interessen verfolgen können, um gemeinsame Unternehmungen zu beginnen. Wenn jemand in deiner Nachbarschaft ähnliche Werkzeuge wie du selbst benutzt, ist sie oder er ein geeigneter Ansprechpartner, wenn du Ideen oder Fragen in dieser Richtung hast. Diese Grund-
idee ist wohl eine der treibenden Kräfte hinter dem Erfolg von LibraryThing – ähnliche oder interessante Menschen kennenzulernen.

Wie geht's weiter? PPP entsteht in dem Vertrauen, dass Evolution unterstützender Strukturen und Kultur nur in kleinen Schritten stattfinden kann, für die sich jeder individuell selbst entscheidet, ohne auf eine Veränderung großer Strukturen (z.B. Staat oder Kommune) warten zu müssen. Wenn du zur Bewegung um die Freie Software gehören möchtest, kannst du es sofort tun, unabhängig von anderen, indem du Freie Software schreibst, bereits geschriebene Software unter einer Freien Lizenz veröffentlichst oder eines der zahlreichen Projekte unterstützt, die Freie Software pflegen.

PPP kannst Du ähnlich unterstützen und ausprobieren:

- Beteilige dich an der Diskussion.
- Veröffentliche Güter als »Mitzunutzende/r« im Internet und sag Bescheid, wenn du das tust.

Alle Links zu dieser Seite findest Du unter
http://ppid.it/links/de
Die Mailingliste zum Projekt:
http://ppid.it/groups/de●

COMMONS-NETZWERKE

Wie wir uns aus dem Kapitalismus herauswirtschaften können

Der Kampf um die Commons (siehe den Artikel von Silke Helfrich auf Seite 7) wäre zwecklos, wenn nicht gleichzeitig überlegt und gezeigt würde, wie der Wirtschaftsprozess auf nichtkapitalistische Weise neu organisiert werden kann. Mit der Freien Software, die von sich aus erst einmal gar nicht anti-kapitalistisch sein will, ist eine solche neue gesellschaftliche Produktionspraxis entstanden: Viele Menschen organisierten sich selbst, ausgehend von ihren Bedürfnissen, weltweit und in großem Maßstab, um die Dinge herzustellen und zu nutzen, die sie brauchen. Die entstehende Software wird dabei nicht als Ware verkauft, und es braucht weder Kapital noch zentrale Planung.

Von Annette Schlemm, Christian Siefkes ● Natürlich gelingt dies zuerst in einem Bereich, der aufgrund der einfachen Kopierbarkeit nicht ständig wieder Ressourcen braucht, deren Eigentum erst erworben oder erobert werden müsste. Die Basis dieser Praxis ist ein weltweites Kommunikationssystem und die Situation, dass die hierfür nötigen Produktionsmittel, sprich Computer, sich zumeist in privatem Besitz der Beteiligten befinden. Auf diese Weise ist hier die für den Kapitalismus typische Trennung von Arbeitskräften und Produktionsmittelbesitz beseitigt.

Für eine Ausweitung dieser Produktionsweise auf andere Bereiche gelten die gleichen Voraussetzungen: Es muss die technische Möglichkeit der koordinierten Selbstorganisation vorhanden sein, und rechtlich-gesellschaftlich muss das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben werden. Mit anderen Worten: Die Produktionsmittel gehören in die Hände ihrer Nutzer, sie müssen zu Commons werden. Das heißt nicht, dass der Umgang mit ihnen ungeregelt wäre, etwa im Sinne des »Zugriffs des Stärkeren gegen den Schwächeren« oder im Sinne der »Tragik der Allmende«, sondern es müssen neue gesellschaftliche Formen der produktiven Nutzung entstehen.

Rein technisch wäre eine solche selbstbestimmte Koordination der weltweit vernetzten Produktion auch materieller Güter durchaus möglich. Es stellt sich aber nach wie vor die Frage nach dem Übergang von der durch privates Eigentum an Produktionsmitteln geprägten Gesellschaftsform zu einer freien »... Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Karl Marx). Die Strategie der Arbeiterbewegung beruhte auf einer Enteignung der Enteigner auf revolutionärem Weg. Das Neue an den gegenwärtig diskutierten Überlegungen besteht auch darin, zu berücksichtigen, dass sowieso ständig neu produziert wird. Die Frage heißt nun nicht mehr, wie die Produktionsmittel enteignet werden können, sondern wie wir neue Produktionsmittel von vornherein als Gemeinbesitz (Commons) herstellen können und sie gar nicht mehr in die Spirale kapitalistischer Profiterwirtschaftung hineingeben.

Ein Ansatz hierfür ist *Freies Design (Open Design)*. Es ist denkbar, dass viele von uns, die gute Ideen für die Entwicklung eines Produkts – speziell auch eines Produktionsmittels – haben, zwar nicht gleich eine ganze Fabrik als Gemeinbesitz »hervorzaubern« können, dass sie aber wenigstens die Ideen, Konstruktionsunterlagen, also das ganze »Design« öffentlich zur Verfügung stellen und als Gemeinbesitz deklarieren. In diesem Bereich tut sich derzeit eine ganze Menge. Beispiele aus dem Elektronikbereich sind das *Arduino-Board*, eine einfache Computerplattform, die z.B. die Steuerung von Sensoren ermöglicht, und *Openmoko*, eine Familie von Handys, deren Hardware und Software fast komplett Open Source sind. Die *Appropedia* ist ein umfangreiches Wiki, das Freies Design für nachhaltige, preisgünstige Produkte und Produktionsmittel sammelt (»angepasste Technologie«). Ein anderes ambitioniertes Projekt ist die *Factor E Farm*, die ein komplettes Set an Produktionsmitteln für Dörfer und kleine Gemeinden aufbauen will, das »Global Village Construction Set«. Die Website *open-innovation-projects.org* ist angetreten, ein umfassendes Verzeichnis Freier Design-Projekte aufzubauen – schon nach kurzer Zeit umfasste sie über 50 Projekte.

Beim Freien Design sind nur die Baupläne frei, nicht aber die Dinge selbst. Daneben kennen wir bereits jetzt verschiedene Projekte, in denen Dinge aus dem kapitalistischen Warenkreislauf heraus genommen werden, wie Umsonstläden oder auch Versuche, gegenseitiges Tun nicht mehr mit Geld, sondern mit anderen Verrechnungseinheiten zu verrechnen (Tauschringe). Dabei ging es aber bisher nicht oder höchstens am Rande um Produktionsmittel und die wichtigsten Güter für das Leben, sondern um eine Ergänzung dessen, was auf »normale« Weise über die kapitalistischen Marktbeziehungen erledigt wird.

Beim Übergang von einer auf Privateigentum zu einer auf Commons und Besitz basierenden Produktionsweise muss es aber tendenziell um alle lebenswichtigen Produkte menschlicher Arbeit gehen. Wenn, wie eben geschildert, nach und nach immer mehr zuerst immaterielle, später auch materielle Dinge als Commons (Gemeingüter) oder Besitz hergestellt werden, muss auch der Umgang mit ihnen auf andere Weise erfolgen als bisher. *Commons-Netzwerke* sind dabei, entsprechend eines Vorschlags von Christian Siefkes, »lose Netzwerke von Menschen, die auf Gemeingütern beruhen, welche frei geteilt werden und deren Produktion sich aus einem spontanen Prozess der Selbstorganisierung von Bedürfnissen und freiwilligen Beiträgen der Beteiligten koordiniert«. Es gibt bereits Bemühungen, mehr und mehr Hausprojekte dem Immobilienmarkt zu entziehen und sich als Bewohner selbst zu organisieren (Mietshäusersyndikat). Auch für andere Güter entwickeln sich »Nutzerinnen-Gemeinschaften« (NutziGems).

Die Benutzung der Produktionsmittel und auch ihrer Produkte wird in Commons-Netzwerken nicht mehr als privates Eigentum in die Verfügung eines Eigentümers gestellt, der sie dann kaufen oder verkaufen, vermieten, verpachten usw. kann, sondern es geht um:

- gemeinsame oder geteilte Nutzung von teilbaren Gütern – gleichzeitige Nutzung (z.B. Internetzugang) oder Nutzung nacheinander (Bücher, Wohnungen...),
- Dinge, die als sog. »Floater« von einem Nutzer zum nächsten wechseln (weil die ursprüngliche Besitzerin sie nicht mehr braucht),
- gemeinschaftlich organisierte Sammlungen (z.B. von Werkzeugen) oder auch offene Produktionsstätten (on-demand-Buchdrucker und Kopierer etc.)

Wir befinden uns im Übergang von der Peer-Produktion rein immaterieller Güter, z.B. Software oder Inhalten, zur Peer-Produktion von materiellen Gütern (Hardware, Gebrauchsgegenstände). Für die immateriellen Güter können wir von Erfahrungen mit Freier Software und Freier Kultur ausgehen. Erfahrungen im Bereich »physischer«, d.h. nicht kopierbarer Ressourcen gibt es beispielsweise beim geteilten Zugang ins Internet. Dafür gibt es *Freie Funknetze*, welche über ein »Peering Agreement« festlegen, wie Computerbesitzer ein Netzwerk bilden, bei dem sich alle gegenseitig Zugang gewähren, wobei das Netz es auch verkraftet, wenn einzelne »Knoten« zeitweilig ausfallen.

Für geteilte nicht kopierbare Dinge müssen jeweils besondere Regelungen eingeführt werden, die grundsätzlich von den Nutzerinnen und Nutzern selbst festgelegt werden. Vorschläge, welche Regelungen sinnvoll sind, können aber schon gemacht werden. Für Lizenzen wird gerade das Modell *PublicPrivateProperty* diskutiert (siehe den Artikel von Thomas Kalka auf dieser Seite).

In der nächsten Zeit wird sich zeigen, welche der sprießenden neuartigen Projekte in diesem Sinne genügend UnterstützerInnen und MitmacherInnen finden und wie sie sich miteinander kombinieren, um Synergieeffekte zu entwickeln. Finden die bereits bestehenden Projekte, wie NutziGems, Umsonstläden usw. Gedanken wie z.B. die PPP-Lizenzen für sich sinnvoll? Oder entstehen eher völlig neue Projekte? Was jede und jeder selbst tun kann, ist deutlich gesagt:

- Teile, was Du weißt (Creative Commons, Beteiligung an Freien Design-Projekten...)
- Teile, was Du hast (und nicht selbst brauchst)
- Teile, was Du tun möchtest (beginne ein Projekt oder beteilige Dich an einem)●

Links:
Arduino-Board: www.arduino.cc/
Openmoko: http://de.wikipedia.org/wiki/Openmoko
Appropedia:
www.appropedia.org/Willkommen_bei_Appropedia
Factor E Farm: http://openfarmtech.org/
Freies-Design-Verzeichnis:
http://open-innovation-projects.org/
Mietshäusersyndikat: http://coforum.de/?171
www.syndikat.org
NutziGems: http://coforum.de/?3082
Commons-Netzwerk:
www.keimform.de/2008/09/08/hiddinghausen-talks-2-commons-network/
Freie Funknetze:
http://de.wikipedia.org/wiki/ Freies_Funknetz

ITALIEN: NETZWERK DER SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE

»Tue das Richtige«

Im Rahmen der altermondialistischen Bewegung ist in den letzten Jahren in Italien eine bunte Palette von kreativen und unabhängigen Initiativen entstanden, die sich landesweit – auf Initiative des »Lilliput-Netz« – in ein Netzwerk der Solidarischen Ökonomie (Rete Economia Solidale = RES) verbunden und einen Katalog von Kriterien für Solidarische Ökonomie ausgearbeitet haben. Die beteiligten Akteure sind Genossenschaften, Betriebe, Initiativen, Umweltschutz-, Menschenrecht- und Freiwilligen-Organisationen, aber auch informelle »Konsumentengruppen für den Solidarischen Einkauf« (GAS). Der Verlag »Terre di Mezzo« organisiert lokale Messen für den kritischen Konsum, die vielerorts die Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften gewinnen konnten. Nachfolgend veröffentlichen wir eine Übersetzung der »Charta der Prinzipien für eine andere Ökonomie«.

1. In der Definition der anderen Ökonomie – unter der man eine Alternative zum heute herrschenden Wirtschaftssystem versteht – sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten enthalten, welche keine Ziele des kapitalistischen und liberistischen oder neoliberalen Wirtschaftssystems verfolgen. (*Anmerkung: Hier ist »andere Ökonomie« Synonym für »solidarische Ökonomie« – A.d.Ü.*)

Insbesondere lehnt die andere Ökonomie folgende Ziele ab: das unbegrenzte Wachstum und die unbegrenzte Ausdehnung, die Verfolgung des Profits um jeden Preis, die Verwendung von Menschen durch wirtschaftliche Mechanismen im alleinigen Interesse anderer Personen, die Missachtung der Menschenrechte, der Natur und der Bedingungen für die Regeneration von Ressourcen.

2. Die Aktivitäten der anderen Ökonomie verfolgen

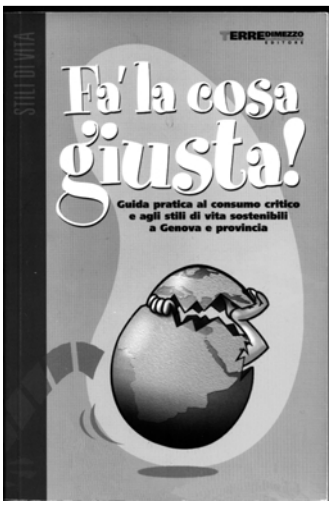
Messeplakat Genua 2008

das Ziel, die grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen und den größtmöglichen Wohlstand für die größtmögliche Anzahl Menschen zu ermöglichen. Sie werden geleitet von Prinzipien von Solidarität und Gerechtigkeit und verfolgen als wichtiges Ziel die Aufwertung der Fähigkeiten aller.

Diese Definition beinhaltet auch Aktivitäten, die auf den partiellen oder den allmählichen Ausstieg aus dem herrschenden Wirtschaftssystem abzielen, sowie das Ausprobieren völlig neuer Stile und Modelle vom Leben in der Gemeinschaft, von Neuverteilung der Ressourcen, von Produktion, Tausch und von der korrekten Nutzung von für Menschen und Natur unschädlichen Erzeugnissen.

Die Menschen, die am Aufbau der anderen Ökonomie (AÖ) arbeiten, betrachten die in diesem Geiste in aller Welt entstandenen Initiativen als gleich wertvoll, aber richten einen besonderen Augenmerk auf jene, die im Süden der Welt realisiert werden, auch damit die heute vorhandenen Ungleichgewichte sobald wie möglich kompensiert werden.

3. Die andere Ökonomie betrachtet die Ökokompatibilität als wesentliche Voraussetzung für ihr Handeln. Es müssen Aktivitäten zur Wiederverwertung und zur Erholung der Ressourcen der Erde vorgesehen werden, die in ihrer Regenerationsfähigkeit bereits stark angegriffen sind. Denn die Wahrung der biologischen Kreisläufe und die Verwendung von erneuerbaren Ressourcen, insbesondere von erneuerbaren Energien, sind ein absolut primäres Ziel. Zentral sind auch Forschung und Entwicklung von Produkten, die immer weniger essentielle natürliche Ressourcen – vor allem Boden, Wasser und Luft – verbrauchen und die Verwendung von erneuerbaren Energien fördern. Unter den Prioritäten rangiert auch der Neuentwurf aller Produkte mit hohem Ressourcenverbrauch, angefangen von den so genannten Wegwerfprodukten.



Katalog der Messe »Tue das Richtige«, die Ende September in Genua stattgefunden hat, mit Adressenlisten aller lokalen Akteure und Konsumentengruppen. Untertitel: Praktischer Führer zum kritischen Konsum und zu nachhaltigen Lebensstilen in Genua und Provinz.
Hier schlüpft die andere Welt gerade aus dem Ei. Die nächste große Messe »Tue das Richtige« wird vom 13.-15.03.2009 in Mailand stattfinden.

4. Die Betriebe der anderen Ökonomie, die mit bereits vorhandenen oder neu zu schaffenden Rechtsformen entstehen bzw. gegründet werden, nehmen eine kooperative und solidarische Stellung zueinander. Sie sind auf das Wachstum von qualifizierter und hoch dotierter Arbeit ausgerichtet und verfolgen das Ziel, die Qualität der Produkte nach Kriterien der Ökokompatibilität zu verbessern. Der Mehrwert, der durch die menschlichen Fähigkeiten bei der Produktion von Produkten und Dienstleistungen erarbeitet wird, wird in die Aktivitäten der alternativen Ökonomie wieder investiert.

5. Die stark, ja radikal innovativen Beiträge zum Produktionssystem umfassen auch eine ganz neue, andere Rolle des Individuums als Konsumenten. Zentraler Begriff hier ist die Besonnenheit [sobrietà = Nüchternheit – im Sinne von Entgiftung vom Konsumrausch – aber auch Genügsamkeit] im Konsum. Sie ist erforderliche Voraussetzung für eine gerechte Umverteilung der Ressourcen, die es allen ermöglichen soll, verantwortungsbewusst und auf eine Weise zu konsumieren, welche den Übergang zur anderen Ökonomie fördert und beschleunigt, auch indem man die Praktik der Mitbenutzung (Sharing) vor dem Eigentum den Vorzug gibt.

Die Entscheidungen, Produkte und Dienstleistungen zu kaufen oder zu nutzen, müssen auf der Basis einer vertieften Kenntnis der Qualitätsmerkmale und der effektiven Kosten der Produkte, der eventuellen Schäden für die eigene Gesundheit und die der Mitmenschen, der Umwelt und der Völker getroffen werden.

Die Konsumenten müssen in die Lage versetzt werden, das Verhalten der produzierenden Betriebe hinsichtlich des Schutzes der Umwelt, der Menschenrechte und der zivilen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte der Einzelnen und der Gesellschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. **(1)** Die Konsumenten, die die andere Ökonomie unterstützen, müssen ihrer Verantwortung für ihre Kaufentscheidungen und für sonstige in diesem Zusammenhang getroffene Entscheidungen bewusst werden.

6. Die Beziehungen zwischen Personen und wirtschaftlichen Einheiten im Rahmen der AÖ müssen von Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung, Kooperation und Solidarität geprägt sein, worauf sich tief greifende Veränderungen der wirtschaftlichen Logiken und Prioritäten ergeben, so dass die Beziehungen zwischen den Menschen den Logiken der Produktion, des Austausches und der Nutzung der Ressourcen immer übergeordnet sind.

7. Die »anderen« wirtschaftlichen Aktivitäten müssen transparent sein, die größtmögliche Einbeziehung und Partizipation ermöglichen und sie müssen das maximale Verantwortungsbewusstsein der an der Produktion und dem Austausch Beteiligten sichern.

Die demokratischen Regeln müssen als Mindeststandard gelten; höhere Wertnormen, nämlich Konsens und größtmögliche Partizipation aller Beteiligten, sind anzustreben.

8. Die andere Ökonomie fördert lokale Produkte und lokale Wirtschaftskreisläufe. Diese sollen Technologien und Produktionsketten entwickeln, die den örtlichen Gegebenheiten und Ressourcen gerecht werden, in einem vom solidarischen Austausch geprägten Geflecht von Beziehungen, auch unter Verwendung von Instrumenten wie lokale Währungen.

Sie soll gemeinschaftliche Werte fördern, welche die Aufwertung des natürlichen Vermögens und des menschlichen Potentials des jeweiligen Territoriums Geltung verschaffen.

Sie soll die Austauschbeziehungen zwischen Kulturen fördern, den Austausch von lokalen und biologischen Produkten und von althergebrachtem und neuem, innovativem Wissen.

9. Die andere Ökonomie macht sich die Vernetzungsstrategie zu eigen, so dass die einzelnen Erfahrungen miteinander in Kontakt bleiben und die »Knotenpunkte« informiert sind, miteinander kommunizieren und sich in Verbindung mit den Aktivitäten setzen, die anderswo entstehen.

Vor allem in der Anfangsphase kann die Schaffung von Einheiten der AÖ Experiment-Charakter haben. Jedes neue laufende Experiment wird viel zu lernen haben und viel, was es ähnliche Initiativen lehren kann, die in der Startphase sind. Außerdem werden die einzelnen aufkommenden Initiativen so bald wie möglich den Austausch von Produkten verstärken, um die Senkung der Produktionskosten und der Verkaufspreise zu begünstigen.

10. Die ersten Netzwerke solidarischer Ökonomie haben bereits angefangen, sich in Bezirken zu organisieren, die bestrebt sind, den Austausch von Erfahrungen, sowie von Produktion und Dienstleistungen untereinander zu stärken. Das Ziel ist, die Bandbreite der

Messestand in Genua, September 2008

Aktivitäten und der Anwendungen, welche den Prinzipien der AÖ entsprechen, kontinuierlich zu erweitern, sie miteinander zu integrieren und die Möglichkeiten der gegenseitigen Ergänzung und Verbindung zu vervielfachen. Anzustreben ist jede neue Verbreitung, auch auf nicht benachbarten Gebieten und Regionen – insbesondere auch die Verbindung mit ausländischen Erfahrungen – zu intensivieren.

11. Auch innerhalb der AÖ ist es nützlich, Gütesiegel und Zertifizierung zu verwenden, um Aktivitäten hervorzuheben, die den Prinzipien der AÖ genügen. Ihr Zweck ist ganz anders als der von Marken, Patenten, Zertifizierungen und anderen Formen der Kennzeichnung von intellektuellem Eigentum im herrschenden Wirtschaftssystem. Sie sind nicht Gegenstand von An- und Verkauf von Exklusivrechten, sondern dienen – vor allem in den Anfangs- und Experimentierphasen – um den Konsumenten deutlich zu machen, dass hier ganz andere Normen und Prinzipien als die der neoliberalen Wirtschaft gelten. Sie sollen nur Initiativen kennzeichnen, die bereits bewiesen haben, dass sie dem Geist der alternativen Modelle verstanden haben und dass sie beabsichtigen, die neuen Prinzipien und Regeln einzuhalten. Auch die Zertifizierungen und die Kontrollen dienen eher zur Unterstützung der neuen Initiativen als zum Ausschluss derjenigen, die in der Anfangsphase Schwierigkeiten haben.

12. Es gibt bereits zahlreiche Initiativen, die als Keimlinge des alternativen Systems betrachtet werden können:

- Fairer Handel;
- Verschiedene Initiativen der ethischen Finanzen und Versicherungen und des Mikrokredits, wie ethische Banken und selbstverwaltete Krankenversicherungen;
- Gruppen deren Mitglieder solidarisch zusammenarbeiten; [Konsumenten-] Gruppen für den solidarischen Einkauf, (GAS) Gruppen, welche die Initiative »Gerechte Haushaltsbilanz« unterstützen;
- andere organisierte Formen des kritischen Konsums;
- Initiativen für verantwortungsbewussten Tourismus;
- Initiativen für die Wiederbenutzung und Wiederverwertung von Materialien und Ressourcen;
- Betriebe und Aktivitäten im Bereich Forschung und Anwendung von erneuerbaren Energien;
- Biologische Landwirtschaft.

13. Nach den gleichen Voraussetzungen der anderen Ökonomie entsteht die »andere Information«, ein ‚anderes', horizontal aufgebautes Kommunikationsmodell, das die Theorien und die Praktiken der AÖ transportieren kann. Es handelt sich um ein Instrument, mit dem bewusste und ethische Entscheidungen im Kommunikationsbereich getroffen werden und Dienstleistungen realisiert werden können, von denen alle profitieren können, sowohl als Produzenten als auch als Benutzer. Das Teilen von Wissen und Technologien ist die Basis für den Aufbau von freien und selbst verwalteten Medien wie demokratisch und gemeinschafts-bezogene Radio-Sender, Straßenfernsehen, freie Software und Open Source Systeme, freies Verlagswesen, Werkstätte der partizipativen Kommunikation, usw.

Anzeige

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

Zu den Aktivitäten der AÖ gehören auch Aktivitäten im Bereich der Kunst und des kulturellen Ausdrucks, die sich, was Inhalte, Formen und Produktionsweise angeht, von den Prinzipien dieser Charta inspirieren lassen.

14. Dazu kommen all die Erfahrungen und die Netzwerke, mit denen die Unterzeichner-Organisationen schon lange im Süden der Welt zusammen arbeiten. Insbesondere seien hier erwähnt: die Bauern- und Handwerkerorganisationen, die Gemeinschaftsprojekte realisieren sowie die Gebiete, in denen unterschiedliche Aktivitäten einer alternativen Ökonomie entstanden sind und anfangen, ineinander zu greifen und dadurch ihre Anziehungskraft für andere, ähnlichen Kriterien entsprechenden, Initiativen erhöhen.

15. Im Rahmen der AÖ entstehen Entwürfe für alternative Lebensstile und alternative Produktions- und Konsumptionsmodelle, die auf breiten Konsens stoßen können und welche die größtmögliche Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen garantieren. Diese Modelle sind noch nicht gefestigt. Man versucht vielmehr, sie mit Erfahrungen zu ergänzen, die an der Basis, lokal und im Kleinen gemacht werden.Beim Experimentieren mit Praktiken der AÖ kann kein Modell vorgeschrieben werden. Die Modelle werden sich vermehren, sich miteinander vernetzen und sich dabei verändern. Dabei muss die jeweilige örtliche Kultur unbedingt respektiert werden.●

Unterzeichner-Organisationen:
Amnesty International (Gruppe 1 Rom), Alchemia, Altrevisioni, Altroconsumo, Associazione verso la MAG, Associazione Forum Ambientalista, Movimento rossoverde, Associazione MA.NO, Attac Roma, Campagna per la Riforma della Banca Mondiale [Kampagne für die Reform der Weltbank], Casale Podere Rosa, CIES, COCS, Co.in, Comitato di Quartiere Centocelle, Consorzio Esse Lazio, CTM Altromercato, Equobio, Equoconsumo, Formin, Centro di formazione internazionale, Gaos, Gruppo soci Lazio Banca Popolare Etica, ICS, Consorzio Italiano di Solidarietà, Il naufragarmedolce, L' Occhio del Riciclone, La Gabbianella, Le Arti Tessili, Libreria Odradek, Linux Club, Linuxshell, Lunaria, Legambiente Lazio, Manitese Roma, Niente Troppo, Officina Territoriale 18 aprile, Oltre il Giardino, Pangea, Pax Christi Roma, Percorsi, Pro.do.c.s., RAM, REES [gerechtes und solidarisches Rom], Reorient, Rete Lilliput nodo di Roma, Rete Romana consumo critico, Roma Nord Est Social Forum, SAL, Salvador Allende, T.E.R.R.E, Terre Rosse, TransFair-FairTrade Italia, Tutti giù per Terra, VIS, Voci della Terra.

Übersetzung: Giuliana Giorgi

EINE GESELLSCHAFT JENSEITS VON WARENPRODUKTION, GELD & STAAT

Crashkurs

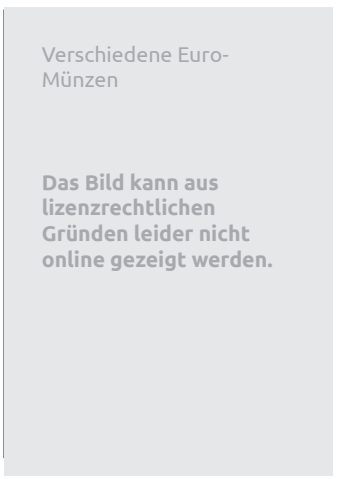
Warum am Platzen der Finanzblase nicht die »Gier der Banker« Schuld ist und es keine Rückkehr zum »Rheinischen Kapitalismus« geben kann.

Gruppe Krisis ● Eine neue Dolchstoßlegende macht die Runde: »unsere Wirtschaft« soll der grenzenlosen Habgier einer Handvoll Banker und Spekulanten zum Opfer gefallen sein. Gefüttert durch das billige Geld der US-Zentralbank und unterstützt durch unverantwortliche Politiker hätten sie die Welt an den Rand des Abgrunds geführt, während »die Ehrlichen mal wieder die Dummen« seien. Nichts ist sachlich so falsch und ideologisch so gemeingefährlich wie diese auf allen Kanälen der öffentlichen Meinung verbreitete Vorstellung.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die ungeheure Aufblähung der Finanzmärkte ist nicht Ursache der Misere, sondern war selber schon ein Ausweichmanöver vor der fundamentalen Krise, mit der die kapitalistische Gesellschaft bereits seit den 1970er Jahren zu kämpfen hat. Damals endete mit dem Nachkriegsboom eine lange Periode selbsttragenden realwirtschaftlichen Wachstums, das die Ausweitung und Verallgemeinerung der industriellen Produktionsweise auf neue Sektoren wie etwa die Autoherstellung zur Grundlage hatte. Zur Produktion der Massenwaren waren in den 1950er und 60er Jahren Massen an zusätzlichen Arbeitskräften erforderlich, die dadurch in Lohn und Brot standen und sich eben deswegen die Massenwaren auch leisten konnten. Seitdem hat die flächendeckende Rationalisierung in den Kernsektoren der Weltmarktproduktion, die immer mehr Arbeitskräfte durch automatisierte Prozesse ersetzt, diesen Mechanismus zerstört und damit die Voraussetzung für einen von der Realwirtschaft angetriebenen Boom. Die klassische kapitalistische Krise ist von der fundamentalen Krise der Arbeit abgelöst worden.

Entwertete Arbeitskraft – »überflüssige« Menschen

Es gehört zu den verrückten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, dass der ungeheure Produktivitätssprung durch die »mikroelektronische Revolution« nicht etwa ein gutes Leben für alle ermöglicht hat. Im Gegenteil: Die Arbeit wurde verdichtet, das Arbeitstempo beschleunigt und der Leistungsdruck erhöht; weltweit müssen sich immer mehr Menschen zu den schlimmsten Bedingungen verkaufen, weil ihre Arbeitskraft gemessen am gültigen Produktivitätsniveau immer weiter entwertet wird. Zu den Widersprüchen des Kapitalismus gehört aber auch, dass er sich damit die eigenen Grundlagen entzieht. Denn eine Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beruht, stößt an ihre strukturellen Grenzen, wenn sie diese Arbeitskraft in wachsendem Maße überflüssig macht.



Die weltwirtschaftliche Dynamik wird schon seit über dreißig Jahren nur noch durch eine immer größere Aufblähung von Spekulation und Kredit (»Fiktives Kapital«) in Gang gehalten. Das Kapital wich an die Finanzmärkte aus, weil die Realwirtschaft keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten mehr bot. Die Staaten verschuldeten sich, um ihre Haushalte zu decken und immer mehr Menschen finanzierten ihren Konsum direkt oder indirekt auf Pump. Auf diese Weise wurde die Finanzsphäre zur »Basisindustrie« des Weltmarkts und zum Motor des kapitalistischen Wachstums. Die viel gepriesene Realwirtschaft ist also nicht durch die Finanzsphäre »erdrückt« worden. Im Gegenteil: sie konnte nur noch als deren Anhängsel erblühen. Das »chinesische Wirtschaftswunder« und der »Exportweltmeister Deutschland« wären ohne den riesigen globalen Verschuldungskreislauf der letzten Jahrzehnte mit den USA im Zentrum nicht möglich gewesen.

Notstandsverwaltung und Stagflation

Die Grenzen dieses Krisenaufschubs sind nun erreicht. Grund zur Freude ist das nicht. Die Folgen werden dramatisch sein. Denn nun entlädt sich das gesamte aufgestaute Krisen- und Entwertungspotential der letzten dreißig Jahre mit voller Wucht.

Die Politik hat allenfalls Einfluss auf das Tempo und den Verlauf dieses Prozesses. Grundsätzlich aufhalten kann sie ihn nicht. Entweder die billionenschweren »Rettungspakete« der Politik verpuffen und die Krise schlägt mit katastrophalen Folgen auf die »Realwirtschaft« durch oder sie »greifen« noch einmal und exorbitant steigende Staatsverschuldung wäre das Ergebnis, gefolgt vom nächsten, noch größeren Krisenschub in naher Zukunft. Die Rückkehr der »Stagflation« – der Gleichzeitigkeit von chronischer Rezession und galoppierender Inflation – auf weit höherem Niveau als in den 1970er Jahren, zeichnet sich jetzt schon ab.

Sind schon in den letzten Jahrzehnten die Lohneinkommen massiv gedrückt, die Arbeitsbedingungen prekarisiert und große Teile des öffentlichen Sektors privatisiert worden, so wird nun ein ungeahnt großer und weiter wachsender Teil der Menschheit schlicht für »überflüssig« erklärt werden. Die vielbeschworene »neue Rolle des Staates« wird mitnichten in der Wiederherstellung eines »Rheinischen Kapitalismus« der 60er Jahre mit Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand bestehen, sondern darin, den sozialen, rassistischen und nationalistischen Ausschluss zu organisieren und zu verwalten. Die Rückkehr der »Regulation« und des »Staatskapitalismus« ist nur noch in der Gestalt einer autoritären und repressiven Notstandsverwaltung denkbar.

Die Welt ist zu reich für den Kapitalismus

Die aktuelle Finanzmarktkrise markiert den Wendepunkt in der Epoche des fiktiven Kapitals und damit erreicht die fundamentale Krise des Kapitalismus, die sich schon in den 1970er Jahren abzeichnete, eine neue Stufe. Diese Krise ist nicht nur die eines spezifischen »angelsächsischen Systems« des »Neoliberalismus«, wie unter Mobilisierung antiamerikanischer Affekte mit teils deutlich antisemitischem Einschlag überall behauptet wird.

Vielmehr zeigt sich nun, dass die Welt für die armselige kapitalistische Produktionsweise längst zu reich ist; dass die Gesellschaft auseinanderbrechen, verwildern und in Elend, Gewalt und Irrationalismus versinken muss, wenn es nicht gelingt, diese zu überwinden.

Nicht die »Spekulanten« und die Finanzmärkte sind das Problem, sondern der Widersinn einer Gesellschaft, die Reichtum nur als Abfallprodukt gelingender realer oder fiktiver Kapitalverwertung produziert. Eine Rückkehr zu einem scheinbar soliden, auf dem Einsatz von Massenheeren der Arbeit gegründeten Kapitalismus ist weder möglich noch erstrebenswert. Jedes Opfer, das nun abverlangt wird, um die (selbst)zerstörerische Dynamik dieser widersinnigen Produktions- und Lebensweise weiter in Gang zu halten, ist ein Hohn auf das gute Leben, das längst möglich wäre: in einer Gesellschaft jenseits von Warenproduktion, Geld und Staat. Die Krise stellt die Systemfrage. Es kommt drauf an, sie zu beantworten.●

ÜBERENTWICKLUNG DER GELDVERMÖGEN

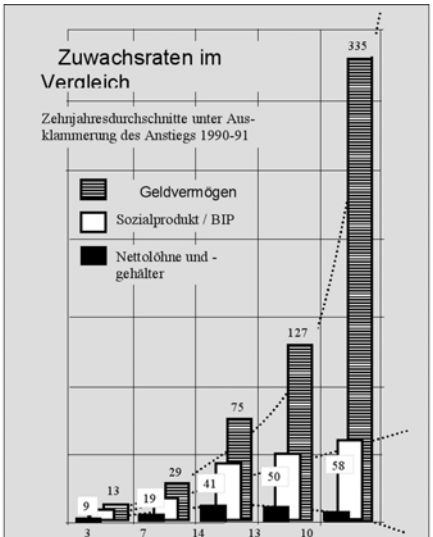
Die Bankenkrise ist in aller Munde – aber nicht deren Ursache!

Als Erklärung für die sich überschlagenden Banken- und Finanzmarktkrisen werden die Probleme auf den Immobilienmärkten angeführt, die Spekulations-Exzesse und Steuerparadiese oder die Gier der Menschen, der wir das alles zu verdanken haben. Aber die eigentliche Ursache, die Überentwicklung der Geldvermögen, wurde bisher kaum angesprochen. Dabei ist deren Dramatik seit Jahrzehnten kein Geheimnis, wie die Grafik zeigt!

Helmut Creutz ● Vergleicht man darin die Entwicklungen der Einzelgrößen, dann sind die BIP-Zuwächse von 1950 bis 2000 auf rund das 6-fache angestiegen, die der Nettolöhne aber nur auf das 3-fache. Die Zuwächse der Geldvermögen eskalierten dagegen auf das 26-fache!

Wie durch die punktierten Trendlinien verdeutlicht, sind dabei die BIP-Größen langfristig in etwa linear angestiegen, die Zuwächse der Nettolöhne aber nur bis in die 80er Jahre, um anschließend sogar abzusinken! Die Geldvermögen wuchsen dagegen über den gesamten Zeitraum mit zunehmender Beschleunigung: Lagen die Zuwächse in den ersten drei Jahrzehnten noch beim Vier- bis Sechsfachen der Lohngrößen, erreichten sie in den 80er Jahren bereits das Zehnfache und in den 90er Jahren das 34-fache!

Besonders problematisch sind diese Diskrepanzen, weil die Zinsbedienung der eskalierenden Geldvermögen und alle anderen Kapitalkosten, genau so wie alle Personal- und Materialkosten, immer in die Preise eingehen. Das heißt, sie müssen immer von den Endverbrauchern bezahlt werden! Während in den 80er Jahren diese wachsenden Ansprüche des Geldkapitals die Lohnzuwächse der Arbeitenden bereits weitgehend aufgezehrt haben, konnten diese Ansprüche in den 90er Jahren nur noch durch Kürzungen der Arbeitseinkommen befriedigt werden! Und dieser Umverteilungsprozess hat sich nach 2000 noch weiter verschärft. – Kein Wunder also, dass bei uns die Armut zunimmt und die Einkommens-Schere zwischen Arbeit und Besitz – trotz ständigen Wirtschaftswachstums – immer weiter auseinander geht!



Dieses Überwachstum der Geldvermögen erklärt jedoch nicht nur den wachsenden Reichtum der Reichen und die Verdopplungen der Millionärs- und Milliardärszahlen alle paar Jahre, sondern auch den dauernden Wachstumszwang, zu dem unsere Volkswirtschaften – zur Milderung der sozialen Spannungen – verdammt sind, ohne Rücksicht auf die Umwelt. Das Überwachstum erklärt ebenfalls, dass sich diese fast explosiv zunehmenden Geldvermögens-Massen, trotz Ausbreitung über den ganzen Globus, nur noch unzureichend in normalen Güterinvestitionen und/oder Staatsverschuldungen unterbringen lassen! Die Folge ist: Immer mehr Geld drängt Rendite suchend in die Spekulation, wodurch das gesamte Finanzsystem zunehmend labiler wird und, über immer rascher aufeinander folgende Börsen-, Immobilien- und Rohstoffbooms, zu einem totalen Zusammenbruch tendiert. Und wie die Staatseingriffe zeigen: für die immer unabsehbareren Folgen müssen letztendlich die Bürger gerade stehen. In welchem Umfang das der Fall ist, lässt sich an den Größen der staatlichen Stützungsmaßnahmen ablesen.

Diese heutigen Entwicklungen ähneln immer mehr jenen in den zwanziger Jahren, die Marriner Eccles, damals unter Roosevelt Chef der US-Notenbank, wie folgt beschrieben hat:

»Bis 1929 und '30, also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise, hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet ... und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen .... Die Massenproduktionen der modernen Industriegesellschaft beruht aber auf einem Massenkonsum, und dieser setzt die Verteilung des Reichtums voraus ... um die Menschen mit einer Kaufkraft auszustatten, die der Menge der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen entspricht.«

Diese notwendige gerechte *»Verteilung des Reichtums«* ist aber nur bei Zins- und Renditesätzen möglich, die im Gleichschritt mit den Sättigungen in der Wirtschaft gegen Null heruntergehen! Um diese marktgerechte Absenkung der Zinssätze zu erreichen, bedarf es jedoch einer Umlaufsicherung des Geldes durch Kosten auf die Liquidität, wie sie von John Maynard Keynes bereits 1936 in seinem Hauptwerk »Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes« vorgeschlagen wurde. Bezogen auf die Wirkung der von ihm als »carrying costs«, (Durchhaltekosten) bezeichneten Umlaufsicherung, führte er darin u. a. aus, dass

»... dies der vernünftigste Weg sein (würde), um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht es zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht mehr wachsen.«

Diese »Anhäufung« durch die heute ständig positiven Zinsen und der Tatbestand, dass sich das *»allmähliche Verschwinden«* der leistungslosen Einkommen mit den Sättigungen der Märkte nicht genau so automatisch einstellt wie bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten, ist der zu überwindende Schwach- und Knackpunkt unseres heutigen Wirtschaftssystems, der uns gleichzeitig in den sozialen und ökologischen Zusammenbruch treibt!

Die prekäre Situation in unseren Gesellschaften ist also nicht die Folge überzogener Ansprüche der Bürger an den Sozialstaat, sondern die der ständig zunehmenden Ansprüche des Kapitals an das Sozialprodukt! – Es geht also nicht um eine Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern letztlich um ihre Befreiung vom Kapitalismus!●

RUNDULM BETREUUNG EG, ULM

Dienstleistungen und Pflege: Rundulm glücklich trotz neuer Hürde

Die junge Ulmer Genossenschaft Rundulm Betreuung eG hat zwar noch längst nicht alle Kinderkrankheiten überwunden. Doch hat sich ihr Geschäftsmodell mit Dienstleistungen für Mensch, Haus und Garten insgesamt als tragfähig erwiesen. Pflegeangebote für Senioren mit Migrationshintergrund durch Pflegekräfte aus dem selben Kulturkreis bilden derzeit in Ulm ein Alleinstellungsmerkmal auf dem hart umkämpften Markt.

Thomas Vogel, Red. Genossenschaften ● Die Gründungsgeschichte von *Rundulm* ist sicher etwas untypisch. Denn ihr maßgeblicher Geburtshelfer war das Sanierungsprogramm »Soziale Stadt«, das im Dezember 2001 in Ulm an den Start gegangen war. Das Modellvorhaben umfasst einen der größten, bis dato im Schatten liegenden Ulmer Stadtteile, die Weststadt. Ein weiterer Helfer war die *innova eG*. Sie hat mitgeholfen, durch die Schulung der späteren Vorstände sowie durch ansteckenden Enthusiasmus den schwierigen Geburtsakt erfolgreich zu bewältigen.

Sanierungsprogramm »Soziale Stadt«

Doch von vorne. Bauliche Sanierung mit sozialer Entwicklung zu verknüpfen, das ist der besondere Ansatz des Sanierungsprogramms »Soziale Stadt«, das in Folge eine ganze Reihe entsprechender Projekte an Land ziehen konnte. Eines davon ist *Link*, genährt vom Europäischen Sozialfonds, versehen mit dem Ziel der beruflichen Eingliederung von Arbeitslosen, Wiedereinsteigern, Migranten ohne Berufsausbildung.

Die Kurse zur Qualifizierung entsprechender Weststadt-Bewohner kamen allein durch Mund-zu-Mund-Propaganda zustande. Der Pflegehelfer-Kurs setzte sich zum überwiegenden Teil aus Migrantinnen zusammen, der Gebäudeservicetechnik-Kurs (»Hausmeister«) war eine rein männliche Domäne. Einigen der 40 Teilnehmer gelang es rasch, in der freien Wirtschaft einen Job zu ergattern. Für die anderen stand die Frage im Raum, ob sie sich selbständig machen sollten.

v.l. L. Grupp (Pflege), N. Bagceci (geschäftsf. Vorstand), S. Mierzwa (Reinigung), A. Schäfer (Hausmeister)

Überforderung Einzelner

»Doch zeigten sich dann rasch die hohen Hürden«, erinnert sich Hermann Brachmann, Geschäftsführer der städtischen Sanierungstreuhand SAN, die Träger der »Sozialen Stadt« in Ulm ist. Ein Gebäudeservice-Techniker, sagt er zur Erläuterung, benötige, um an Aufträge zu kommen, eine Grundausstattung an kostspieligen Gerätschaften. Und wer sich im Altenpflegebereich allein aufmache, komme nicht weit, wenn die Frage der Urlaubs- oder Krankheitsvertretung nicht geklärt sei. Nicht anders bei Reinigungsdienstleistungen, die heute das dritte Geschäftsfeld von *Rundulm* bilden.

Die Einsicht, dass eine genossenschaftliche Basis die bessere sei, habe sich rasch durchgesetzt, erinnert sich Brachmann. Den Ausschlag gab eine Infoveranstaltung der *innova eG* im Januar 2007. Die aus den Kursen verbliebene Kerngruppe wurde nun förmlich von Tatendrang gepackt. In Windeseile wurden Satzung und Geschäftsordnung ausgearbeitet, die spätere Führungsmannschaft bestimmt und diese zu sechsmonatigen Schulungen zur *innova* geschickt. Schon im Juli 2007 konnte die Gründungsversammlung über die Bühne gehen, bei der ein dreiköpfiger Vorstand und der ebenfalls aus drei Personen bestehende Aufsichtsrat eingesetzt wurden. Die geschäftsführende Vorstandsfrau, Nurten Bagceci, hatte als nächstes einen Businessplan auszuarbeiten. Mit dem Eintrag ins Genossenschaftsregister Mitte Februar 2008 konnte *Rundulm* schließlich ihre Geschäfte aufnehmen. Von Null auf Start in 13 Monaten – das ist rekordverdächtig.

Stärke durch Kooperation

Zwischenzeitlich hat sie acht Beschäftigte, von gering Beschäftigten bis zu Vollzeitmitarbeitern. Die finanzielle Basis legten die mittlerweile 34 Mitglieder. Diese zeichneten insgesamt 465 Geschäftsanteile à 100 Euro, wobei Privatpersonen schon mit einem Anteil dabei sind und institutionelle Mitglieder mindestens fünf zu zeichnen haben.

Zweierlei Umstände sind es, die den Start erleichtert haben. Da ist einmal der – finanzielle wie organisatorische – Anschub durch die *Soziale Stadt*, die auch das bis heute leichte Defizit auffängt. Zum andern sind es die durch sie neu gesponnenen sowie die bereits vorhandenen Netzwerke im Stadtteil. So wurden zwei Wohnungsbaugenossenschaften, ein Bauträger und auch städtische Institutionen Mitglied. Diese sowie beispielsweise die *AG West*, ein fest verankerter und breit gefächerter Dachverband von Vereinen und Einrichtungen im Stadtteil, erteilten sogleich erste Aufträge.

Pflegebereich eigenständig organisieren

Ganz rund läuft es bei *Rundulm* allerdings noch nicht. Die Bereiche »Haus« und »Garten« seien auf gutem Weg, der Bereich »Betreuung« jedoch bedarf noch der besonderen Pflege. Wegen der anderen – nicht als »sozial« anerkannten – Geschäftsfelder erhält auch der Pflegebereich keine Gemeinnützigkeit, muss in Folge bei Rechnungen Mehrwertsteuer erheben und ist so nur sehr bedingt konkurrenzfähig. »Um mit der Pflegekasse abrechnen zu können, benötigen wir außerdem drei anerkannte Vollkräfte«, so Vorstandsfrau Andrea Janisch, »dieses Level müssen wir nun auf einen Satz schaffen.«

Weniger Kopfzerbrechen bereitet hingegen die Auftragslage. Hier hat man eine Nische im Auge, die Wachstum verspricht: Pflegebedürftige Senioren mit Migrationshintergrund. »Die Zahl von Migranten im Ruhestand wächst expotentiell«, so Brachmann, der studierter Geograf ist. Bagceci, deren Familie aus der Türkei stammt, hat es im eigenen Familienkreis erlebt, welche Schwierigkeiten sich ergeben können, wenn in der Pflege Hürden durch kulturelle Barrieren und Sprache entstehen. »Bei Demenz verlieren Migranten die angelernte Sprache wieder.«

Larisa Grupp unterstützt zwei Teilnehmer bei den Lerninhalten der Qualifizierung

Migration als Marktvorteil

Es war daher kein Zufall, dass eine Pflegekurs-Teilnehmerin, aus Serbien stammend, bereits aus dem Praktikum ihrer Altenpflegehelferin-Qualifikationsmaßnahme heraus von einem Wohlfahrtsverband übernommen wurde, nachdem sie ihre Aufgabe bravourös gelöst hatte. An dieser, der Betreuung eines an Demenz erkrankten Landsmanns, war zuvor ein Zweierteam gescheitert.

Pflegekräfte mit Migrationshintergrund pflegen Senioren aus ihren Herkunftsländern – das ist der Ansatz, auf den *Rundulm* nun verstärkt setzen will. »Kulturelle Barrieren entfallen«, nennt Bagceci den entscheidenden Vorteil. Fettnäpfchen und Tabuzonen lassen sich umgehen, wenn man Mentalität oder auch religiöse Prägungen aus eigener Erfahrung kennt und so mit besserem Verständnis darauf eingehen kann.

Durch den Zwang, in diesem Bereich personell aufzustocken, türmt sich somit ein finanzielles Risiko vor der jungen Genossenschaft auf und dazu stellt sich ihr das Problem einer Umstrukturierung. Beides scheint lösbar. Denn die *Soziale Stadt* ist wohl in der Lage, den nötigen Risikoschirm aufzuspannen. Der Pflegebereich soll überdies ausgegründet und künftig als gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH) und selbständige *Rundulm*-Tochter geführt werden.

Zusatzerträge durch Qualifizierung

Das geringste Problem sehen die Führungsleute in der relativ hohen Fluktuation der Mitarbeiter, so lange der innere Kern stabil bleibe. Auf etwa 15 Köpfe solle der Personalstamm in den nächsten Monaten ausgebaut werden. Dass *Rundulm* dabei immer auch die Funktion eines »Durchlauferhitzers« in die freie Wirtschaft behalte, ist einkalkuliert und Projektbestandteil.

Die Neuauflage der Kurse zur Qualifizierung weiterer Menschen aus dem Stadtteil aus dem Ziel-Klientel im Frühjahr ist fest eingeplant. Einmal, um für sich neue Mitarbeiter zu rekrutieren. »Doch wir überlegen uns gerade, dafür künftig Kursgebühren zu erheben«, sagt Janisch, »um damit die Basis unserer Einnahmen zu verbreitern.« Denn Ende 2010 läuft das Sanierungsprogramm aus, und allerspätestens dann muss ihr Sprössling rundum erwachsen sein und auf eigenen Beinen stehen können.●

Weitere Informationen:
Rundulm Betreuung eG, Sedanstraße 67, 89077 Ulm,
Telefon: (07 31) 140 20 539, Fax: 140 34 45
Email: info@rundulm.de
Web: www.rundulm.de

BUCHBESPRECHUNG

Seniorengenossenschaften

– Ergebnisse einer Genossenschaftsforschung im besten Sinne

Die Studie von Ursula Köstler ist ein exzellentes, positives Beispiel dafür, was Genossenschaftswissenschaft leisten kann. Eine kleine noch nicht lange existierende Genossenschaftsform, in diesem Fall die Seniorengenossenschaften, wird in ihrem Entstehungszusammenhang dargestellt. Wichtig waren in diesem Falle zwei regionale Förderprogramme in Baden-Württemberg und Hessen, die eine Initiierungs- und Anstoßfunktion übernahmen. Im zweiten Schritt wird versucht, eine umfassende Bestandsaufnahme vorzunehmen. Köstler kommt hier auf circa 50 Seniorengenossenschaften. Die Veröffentlichung der Adressen zwecks Ermöglichung von vertiefender Information und Vernetzung fehlt allerdings. Diese Seniorengenossenschaften werden weitgehend vollständig mit Hilfe eines Fragebogens untersucht und die Ergebnisse ausgewertet. Auf diese Weise entsteht ein empirisch gut fundierter repräsentativer Einblick.

Zwei Schwerpunkte der Analyse können besonders hervorgehoben werden. Zum einen wurden die Motivationen, sich zu engagieren, intensiv untersucht. Herausgearbeitet werden als damit verbundene innenorientierte Wirkungszusammenhänge verschiedener Nutzenarten: Produkt-, Prozess- und Personalnutzen. Produktnutzen sind die Vorteile, die der Empfänger der Leistungen bekommt. Da Seniorengenossenschaften Leistungen anbieten, die sonst nicht marktfähig sind, schließen ihre angebotenen Hilfen für die Empfänger eine Lücke zur Verbesserung der privaten Versorgung (Besuchsdienste, Geselligkeit, Tier- und Gartenbetreuung, kleine Dienstleistungen). Der Prozessnutzen umfasst die Bedürfnisse, die der Leistungserbringer für sich befriedigt. Vielen Engagierten ist die Hilfe ein soziales Anliegen, von dem sie ebenfalls profitieren, weil ihnen der »Gesellungsfaktor« selbst zugute kommt. Dies geht meist einher mit dem Personalnutzen: Anerkennung und Wohlempfinden beim Zusammensein mit anderen.

Außen- und Innenwirkungen

Abschließend werden die außenorientierten Wirkungszusammenhänge aufgearbeitet. Sie reichen von der Erweiterung des regionalen Versorgungsangebots über die für Genossenschaften nicht unbedingt typische Ausdehnung auf Nicht-Mitglieder bis hin zur Übernahme städtischer Leistungen sowie mit all diesen Aspekten verbundenen Budgeteffekten für die öffentlichen Leistungssysteme. Als Stabilitätsfaktoren werden u.a. genannt: ein aktiver Vorstand, Unterstützungsstrukturen durch Seniorenbeiräte und Ehrenamtsagenturen, günstige oder kostenlose Räumlichkeiten der Kommune bei gleichzeitiger finanzieller Unabhängigkeit durch Spenden und kleine Entgelte sowie generalisierte Reziprozität mit Hilfe des bei den meisten Gruppen praktizierten Zeittauschsystems. Ansprüche auf spätere Unterstützung werden dabei als Zeitgutschriften angesammelt.

Die Ausführungen sind sehr klar und gut lesbar geschrieben. Dies ist erstaunlich, weil die Autorin auf erkenntniserweiternde theoretische Ansätze nicht verzichtet, z.B. Sozialkapital nach Putnam, die Gabe nach Maus und Schulz-Nieswandt, Vertrauen nach Luhmann und Coleman. Insofern kann noch einmal wiederholt werden: Vorbildlich für gute genossenschaftswissenschaftliche Erkenntniserweiterung. Für alle sehr empfehlenswert, die sich für sozialgenossenschaftliche Ansätze interessieren.●

Burghard Flieger

Ursula Köstler: Seniorengenossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik. Münster (LIT-Verlag) 2006, 304 S., 29,90 EUR.

Die Renaissance des Regionalen

Mit diesem Teil 2 der Reihe »Raumproduktionen – Theorie und gesellschaftliche Praxis« legt der Autor seine Dissertation vor. Die Buchreihe versteht sich als Forum kritischer Raumforschung im Rahmen kritischer Gesellschaftstheorie. Diese untersucht die soziale Produktion von Raum und die je spezifischen gesellschaftlichen Verräumlichungen. Die HerausgeberInnen möchten Debatten zugänglicher machen, bündeln, initiieren und kritisieren.

Nach einer umfassenden Übersicht über verschiedene Ansätze der Raumtheorie und des Verständnisses von räumlicher Nähe, insbesondere als ökonomischer Erfolgsfaktor, beleuchtet Kröcher kritisch die »neue Orthodoxie der Bedeutung räumlicher Nähe«. Nach umfassender Analyse gelangt er zu der Schlussfolgerung, dass die angeblichen Beweise für eine zunehmende Bedeutung des Regionalen auch anders interpretierbar sind.

Ökonomische Beziehungen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, je nach Branche. Während junge innovative Unternehmen in einem Umfeld allgemeiner Urbanität ohne spezifischen Raumbezug gedeihen, hängt der Erfolg von Produktionsbetrieben wesentlich von ihren weiträumigen Beschaffungs- und Vertriebsnetzen ab. Selbst der im Vergleich stärker regionalisierte Dienstleistungsbereich strebt in der Regel nach einer räumlichen Ausweitung von Kundenbeziehungen und ist in weiträumige Beziehungen des Wissensaustausches eingebunden. Face-to-face-Kommunikation und soziokulturelle Bindungen scheinen eher in der Auflösung begriffen, räumliche Nähe stellt nicht an sich einen wirtschaftlichen Erfolgsfaktor dar, sie ist lediglich förderlich, wenn sie eine ökonomisch-funktionale Effizienz des Zugriffs auf Ressourcen ermöglicht.

Den oftmals kapitalismuskritischen Ansatz eines »new regionalism«, der entfremdeten globalen Strukturen ein Mehr an Partizipation und Selbstbestimmung in eigenständig handlungsfähigen Regionen entgegen setzen möchte, sieht der Autor in einem Mythos gefangen. Die Betonung des Physisch-Räumlichen beinhaltet die Gefahr der Vernachlässigung des Gesellschaftlichen, der Auseinandersetzung mit realen Interessensgegensätzen und Machtverhältnissen. Soziale Prozesse werden in naturalistische bzw. biologistische Evolutionsanalogien transformiert.

Kröcher analysiert den neuen Regionalismus als anschlussfähig an neoliberale Konzepte. Statt eine Gegenmacht zu entwickeln, verfängt er sich in regionaler Standortlogik und wird damit zum Steigbügelhalter einer neoliberalen Wettbewerbsformierung.●

Elisabeth Voß

Uwe Kröcher: Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 343 Seiten, 29,90 EUR

Das Böse nebenan

»Horror, Film und Gesellschaft«: Zu diesem Thema haben Jörg Windszus, Christoph Spehr und Benjamin Moldenhauer in Bremen zweimal den Kongress *On Rules and Monsters* veranstaltet. Bei den mehrtägigen, als charmant konspiratives Kaffeekränzchen aufgezogenen Zusammenkünften wurden Filme gezeigt, bizarre Musik gemacht und wagemutige Theorien zum Horror vorgetragen.

Vor allem in letzterem Bereich kam einiges zusammen, so dass die drei Veranstalter einen Band herausgeben konnten, der die Texte einiger Referenten versammelt. Schon vom Titelblatt springt den Leser eine Kettensäge an. Den Auftakt geben zehn Thesen – das »Law of the Dead« –, die auch dem Laien das Thema Horrorfilm auf unterhaltsame Weise schmackhaft machen und die Genre-Regeln erklären. »Das Horrorgenre«, schreiben Windszus, Spehr und Moldenhauer, »ist ein Trainingslager für die Psyche. Im modernen Horrorfilm wohnt das Böse nebenan. Und es zieht nicht wieder weg. Auch die Familie ist kein Ort des Trostes, sondern Hort der Gewalt.«

Man muss nicht viele Horrorfilme gesehen haben, um zu verstehen, worauf das abzielt. Genreklassiker wie *Night of the Living Dead* oder *The Texas Chainsaw Massacre* sind für das Trio keine sinnlosen Gewaltorgien. Nicht umsonst seien Horrorfilme gerade unter Kindern und Jugendlichen populär, gestatteten sie doch eine Überprüfung des eigenen Erwachsenwerdens, genauer: des Gegeneinanders von verdrängten Energien und zivilisierter (Körper-)Haltung. Der Zombie ist nicht nur meuchelmordender Bösewicht, sondern Wiedergänger eines zuvor Verstoßenen.

Solches vorausgeschickt, ist der Weg frei für fachliche Beiträge über die »Konsumierbarkeit von Horrorfiktionen« (Udo Franke-Penski), die Serie *Buffy the Vampire Slayer* (Dieter Wiene) oder das Labor als Ort für soziale Experimente und »Transgression« (Verena Kuni). Noch mehr Fremdworte, nämlich Texte ganz in englischer Sprache, gibt es von Linnie Blake und Uche Nduka, der den Horror afrikanischer Tradition in zwei lyrischen Prosaminiaturen vorstellt.

Symptomatisch für das Unbehagen am Horror und an seiner Deutung ist Jakob Schmidts Beitrag zum »Entsetzen, einen Körper zu haben«. Hier werden die Filme von George A. Romero als Inszenierungen einer hysterischen Männlichkeit verstanden, die die Nähe anderer Körper auf Biegen und Brechen abwehrt – letztlich auch die des eigenen. Klar, dieser normative ist Held männlich, weiß und mit allen Insignien der Vorherrschaft ausgestattet. Die Zombies dagegen: tot, dunkel, barbarisch, subaltern, Unterschicht. Doch diese Zuschreibungen, so Schmidt, sollten nicht zu voreilig getroffen werden, die Fiktion nicht als Ersatzungsspiel behandelt werden. Einmal aufgeschnappt, will die Idee den Leser auch bei der Lektüre des restlichen Buches nicht loslassen, dass womöglich weniger die Zombies Metaphern für reale Menschen sind als umgekehrt.

So wird eine erzählerisch stimmige Abfolge von Texten (und Bildern aus den Filmen des Kultregisseurs Jörg Buttgereit) möglich, die auch dem Laien Spaß macht. Das Horrorfeld wird gewissenhaft beakkert, akademischer Anspruch und Unterhaltungswert halten sich die Waage. Und auch weil deutschsprachige Standardwerke zum Thema Horror rar sind, hat die vorliegende Sammlung das Zeug dazu, sich hier einzureihen.

Wo aber breites Einverständnis darüber herrscht, dass Horror gesellschaftlich Verdrängtes ins Zentrum rückt und mit Kettensägen ausstattet, bleiben moralische Fragen gern ungestellt. In Moldenhauers »Teenage Nightmares« kommen sie dann doch in den Blick. Dass der autobiografisch getönte Aufsatz diese mühsame Arbeit auch stellvertretend für die anderen verrichtet, tritt durch seinen elegant unterhaltsamen Stil in den Hintergrund. Moldenhauer nimmt Jugendliche und Jugendschützer gleichermaßen ernst. Diesen erscheine der Horrorfilm ähnlich wie Computer-Killerspiele als Mittel der »Verrohung und Anleitung zur Nachahmung« – jenen erzähle er davon, »dass es keine Möglichkeit gibt, in dieser Welt erwachsen zu werden, ohne mit Gewalt in Berührung zu kommen.«

Das ist in der Tat ein springender Punkt, den das Buch, wo es ihn touchiert, gar nicht wegerklären will: Sollen oder können Kinder und Jugendliche – geschweige denn Erwachsene – von Gewalt ganz fern gehalten werden? Und: Wäre eine solche Nicht-Auseinandersetzung nicht ihrerseits eine Form von Gewalt? Dass Erziehung und Medienkonsum, ja jede Form von Kommunikation auch auf hierarchischen Gewaltverhältnissen beruhen, ist unterdessen der Augenöffner, den das Buch in vielen Facetten ausarbeitet. Und das dürfte nicht nur abgezirkelte Akademiker interessieren, sondern auch manches Kaffeekränzchen.●

Tebb Stroer

Benjamin Moldenhauer, Jörg Windszus, Christoph Spehr (Hrsg.): On Rules and Monsters. Essays zu Horror, Film und Gesellschaft, Argument Verlag 2008, 9,90 EUR

Umweltbildung und Landwirtschaft

»Du, wo wachsen Kartoffeln?« Kinder stellen viele Fragen. Ihr Wissen in Sachen Landwirtschaft ist trotzdem dürftig. Dabei ließe sich am Beispiel der Landwirtschaft als Nahtstelle zwischen »Natur« und »Kultur« ein Verständnis von nachhaltiger Entwicklung besonders gut vermitteln. Die Erziehungswissenschaftlerin Sanna Matz hat zahlreiche Experten im deutschsprachigen Raum zu Bildungstrends und Bildungsangeboten in der noch jungen landwirtschaftlichen Umweltbildung befragt.

Der Themenbereich »Landwirtschaft« bietet als eine fast überall erlebbare Verbindungsstelle von Natur und Kultur Ansatzpunkte, wichtige Belange einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu vermitteln. Dies betrifft sowohl das Verständnis von Nachhaltigkeit als auch das Wissen um ihre Bedeutung und um die Notwendigkeit, sich »nachhaltig« zu verhalten. Handlungs- und erlebnisorientierte Ansätze, wie zum Beispiel das Naturerleben, haben sich in der Umweltbildung als eine der tragenden Säulen der »Bildung für nachhaltige Entwicklung« als besonders geeignet erwiesen. Sanna Matz, die Autorin, ist Erziehungswissenschaftlerin und arbeitet am Ökologie-Zentrum der Universität Kiel.●

Oliver Winkel

Sanna Matz: Landwirtschaft erleben. Zur Vermittlung agrarischer Umweltbildungsinhalte, 335 Seiten, oekom verlag, München 2008, 44,90 EUR

Beiträge zur Konfliktualität des Sozialen

Die Hamburger Gruppe »Blauer Montag« hilft der tendenziell schlampigen Linken bei Problemen mit ihrer Ablage, zumal sie der aussterbenden Spezies der politischen Gruppen angehört, die über keine Internetpräsenz verfügen. Sie hat jetzt diejenigen ihrer Texte aus den letzten 15 Jahren in einem Buch zusammengestellt, die ihrer Ansicht nach »für die Diskussion um Arbeit, Nichtarbeit, Sozialstaat und Klassenkampf aktuell von Bedeutung sein können«. Das Buch ist in drei, jeweils mit einer neu verfassten Einleitung versehenen Blöcke mit je vier Beiträgen gegliedert.

Die Gruppe hat ihren Ursprung in den Jobber- und Erwerbsloseninitiativen der 1980er-Jahre. Sie zählt zu den wenigen organisierten Gruppen der autonomen Linken, die die »soziale Frage« schon früh und dann kontinuierlich zu ihrem zentralen Thema gemacht hat. Engagieren tut sich die Gruppe für die »Diskussion um die Politisierung der sozialen Reproduktion und – vor allem – eine Perspektive des Widerstandes, des Konfliktes, der individuellen Alltagswiderständigkeit«. Der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum autoritären Workfare ist einer der Gegenstände ihrer Debatten und Veröffentlichungen. Anders als die neokeynesianisch orientierte Traditionslinke, aber auch in Abgrenzung zu VertreterInnen des Grundeinkommens lenkt der Blaue Montag seinen Blick auf den Zusammenhang von kapitalistischem Kommando und Mehrwertabpressung im Produktionsprozess und der »sozialstaatlich« regulierten Reproduktion.

Das vom Blauen Montag bearbeitete Debattenfeld zwischen Autonomen und linken GewerkschafterInnen ist relativ klein, und es läuft immer wieder Gefahr zwischen den Lagern zerrieben zu werden. Umso wichtiger ist ihr Einspruch gegen Prekarisierung, Zwangsflexibilisierung und autoritären Sozialstaat und ihr Plädoyer für einen genauen Blick auf den Umbau der Herrschaftsverhältnisse in Betrieb und Stadtteil. Das Buch bildet einen zentralen Debattenstrang der sozialrevolutionären Linken ab und ist sowohl in theoretischer wie bewegungsgeschichtlicher als auch auf praktische Intervention zielender Hinsicht von großer Bedeutung.●

Bernd Hüttner

Gruppe Blauer Montag: Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat, Verlag Assoziation A, Hamburg 2008, 192 Seiten, 14 EUR

Das Buch zur Bahnprivatisierung

Die Bundesregierung hat den Teilverkauf der Deutschen Bahn (DB) AG durchgesetzt. Ob diese »materielle Privatisierung« den Bedürfnissen der Bürger und den Zielen der Verkehrspolitik nützt oder schadet – eine solche Diskussion wurde erst gar nicht geführt.

Tim Engartner stellt in seinem gerade veröffentlichen Buch daher zu Recht dar, dass die ideologische Überzeugung über allem steht, Privatwirtschaft müsse expandieren und der Staat sei zu minimieren. Rationale Argumente und Erfahrungen aus anderen Ländern werden, wie stets bei doktrinärem Handeln, ignoriert.

Der Verfasser erhielt die Idee für diese Publikation bei einem längeren Aufenthalt in England. Dort erlebte er den beispiellosen Niedergang des Bahnsystems nach dessen Privatisierung. Darstellung und Analyse dieser Entwicklung nehmen mit vielen Daten und Fakten breiten Raum ein und lesen sich wie eine komplexe Kriminalrealsatire. Bei der Darstellung der bahnpolitischen Entwicklung in Deutschland baut der Autor auf die Verkehrspolitik bis 1993, in der die Bahn die Rolle des bedauernswerten Empfängers von Almosen spielte, die zuletzt vor allem durch die Deutsche Reichsbahn gigantische Summen erreichten.

Daher fand das Ziel »Mehr Verkehr auf die Schiene mit weniger Subventionen« ein breites Echo. Umso mehr muss erstaunen, dass die DB AG mit Billigung der Bundesregierung offensichtlich ganz andere Ziele verfolgt: Abbau des konventionellen Netzes und Durchführung gigantischer Neubauvorhaben, deren Aufwand in keinem sinnvollen Verhältnis zum Ertrag steht. Symptome sind die Streckenstilllegungen, der Abbau von Gleisanlagen, die Beseitigung von Gleisanschlüssen und der Verkauf der Bahnhofsgebäude. Signifikantes Beispiel ist die Abschaffung des InterRegio, der die höchsten Fahrgastzahlen und die besten Kundenurteile aller Fernverkehrsprodukte der DB hatte.

Mit der Ausrichtung auf den kleinen Markt der zeitsensiblen Geschäftsreisen werden nach gigantischen Investitionen derzeit weniger Fernverkehrskunden registriert als 1994. Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt der DB-Strategie ist die umfängliche Akquisition weltweit operierender Speditionen und Logistikunternehmen – während die Infrastruktur in Deutschland vernachlässigt und abgebaut wird. Auch dies widerspricht den immer wieder beschworenen Zielen der Verkehrspolitik und den Erwartungen der Bundesbürger. Engartner stellt demgegenüber die durch Volksentscheide ausgerichtete Strategie der Schweizer Bundesregierung und der dortigen Bahnen dar: Hier werden mit nur 40 Prozent der in Deutschland notwendigen Subventionen pro Tonnen- und Personenkilometer doppelt so hohe Marktanteile des Bahnverkehrs erreicht – mit staatlichen und kantonalen Bahnunternehmen!

Mit 300 Seiten Daten und Fakten und 821 Quellenangaben bietet dieses Buch, das der Autor als Promotion an der Universität Köln eingereicht hat, ein Kompendium deutscher Verkehrspolitik und Bahnstrategien. Und es stellt Vergleiche mit den Entwicklungen in England und der Schweiz an. Dies leistet der Autor in einer Fülle und Dichte, die konträr zu den simplen Argumenten der Bahnverkäufer stehen. Die Darstellung der Bilanztricks, mit denen die DB AG bereits am ersten Tag ihrer Existenz Gewinne ausweisen konnte, sowie die seit der Bahnreform wesentlich gestiegenen staatlichen Aufwendungen fanden da leider keinen Platz. Die Machthaber, die zurzeit den Börsengang gegen den Willen der Mehrheit der Bürger durchsetzen, könnten aber auch mit diesen Fakten gebremst werden.●

Karl-Dieter Bodack

Tim Engartner: Die Privatisierung der Deutschen Bahn. Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 24,90 EUR

Aus: Neues Deutschland, 24. Juni 2008

Auch Pele kickte am Millerntor

AWD-Arena, AOL-Arena, Allianz-Arena oder gar Signal Iduna Park und Easy-Credit-Stadion – viele Bundesliga-Sportstätten verkommen zu reinen Werbetempeln. Nur wenige Stadien tragen noch ihre traditionellen Namen. Eines von ihnen ist das FC St. Pauli Stadion am Millerntor. Ein ehemaliges Stadttor gab der Spielstätte ihren Namen.

Damit der Eigenname auch in Zukunft erhalten bleibt, erteilte die Mitgliederversammlung dem Vereinspräsidium und Aufsichtsrat im November 2007 einen weitreichenden Auftrag: Beide sollen sicherstellen, dass der Name Millerntorstadion weder »zu Zwecken der Werbung, des Sponsorings« noch »als Gegenleistung für finanzielle Zuwendungen« verkauft, erweitert oder verändert wird. Nachzuerleben ist die wechselvolle Geschichte des Hamburger Stadtteilstadions in einer aktuellen Veröffentlichung des Journalisten René Martens, erschienen im Göttinger Werkstatt Verlag.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde das politische Engagement vieler *FC St. Pauli*-Anhänger zunehmend vernehmbar. Die Piraten-Totenkopf-Flagge etablierte sich als widerständiges Vereinssymbol. Mit Slogans wie »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder 3. Liga« provozierte man sowohl Anhänger, die meinten, Fußball und Politik müsse man trennen, als auch Politaktivisten, die meinten, mit solchen Parolen treibe man keine Scherze.

Fans und sämtliche Spieler der ersten Mannschaft warnten im August 1989 gemeinsam in einem offenen Brief vor rassistischen Parolen und gewalttätigen Auseinandersetzungen in Fußballstadien. Damit zeigten sie größere Sensibilität als der DFB und andere Vereine. Diese benötigten rund zehn Jahre länger, um Maßnahmen gegen die Fehlentwicklungen zu ergreifen. Auch zu Wohnraum- und Stadteilpolitik nahmen die *FC St. Pauli*-Fans Stellung. Häufig kam es zu Demonstrationen im Anschluss an Heimspiele.

Internationale Stars hatten in den 1950er Jahren – in der Prä-Fernseh-Ära – eine besondere Strahlkraft. Sie bewirkten fünfstellige Besucherzahlen im Stadion. Daher wurden gern populäre Vereine zu Gastspielen geladen. 1950 reiste *Rapid Wien* mit Ernst Happel und Max Merkel an. Kombinationsteams aus Spielern des *FC St. Pauli* und *Altona 93* spielten mehrfach gegen internationale Clubs. Das bot Vorteile: Beide Vereine konnten sich die Kosten für das Engagement teilen. Ein volles Haus garantierten Anhänger von zwei Hamburger Clubs. Weitere Gäste am Millerntor waren die Schotten von *Hibernian Edinburgh*, der *AC Mailand*, *Newcastle United* und *Aston Villa*. Im Juni 1959 kam es zu einem besonderen Leckerbissen. Der brasilianische *FC Santos* mit den Weltmeistern Pele und Zito ließ eine Hamburger Auswahl, ohne Beteiligung des *FC St. Pauli*, 0:6 untergehen.

Mehrfach wurden auch Musik- und Kulturveranstaltungen im Millerntorstadion ausgerichtet. 1983 zog ein Friedensfest an zwei Tagen jeweils 25.000 Besucher ins Stadion-Rechteck. Es musizierten Harry Belafonte, Gianna Nannini, Konstantin Wecker, Wolf Biermann und die Bots. Acht Jahre später, im September 1991 gab es mit dem Stadteilfest »Viva St. Pauli« ein ähnliches Großereignis. Es stand unter dem Motto »St. Pauli den BewohnerInnen! Spekulanten raus!« Abermals kamen 25.000 Menschen um *Rio Reiser* und die *Goldenen Zitronen* zu sehen.

Der Geschichte des *FC St. Pauli* hat René Martens bereits ein früheres Werk gewidmet. Auch seine Stadion-Hommage atmet die Luft des Vereins und Stadtteils. Martens begleitet die Besucher durch die Jahrzehnte und Jahreszeiten: Vom Anstehen vorm Kartenhäuschen bei den ersten Sonnenstrahlen bis zum winterlichen Kick im Schneetreiben. Das Buch ist unterhaltsam und kenntnisreich geschrieben und mit vielen eindrucksvollen Fotos und Textausrissen abwechslungsreich layoutet.●

Kai Böhne

René Martens: Niemand siegt am Millerntor. Die Geschichte des legendären St. Pauli Stadions, Göttingen 2008, Verlag Die Werkstatt, 159 Seiten, 24,90 EUR, ISBN 978-3-89533-600-3.

PROJEKTE

Politische Stadtkommune in Leipzig im Gründungsprozess sucht Leute. Wir treffen uns monatlich um Ort und Projekt zu (er)-finden.
www.politische-stadtkommune.de

ARCHIV-CD

CONTRASTE 2005 bis 2007 und der Jahrgang 1984 auf CD-ROM. Zusätzlich der »Reader der AlternativMedien« BRD/Schweiz. Für AbonnentInnen 25 EUR, sonst 35 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Bestellungen:
zeitsprung-verlag@online.de

GWR Nr. 334, Dez. 08: Auch Obama bedeutet Krieg. Ein Fan der Todesstrafe als Hoffnung der Linken? ; Noam Chomsky zum Anarchismus ; Finanz-Crash & Weltwirtschaftskrise ; Der afrikanische Weltkrieg ; Klettern gefährdet den Atomstaat. Interview mit Cécile Lecomte ; Castor-Rückblick ; Die Münchner Räterepublik 1918/19 ; Das Elend der Universitäten ; Häuserkampf, u.v.m.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21**) **30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@werden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

IM POSTFACH

Betreff:
GFK im Knast, CONTRASTE Nr. 290

Sehr geehrte Redaktion,
ein GFK-Kurs in der JVA Sehnde habe zwei Gefangene befähigt, ihre Vollzugsabteilungsleiter nicht länger als »bürokratische Monster« wahrzunehmen. Wohl wahr, bürokratische Monster sind Vollzugsabteilungsleiter nicht, allenfalls haben sich diese einer Institution angeschlossen, die als monströse Bürokratie tituliert werden könnte, weil sie permanent Gewalt in Form von Freiheitsberaubung und Nötigung ausübt.
Ist einer, der Gewalt ausübt, Gewalttäter, dann ist einer, der Staatsgewalt ausübt, ein Staatsgewalttäter. Wie immer gut Staatsgewalt auch als »gute Gewalt« legitimiert sein mag, bleibt sie für die Seele eines Täters dennoch Gewalt – sofern einer mit Empathie begabt ist, wird ihm das Ausüben von Gewalt gegen einen anderen selbst weh tun müssen, und er wird selbst Gewaltopfer sein. Objektiv gesehen, sind Vollzugsbedienstete nicht »Monster« sondern Opfer einer Bürokratie. Allerdings mit dem Unterschied, sich dieser Bürokratie freiwillig angeschlossen zu haben, was für Gefangene nicht gilt.
Indem er sich über diese banale Lage der Dinge ausschweigt, muss der CONTRASTE-Beitrag unausweichlich nahe legen, zwei Opfer von Gewalt mögen sich bitteschön doch solidarisch begegnen: der Bedienstete als Opfer seiner freiwilligen Unterwerfung, der Gefangene als Opfer seiner unfreiwilligen, seiner Unterworfenheit.
Solche Solidarität fordert vom Unterworfenen ebenfalls freiwillige Unterwerfung. Dazu hat er sich als Opfer zu begreifen, nicht als Unterlegener: als Opfer »der Gesellschaft«, »seiner Sozialisation« usw. Ein »guter Gefangener« ist einer, der sich als Opfer anerkennt und sich freiwillig unterwirft. Damit spiegelt er den realen Status des Bediensteten und kann sich mit diesem kitschig in sklavischer Opfersolidarität gemein machen.
Fortan hat der Gefangene brüderlichen Kontakt zu Bediensteten zu suchen und sich vertrauensvoll »resozialisieren« zu lassen, was in solchem Setting ebenfalls nur Unterwerfung bedeuten kann. »Gute« Gefangene entlasten die Psyche der StaatsgewalttäterInnen und werden mit Vollzugslockerungen und vorzeitiger Entlassung belohnt. Die Welt ist ein Kungel. Wird solchem Gekungel nicht offensiv gegengehalten, bilden sich, gleich Blasen in einem Sumpf, Seilschaften bösartiger Bediensteter, mit dem Ziel, nicht »gute« Gefangene zu schikanieren bis hin zu zerstören. Vom Joch freiwilliger Unterwerfung gebrochene Gäule ertragen die zusätzliche Kränkung durch (gefangene) Wildpferde nicht, die sich dem freiwilligen Joch verweigern.
Lässt die Interaktion im Strafvollzug sich in solchen Bildern beschreiben, entsteht ein prächtiges Irrenhaus, das auch durch GFK nicht zu heilen ist. Vielmehr sollte GFK versuchen, Gefangene zu stärken, nicht in die Falle des »guten Gefangenen« zu tappen.
Denn eben aus dieser Falle entstehen aus einer monströsen Bürokratie bürokratische Monster.

Mit solidarischem Gruß
Werner Braeuner, z.Zt. JVA Sehnde

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2009

... und es geht wieder los. Pfingsten 2009 (**29.5. bis 2.6.2009**) findet das siebte Los Geht's statt. Veranstaltet und getragen vom Netzwerk der politischen Kommunen. Veranstaltungsort wird vermutlich Stauffenberg-Escherode (Nähe Kassel) sein.
Für mehr Infos: www.kommuja.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Vom **20. bis 22. Februar 2009** findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt.
Nachfolgend der Aufruf zum Kongress:
Vor dem Hintergrund einer lebendigen globalisierungskritischen Bewegung gewinnen vielfältige Projekte solidarischer Ökonomie an Kraft. Unsere Hoffnung Initiativen, die kritische Theorien und praktische Projekte verbinden. Sie alle suchen gemeinsame Wege in Richtung gesellschaftspolitischer, ökologischer und kultureller Veränderungen. 2006 fand ein Kongress zur Frage »Wie Wollen Wir Wirtschaften?« in Berlin statt. Es kamen 1.400 Leute, statt der erwarteten 500!
Ausgehend von diesem Kongress formulieren wir unsere Ziele:
- Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.
- Den Begriff »Solidarische Ökonomie« bekannt machen.
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis.
- Motivieren, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.
Wir wollen den Begriff »Solidarische Ökonomie« bewusst nicht eng eingrenzen um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroversielle Diskussionen zu ermöglichen. Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Grenzregime, Kapitalismus und/oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume und auch um einen selbstreflexiven Blickwinkel auf solidarökonomische Projekte, wie z.B.: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische Wohnformen, Aneignung von Raum und Ressourcen, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Bleiberechtsinitiativen, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, Solidarische und Interkulturelle Gärten, Volxküchen, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, Alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommen u.v.a.m.
Näheres zur Kogressgestaltung, der Struktur, Mitgestaltung, Programm und Anmeldung:
www.solidarische-oekonomie.at

NIEDERKAUFUNGEN

Gewaltfreie Kommunikation
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie fördert und entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen:
- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen, ohne Abwehr und Feindseligkeiten;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden;

Wir arbeiten mit den Themen, die die TeilnehmerInnen mitbringen und mit allem, was im Seminar entsteht.
Einführungswochenenden:
An diesen Wochenenden geht es darum, in lebendigem Wechsel zwischen Theorieinputs und Übungen, den Prozess der Gewaltfreien Kommunikation und seine 4 Elemente kennen zu lernen und an eigenen Beispielen seine praktische Anwendung zu üben.
Dabei ist uns wichtig, zu vermitteln, dass die Gewaltfreie Kommunikation viel mehr ist als eine Methode, nämlich eine innere Haltung, die es ermöglicht, das eigene Verhalten in Konfliktsituationen besser zu verstehen, sich aufrichtig mitzuteilen und dem anderen empathisch zuzuhören.
In unseren Einführungsseminaren besteht in der Regel auch die Möglichkeit, im Rahmen einer Führung das Leben in der Kommune kennen zu lernen.
Termine: 06.-08.02.09, 01.-03.05.09, 26.-28.06.09 speziell für Eltern
Beginn: jeweils Freitag um 18 Uhr, Ende Sonntag ca.14.30 Uhr
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ANARCHISMUS

Aufruf zum Anarchistischen Kongress – Ostern 2009
Anarchismus im 21. Jahrbundert – Anarchie organisieren
Wieso ist es heute einfacher, das Ende der Welt zu denken als das Ende des Kapitalismus? Statt des Weltuntergangs wollen wir lieber die Transformation zu einer freien und solidarischen Gesellschaft. Welche umsetzbaren Ideen liefert dafür der Anarchismus? Welche praktischen Ansätze werden schon umgesetzt und gelebt? Mit welchen gegenläufigen Aktivitäten müssen wir gleichwohl rechnen? Wir möchten mit euch einen anarchistischen Kongress veranstalten, um uns auszutauschen sowie Ideen und Ansätze zu entwickeln, wie Anarchie im 21. Jahrhundert verwirklicht werden könnte. Gemeinsam wollen wir an einer Verschmelzung aus Theorien und praktischen Handlungen basteln, für den globalen Alltag genauso wie für die lokale Utopie. Außerdem wollen wir Anknüpfungspunkte finden, sowohl persönlich durch Vernetzung als auch inhaltlich für unser Leben und unser politisches Handeln nach dem Kongress.
Um diesen Zielen näher zu kommen, soll der Kongress Raum und Zeit für Workshops, Vorträge und Diskussionen sowie reichlich »Open Space« schaffen.
Im vollen Bewusstsein unserer eigenen Verstrickung in die vielfältigen Herrschaftsformen, bei Anerkennung unserer Individualität, erhoffen wir uns durch den Kongress einen Bildungs-, Aktions- und Organisierungsschub für die anarchistische Bewegung und darüber hinaus. Neben einem regen Austausch untereinander hoffen wir auch durch eine positive Öffentlichkeitswirkung des Kongresses den Begriff »Anarchie« wieder positiv zu besetzen. Schließlich geht es darum, Handlungsalternativen (weiter) zu entwickeln, die helfen, die Verhältnisse zu transformieren.
Zitat: »Anarchie ist das Ideal der Herrschaftsfreiheit, Anarchismus oder 'anarchistisch handeln' eine Art, diesem Ideal näher zu kommen« (unbekannteR anarchistIn)
Was passiert beim Kongress? Wir denken an – Open Space zu Zusammenarbeit und anderen Themen – Vorträge und Diskussion zu anarchistischen Organisationsformen, dem derzeitigen Stand des Anarchismus weltweit, verschiedenen Theorien (Postanarchismus etc.) – Eigenpräsentationen und Vernetzung anarchistischer Gruppen – Workshops zu Schwerpunkten anarchistischer Praxis: Wo können wir als AnarchistInnen in gesellschaftliche Zusammenhänge hineinwirken? (Arbeitskämpfe – Stadtentwicklung, Wohnraum, Gentrification – Gender/Sexismus – Ökologie/Klima; Energie – Bildung – Kommuneprojekte – Militarisierung der Gesellschaft im inneren und äußeren, Grundrechteabbau – Zwangsanstalten wie z. B. Knast und Psychatrie, Zusammenarbeit mit anderen »herrschaftsfreien« antikapitalistischen AkteurInnen?) Darüber hinaus möchten wir ein anarchistisches Kulturprogramm für einen oder zwei Abende zusammenstellen.
Wir möchten Euch einladen, den Kongress durch Beiträge, Workshops, die Präsentation Eurer Gruppe und Vernetzung mit anderen zu einem Ausgangspunkt für die weitere Organisierung der anarchistischen Kräfte zu gestalten.
Info: Matthias Erdmann
buchling82@googlemail.com

FRAUEN/LESBEN

Autonom-Feministisches FrauenLesben-Treffen
Anknüpfend an das europaweite FrauenLesbenTreffen in Freiburg/Deutschland zum Jahreswechsel 2008 organisieren wir ein nächstes Treffen. Wir wollen feministische FrauenLesben aus verschiedenen Ländern kennenlernen, die sich in unterschiedlichen Kämpfen gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie, Kapitalismus, Faschismus, Patriarchat bewegen. Wir wollen uns zu radikal-feministischer Theorie und Praxis austauschen und gemeinsam Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Zusätzlich wollen wir in Workshops unsere praktischen Fähigkeiten erweitern und Aktionen vor Ort setzen.
Alle Teilnehmerinnen sind aufgefordert, sich aktiv einzubringen, sei das mit Workshops, Aktionen, Diskussionen vorbereiten, die eigenen Fähigkeiten weitergeben, mitdiskutieren, dolmetschen, kochen, putzen, etc. Selbstorganisierung heißt, dass wir als Frauen die Geschichte selbst in die Hand nehmen, um Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit für Frauen aufzubauen.
Selbstorganisierung bedeutet, dass wir gemeinsam Strukturen im Kleinen und im Größeren schaffen, die jede mitgestalten kann. Selbstorganisierung heißt, dass wir uns die notwendigen Arbeiten für das gemeinsame Leben in den Tagen aufteilen.
Termin: 9. bis 14.4.2009, Wien
Information & Anmeldung:
feministeurope@wolfsmutter.com
http://feministgathering.
wolfsmutter.com

JUNGE LINKE

Von Menschen und Tieren
Seit einigen Jahren gibt es in der linken Szene eine Strömung, die mit den Namen Tierrechts-, Tierbefreiungs- bzw. Antispeziesistische Bewegung bezeichnet werden kann. Die Vielfalt der Namen deutet schon an, dass es sich um eine heterogene Bewegung handelt, deren Mitglieder und Gruppen sich mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen dem hiesigen Verhältnis zwischen Mensch und Tier nähern, es kritisieren und verändern wollen. Ihr gemeinsames Ziel ist eine vegane Gesellschaft, über deren sonstige politische und ökonomische Ausgestaltung jedoch Uneinigkeit besteht. Wenn von anderen linken Gruppen daran Kritik geäußert wird, geht sie oft an den aktuellen Theorien dieser Bewegung vorbei oder ist einfach nur platt polemisch.
Wir wollen in diesem Seminar unsere Analyse darüber vorstellen und mit Euch diskutieren, wie Kapitalismus und die politische Einrichtung unserer Gesellschaft sowohl mit der alltäglichen Benutzung von Menschen und von Tieren als auch mit den heutigen Bildern und Vorstellungen über Tiere und Menschen zusammenhängen. Auf dieser Grundlage wollen wir zusammen rechtstheoretische, soziologische, sowie durch die Kritische Theorie inspirierte Begründungen für die Forderung nach einer veganen Gesellschaft zur Kenntnis nehmen und differenziert kritisieren.
Es soll auch darum gehen, ob bzw. an welchen Stellen diese Theorien umschlagen in eine Zustimmung zu den Prinzipien der heute herrschenden Verhältnisse, die den Lebensunterhalt und die Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen systematisch von ihrem individuellen Erfolg in der ökonomischen Konkurrenz abhängig machen. (Wobei unserer Meinung nach die rücksichtslose Zurichtung und Nutzung all dessen, was zur »Natur« gezählt wird, eine weitere Konsequenz derselben Verhältnisse ist.)
Außerdem sollen auch der Begriff »Speziesismus« sowie das Konzept »Unity of Oppression« erläutert werden. Schon mal vorweg: Wir meinen begründen zu können, warum sie weder zum Verständnis der Gesellschaft, noch zu deren Kritik oder zur Begründung einer allgemeinverbindlichen Moral sinnvoll sind. Auch das können gern Diskussionspunkte sein. Kurz gesagt: Es geht um die Frage, ob »die Befreiung der nichtmenschlichen Tiere« wirklich ein (notwendiger) Schritt in Richtung einer auch für Menschen besseren Gesellschaft ist.
Termin: 16.-18.1.09, Hannover

Chinas langer Marsch zur Weltmacht
China ist heute eine der Weltmächte – nicht nur ökonomisch, auch politisch und militärisch. Das stört den Westen mittlerweile: China ist verstärkt ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Es herrsche Kapitalismus in Reinform, China schotte sich ab und hielte sich nicht an Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards, die schließlich auch dazugehören und überhaupt ginge es nicht, dass eine Milliarde Chinesen alle ihr eigenes Auto wollten und womöglich bald auch kriegten.
Wir wollen uns auf diesem Seminar mit der Geschichte und der Gegenwart des chinesischen Weltmachtprogramms beschäftigen und fragen, welche Rolle China heute in der Staatenkonkurrenz wirklich spielt und was (nicht) dran ist an der Kritik der hiesigen Kritiker.
Warum ist vom chinesischen Kommunismus heute nur ein ganz normaler Nationalismus übrig geblieben? Warum jubeln heute bürgerliche Demokraten einem tibetischen Gottkönig zu, wenn er eine autoritär-kapitalistische Diktatur kritisiert? Schon Wilhelm II. warnte vor der »gelben Gefahr«; heute setzt der Spiegel die »gelben Spione« auf sein Titelbild – welche Sichtweise auf China und Chinesen gibt es im freien Westen?
Termin: 30.1.-1.2.09 bei Berlin

Marxismus-Leninismus an der Macht
Sieht mensch von den kümmerlichen Überresten in China, Nordkorea und Kuba ab, so fällt unmittelbar auf: Der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linke Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Geschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern.
Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen). Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe seines Scheiterns bzw. der Verlauf seiner Entwicklung nicht nur in der so genannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch – auch ohne Kommunist zu sein – zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik? Also, wenn Du Lust hast, mit zu diskutieren: anmelden und vorbeischauen.
Termin: 20.-22.2.09 bei Bremen
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, 30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

KONGRESSVORSCHAU

Vierter McPlanet.com Kongress
Gegenwärtig erleben wir die wahrscheinlich heftigste Krise der Globalisierung: Die Weltwirtschaft ist massiv im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession droht. Zugleich verschieben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte: China und Indien haben das westliche Wirtschafts- und Konsummodell übernommen, rasches Wachstum paart sich dort mit krasser sozialer Ungleichheit und bedrückender Umweltzerstörung. Derweil geht in Europa und den USA die Angst um vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzchancen an die neuen Konkurrenten, ökologische Standards geraten zunehmend aus dem Blickfeld.
Durch den Nachfrageschub aus Asien, Spekulation und ein falsches Wirtschaftsmodell schießen die Preise für Nahrung, Öl und andere Rohstoffe in die Höhe. Das Ende des billigen Öls ist in Sicht, eine globale Energiekrise steht am Horizont. Wasser wird knapp, die Meere sind überfischt. Und parallel werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar.
All dies macht deutlich: »Business as usual« ist keine Option, und weit mehr als Kosmetik ist nötig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Vom **24.-26. April 2009** wird in Berlin zum vierten Mal der McPlanet.com-Kongress stattfinden und echte Alternativen und Lösungen zu den Krisen der Globalisierung diskutieren. McPlanet.com stellt unbequeme Fragen, sucht Antworten und bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren.
Wieder werden namhafte ReferentInnen dazu beitragen. So haben beispielsweise der indische Ökonom Jagdish Bhagwati, Wirtschafts- und Politikprofessor an der Columbia University, der Schriftsteller Ilija Trojanow und Christiane Grefe, Journalistin (Die Zeit) und Mitautorin von »Der Globale Countdown« bereits zugesagt.
Termin: 24.-26. April 2009
Ort: Technische Universität Berlin
Mcplanet.com 2009 ist ein gemeinsamer Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung und wird gemeinsam von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet.
Info: www.mcplanet.com

MEDIEN

Strategische Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und Verbände
Medienseminar
(Öffentlichkeitsarbeit 1)
Die strategische PR ist die bewusste, zielgerichtete und systematische Gestaltung der Kommunikation mit lokalen und regionalen Dialoggruppen. Dabei steht die positive Bestätigung und/oder Veränderung von Einstellungen (zu uns und unseren Zielen) von wichtigen Zielgruppen im Vordergrund. Erfolgreiche strategische PR bewegt Menschen, erzeugt Unterstützung und entfaltet Wirkung. In diesem Seminar erarbeiten wir erste Ansätze für unsere PR-Konzeption: Ziele, Dialoggruppen, Themen, Instrumente und Wege des erfolgreichen Dialogs werden beschrieben und entwickelt.
Für jeden Teilnehmer kann ein Laptop zur Verfügung gestellt werden. Ein eigener Laptop kann gern mitgebracht werden.
Termin: 24.01.2009, 10 bis 18 Uhr
Eintritt: 5 Euro pro Tag (incl. Mittagessen)
Ort: Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Information & Anmeldung:
www.linke-medienakademie.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg